

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen



INHALTSANGABE

- 5** **VORWORT**
Ein gemeinsamer Kampf
ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI - ARBEIT ZUKUNFT
- 6** **INTERNATIONAL**
Ehre und Ruhm dem Genossen Raúl Marco
KOORDINATIONSKOMITEE DER INTERNATIONALEN KONFERENZ DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEIEN UND ORGANISATIONEN
- 8** **BOLIVIEN**
Ihre „Demokratie“ und unsere
REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI BOLIVIEN (PCR BOLIVIA)
- 11** **BRASILIEN**
Der Verrat der Kommunistischen Partei Chinas an der Arbeiterklasse und der Revolution von 1949
REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI BRASILIENS (PCR)
- 19** **BURKINA FASO**
Solidarität mit den Volkskämpfen in den Vereinigten Staaten gegen die Strafflosigkeit von Polizeigewalt und rassistischen Verbrechen
REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS (PCRV)
- 23** **DÄNEMARK**
Die Stärkung der Europäischen Union auf dem Rücken der Arbeiterklasse
APK, KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS
- 27** **DEUTSCHLAND**
Corona und die Wertfrage
ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI - ARBEIT ZUKUNFT
- 31** **ECUADOR**
Der moderne Revisionismus, ein direkter Feind der Revolution und des Sozialismus
MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS - PCMLE
- 44** **FRANKREICH**
Politische Leitlinien des Bruchs mit dem kapitalistisch-imperialistischen System
KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS
- 51** **INDIEN**
Covid-19 und die Arbeiterklasse
REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE
- 64** **TÜRKEI**
Engels: Propagandist und Organisator
PARTEI DER ARBEIT TÜRKEI (EMEP)
- 76** **URUGUAY**
Der kubanische Weg zwischen gestern und heute
MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI URUGUAYS PCMLU

EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Verlag „Arbeit Zukunft“, **Postfach** 401051, 70410 Stuttgart **Web** www.arbeit-zukunft.de

Mail info@arbeit-zukunft.de **Tel.** 07159 - 4200174 **Fax** 07159 - 4200175

V.i.S.d.P.: D. Möller, c/o Verlag AZ, Postf. 401051, 70410 Stuttgart

Preis Deutschland 4,00 € - Österreich 4,50 € - Schweiz 5,00 CHF

Erste Auflage, November 2020

VORWORT

Ein gemeinsamer Kampf

Diethard Möller

Diese Ausgabe von „Einheit & Kampf“ ist wieder Ausdruck des gemeinsamen Kampfes der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen weltweit.

Aktuell war dabei die durch Covid-19 geschaffene Situation unter den Bedingungen von Kapitalismus und Imperialismus. Weltweit wurden die Lasten auf die arbeitenden Menschen geladen. Arbeiterklasse, Kleinbourgeoisie, Bauern bangen um ihre Existenz, während die Großkonzerne in dieser Krise ihre Profite erhöhen. Covid-19 traf zudem auf eine beginnende Krise, die so verstärkt wurde. Zugleich wurde offensichtlich, dass es diesem System nicht um die Gesundheit, um Vorsorge geht, sondern eben um Höchstprofit. Unter verschiedenen Bedingungen fand und findet ein gemeinsamer Kampf der Mitglieder der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) statt, der auch in dieser Ausgabe von „Einheit & Kampf“ seinen Platz hat.

Ein tiefer Einschnitt und Verlust war der Tod des Genossen Raúl Marco. Er hat über Jahrzehnte den Kampf für den Aufbau einer starken marxistisch-leninistischen Bewegung in der ganzen Welt geführt. Er hat mit vielen

Beiträgen den Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus vorangetrieben.

In diesem Sinn enthält diese Ausgabe auch den letzten von ihm mitverfassten Beitrag „Der Weg in den revisionistischen Abgrund – Anmerkungen zur Geschichte der Sowjetunion“. Aber auch die Beiträge aus Ecuador, Uruguay und Brasilien stehen im Zeichen der ideologischen Auseinandersetzung mit Opportunismus und Revisionismus.

In diesem Zusammenhang steht auch der Beitrag von EMEP, der aus Anlass des 200. Geburtstages von Friedrich Engels, dem vielseitigen und scharf analysierenden Mitbegründer der Kommunistischen Bewegung gewidmet ist.

Im Rahmen dieser weltweiten Bewegung führen auch wir in Deutschland den Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus und damit in direkter Verbindung gegen Opportunismus und Revisionismus. „Einheit & Kampf“ bietet hier Klarheit und Orientierung.

Alle gemeinsam gegen das Kapital!

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI (ARBEIT ZUKUNFT)

INTERNATIONAL

Ehre und Ruhm dem Genossen Raúl Marco

Genosse Raúl Marco ist gestorben und wir marxistisch-leninistischen Kommunisten der Welt drücken unsere Trauer aus. Ein mutiges Leben, jahrzehntelang dem Kampf für die Revolution und den Sozialismus, für die Ideale des Kommunismus gewidmet, ist zu Ende gegangen. Ein beharrlicher Internationalist, ein unermüdlicher Arbeiter für die Einheit der Kommunisten auf internationaler Ebene ist von uns gegangen.

Genosse Raul Marco leistete eine ausdauernde Arbeit für den Aufbau, die Festigung und die Entwicklung der Kommunistischen Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten), PCE (ML). Wie aus einem Schützengraben brachte er aus den Spalten der Vanguardia Obrera und den internationalen Zeitschriften „Theorie und Praxis“ und „Einheit und Kampf“ sein entschlossenes Festhalten an den Prinzipien zum Ausdruck, seinen energischen Einsatz, sie unter den konkreten Bedingungen Spaniens und im internationalen Maßstab anzuwenden. Die PCE (ML) wurde geschmiedet im Kampf für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse und der Völker Spaniens, in der konsequenten Praxis

des proletarischen Internationalismus, im direkten Kampf gegen den Franco-Faschismus, im Aufbau und der Führung der Antifaschistischen Revolutionären und Patriotischen Front, FRAP; in den ideologischen Kämpfen zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und dem unermüdlichen Kampf gegen die Opportunisten und Revisionisten, gegen die Verräter; er trug wesentlich zur Bildung der Internationalen Konferenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, IKMLPO, bei. Die Kapitalisten und Reaktionäre Spaniens versuchten mit allen Mitteln, die PCE (ML) zu zerstören, zu spalten und zu demontieren. Sie verfolgten sie, inhaftierten und folterten prominente Mitglieder und ermordeten prominente antifaschistische Kämpfer. Aber jeder Schlag, jeder Spaltungsversuch scheiterte immer wieder, er prallte an den Prinzipien und ihren Verteidigern, den marxistisch-leninistischen Führern und Mitgliedern ab. 1990 setzte eine kleine Gruppe von Opportunisten und Verrätern zu einem hinterhältigen Schlag an, griff die Führung der Partei an und lösten die Partei per Anordnung auf. Es war ein vergeblicher Ver-

such! Raul Marco und andere konsequente Marxist-Leninisten setzten den Kampf fort und bauten nach einigen Jahren die PCE (ML) wieder auf, stellten für die Arbeiter und Völker Spaniens die proletarisch-revolutionäre Avantgarde wieder her, die den Kampf für den Sozialismus weiter entwickelte. Die Internationale Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen, IKMLPO, neigt die roten Fahnen des Kommunismus zum Gedenken an den Genossen Raul Marco, drückt ihre

Solidarität mit der Führung und den Mitgliedern der Kommunistischen Partei Spaniens (ML), mit seiner lieben Familie und besonders mit der Genossin Lola aus.

Das Beispiel des Genossen Raul wird uns in den neuen Kämpfen begleiten, die wir in unseren Ländern zur Organisation und Durchführung der Revolution führen werden.

Ruhm dem Genossen Raul Marco!

**KOORDINATIONSKOMITEE DER INTERNATIONALEN KONFERENZ DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN
PARTEIEN UND ORGANISATIONEN**

BOLIVIEN

Ihre „Demokratie“ und unsere

Der oligarchisch-faschistische Putsch vom November 2019 brach die verfassungsmäßige Ordnung in Bolivien. Die politischen Vertreter der Bankiers und Agrarindustriellen rissen die Staatsmacht an sich, indem sie mit der Bibel und der dreifarbigem Fahne in das Palacio Quemado (Regierungspalast, Anm. d. Übers.) kamen und sagten, dass Gott in den Palast zurückgekehrt sei und dass sie „die Demokratie wiederhergestellt“ hätten. In den zehn Monaten der „wiedergewonnenen Demokratie“ hat das De-facto-Regime sein Verständnis des Begriffs deutlich unter Beweis gestellt - die Massaker von Sacaba und Senkata markierten den Beginn ihrer Missherrschaft. Bis jetzt haben sie den offenen Krieg gegen die „Wilden“ (d.h. die Arbeiter, Bauern, Kommunisten, Linken etc.) als ihre Aktionslinie beibehalten.

Die von der illegitimen Regierung vertretene Demokratie bedeutet Vergessen, kollektive Amnesie: Leopoldo Fernandez, ehemaliger Präfekt des Departments Pando, der politisch für das Massaker von El Porvenir (11. September 2008, mit mehr als 19 Toten laut UNASUR-Bericht) verantwortlich

war, wurde von allen gegen ihn erhobenen Anklagen freigesprochen; Branko Marinkovic, ehemaliger Anführer des Pro Santa Cruz-Bürgerkomitees, der im Fall des separatistischen Terrorismus des sogenannten Halbmonds (2006-2008) angeklagt war, wurde nicht nur von seinen Anschuldigungen freigesprochen, sondern ist auch Wirtschaftsminister des Regimes geworden. Viele der Verantwortlichen der Privatisierung unserer nationalen Unternehmen zwischen 1985-2005 haben heute wichtige Positionen im öffentlichen Sektor. Die paramilitärischen Gruppen, die mit Waffen, Messern und Baseballschlägern aufbrechen, um Bauern zu verprügeln, sind Verteidiger ihrer „Demokratie“. Sie sind ebenso die verdeckten Agenten, die mitten im Wahlkampf Gasgranaten werfen. Sie rechtfertigen die ausgelöste Terrorwelle, weil sie ihre „Demokratie“ um jeden Preis verteidigen müssen. Ihre „Demokratie“ ist die zweifache Verschiebung der Parlamentswahlen, vereinbart unter polizeilicher und militärischer Kontrolle mit dem Obersten Wahlgericht unter dem Kommando eines US-Agenten. Ihre „Demokratie“ ist nichts anderes als die Freiheit, natürliche Ressourcen an die Meistbietenden

zu verteilen, Staatsvermögen zu privatisieren und mehr als 3 Millionen Kinder und Erwachsene ihres Rechts auf Bildung zu berauben.

Heute scheint das Regime erschüttert zu sein über den Rücktritt von drei wichtigen Ministern im Präsidialkabinett und über die öffentlichen Ankündigungen der beiden wichtigsten politischen Parteien (Demokraten und Nationale Einheit) der Allianz von Añez, dass sie nie an der Regierung beteiligt waren und nicht für die Handlungen verantwortlich sind. Innerhalb weniger Stunden nach dem Rücktritt unternahmen zwei wichtige Kabinettsmitglieder eine Notfallreise in die Vereinigten Staaten, um sich mit der OAS, der interamerikanischen Entwicklungsbank und dem Außenministerium zu treffen. Nach einer kurzlebigen Einheit der bürgerlichen und oligarchischen Fraktionen des Landes zur Durchführung des Putsches sind sie in interne Kämpfe um die Hegemonie der politischen Macht verfallen. Aber sie sind sich über das Ziel, das sie eint, im Klaren: den Volksblock in keiner Weise an die Staatsmacht heranzulassen. Der Widerspruch zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie, zwischen der Agroindustrie des Ostens und der Bergbauindustrie des Westens, ist dialektisch; sie werden sich zusammenschließen, um den Aufstieg des Volkes zu verhindern.

Die Erfahrung der Mobilisierungen im August

Nach dem Putsch vom November 2019 erzielte die gesetzgebende Versammlung unter der Kontrolle der MAS-IPSP (Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker) eine Einigung mit dem De-facto-Regime; verhandelte trotz des in den Straßen vergossenen Blutes und forderte Neuwahlen. Die Bedingungen der Neuwahlen garantierten die Teilnahme aller für die 2019 Wahlen registrierten Parteien. D.h. sowohl die MAS-IPSP als auch die kleinen rechten Gruppen behielten die Registrierung und neue politische Parteien wurden an einer Registrierung gehindert. Die für den 4. Mai angedachten Wahlen wurden erstmals mit dem Argument der COVID-19-Pandemie auf den 6. September verschoben. Im August kündigte das Regime jedoch einen zweiten Aufschub für den 18. Oktober an.

Die zweite Verschiebung löste eine Reaktion in der Führung des Einheitspakts und der Central Obrera Boliviana (Dachverband der bolivianischen Gewerkschaften) aus, die zu nationalen Mobilisierungen aufriefen, um die Einhaltung der Wahlen am 6. September zu fordern. Die Mobilisierungen, Märsche und Straßenblockaden, die sich im ganzen Land ausbreiteten, entwickelten ihre politische Konzeption und die anfängliche Parole nach Respekt vor den Wahlen im September wurde zu einem Schrei: Raus mit Añez! Das Regime versuchte Konflikte zu provozieren, indem es eine Karawane von Sauerstofflastwagen fuhr, die von Panzern durch das ganze Land eskortiert wurden, an allen Punkten der Blockaden ließen die mobilisierten Menschen den Sauerstoff passieren, ohne in Regierungsprovokationen zu verfallen. Die paramilitärischen Gruppen attackierten in Komplizenschaft mit der Regierung die Blockadepunkte und griffen sie an.

Inmitten des Konflikts vertieften die Erklärungen von Evo Morales aus Buenos Aires, in denen er die mobilisierten Menschen aufforderte, sich zurückzuziehen und nicht den Rücktritt von Añez zu fordern, um den Wahlprozess nicht zu verhindern, die Kluft zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und der Basis der Organisationen des Volkes. Der endgültige Ausgang des Konflikts war durch eine weitere Verhandlung zwischen den Parlamentsmitgliedern der MAS-IPSP und dem Regime gekennzeichnet, bei der der 18. Oktober als Datum festgelegt wurde. Diese Verhandlungen wurden von den Führenden des Einheitspakts und der Central Obrera Boliviana, die gleichzeitig zur Demobilisierung aufriefen, als Hochverrat bezeichnet.

Ein weiteres Mal erhob sich das Volk: Die Arbeiter, Bauern, Jugendlichen und Frauen gingen auf die Straße, um zu kämpfen und sich gegen die staatliche und paramilitärische Repression zu stellen. Und wieder einmal verhandelte das Parlament hinter dem Rücken des Volkes mit dem Regime. Aus den Kampftagen im August bleiben wichtige Lehren erhalten: Nur das mobilisierte Volk wird in der Lage sein, das Regime zu stürzen. Die Volksorganisationen, die von den Bürokraten übernommen wurden, müssen zurückgewonnen werden. Die Volksbewegung kann und muss ihre legitime Ver-

teidigung gegen staatliche Repression und paramilitärische Gruppen organisieren. Es gibt keinen anderen Weg: Nur das Volk rettet das Volk!

Unser Vorschlag: Der Aufbau einer Alternative der volksdemokratischen und nationalen Befreiung

Gegenüber der „Demokratie“ der Oligarchie haben wir einen klaren Vorschlag – die Volksdemokratie. Die Volksdemokratie, für die wir kämpfen, reduziert sich nicht darauf alle fünf Jahre in manipulierten Wahlen wählen zu gehen, sie soll die werktätigen Menschen ermächtigen, in jeder Hinsicht zu entscheiden, von der Fabrik, der Nachbarschaft, der Gemeinde bis zum Staat. Für uns gibt es keine Demokratie, solange es eine Handvoll Familien gibt, die die Eigentümer des Landes, der großen Landflächen, der Minen, der Banken, der Fabriken und der Medien sind. Erst recht nicht, wenn diese Bosse inmitten einer Pandemie Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße werfen und sie zum Hungertod verurteilen. Bolivien wird weder demokratisch noch frei sein, solange wir die Beziehungen der nationalen Unterdrückung zwischen der dominanten bolivianischen Nationalität und den indigenen Völkern und Nationen nicht überwinden. Diese Beziehungen, deren sichtbarste Erscheinung der Rassismus ist, dringen bis in die Tiefen unserer sozioökonomischen Struktur hervor.

Für uns bedeutet Volksdemokratie auch die Notwendigkeit einer echten nationalen Souveränität angesichts der Ausplünderung unserer Ressourcen und der imperialistischen Ausbeutung. Unser Vorschlag ist, dass die Agenda vom Oktober 2003 erfüllt wird – eine echte Nationalisierung und Industrialisierung unserer natürlichen Ressourcen. Wir sehen die dringende Notwendigkeit einer Plan-

wirtschaft unter der Kontrolle der Arbeiter, damit unser Land aufhört, ein Exporteur von Rohstoffen zu sein. Nationale Souveränität äußert sich auch in der Souveränität der Nahrungsmittelindustrie, sodass unsere Äcker nicht für den Anbau genveränderter Pflanzen für die Agroindustrie bestimmt sind, sondern für die Produktion der Lebensmittel, die das Volk konsumiert.

Wir kämpfen für ein Land, in dem Arbeiter ein umfassendes System der sozialen Sicherheit haben, das den Zugang zur Gesundheitsversorgung, einem angemessenen Ruhestand, Wohnraum und eine Freizeitgestaltung garantiert. Wir kämpfen, weil wir denken, dass Bildung, Kultur und Sport keine Privilegien derjenigen sein dürfen, die sie sich leisten können, sondern ein Menschenrecht sind. Wir glauben, dass wir in einer neuen Gesellschaft die sexistischen und patriarchalischen Strukturen ausmerzen können, die sich in den Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern und der Gewalt, die vom Femizid bis hin zur Kriminalisierung des freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs äußern.

Die Alternative der volksdemokratischen und nationalen Befreiung, die wir aufbauen, hat ein klares Ziel - den wissenschaftlichen Sozialismus, die erste Phase des Kommunismus, denn die Art der Gesellschaft, für die wir kämpfen, ist nicht möglich, solange Ausbeutung und Unterdrückung andauern. Der Aufbau dieser Alternative muss in jeder Hinsicht vollbracht werden, sie muss fähig sein, den Unterschied zwischen dem Klassenvorschlag und der Dekadenz und dem Elend, die von der Bourgeoisie ausgehen, aufzuzeigen.

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI BOLIVIEN (PCR BOLIVIA)

BRASILIEN

Der Verrat der Kommunistischen Partei Chinas an der Arbeiterklasse und der Revolution von 1949

Luiz Falcão

Eine der vielen Lügen, die die Bourgeoisie und ihre Agenten in der Arbeiterbewegung verbreitet haben, um die Arbeiter zu verwirren, ist, dass China ein kommunistisches Land sei und dass die dort regierende Partei ebenfalls kommunistisch sei. Auf diese Weise wollen sie die Marxisten-Leninisten für die Übel verantwortlich machen, die in diesem Land existieren.

China ist und war jedoch nie ein Land unter einem kommunistischen Regime. Am 1. Oktober 1949 gab es eine Revolution unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), die eine Volksrepublik gründete, deren Ziel es war, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Aufgrund des Verrats des Zentralkomitees der Partei und der Armee, der Unterdrückung der wahren Kommunisten und mehrerer seit 1978 durchgeführter Wirtschaftsreformen wurde der Kapitalismus jedoch wiederhergestellt. In China überwiegt heute das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Mit der vollen Unterstützung des Staates beutet die große Bourgeoisie die Arbeiterklasse aus. Es gibt eine wachsende Unterordnung der Wirtschaft unter das Finanzkapital

und der Außenhandel wird von großen nationalen und ausländischen Monopolen dominiert. Der Markt und das unermüdliche Streben nach Gewinn bestimmen die Warenpreise. Kurz gesagt, die Produktionsbeziehungen in China sind kapitalistisch. Um vor der Arbeiterklasse zu verbergen, dass die Bourgeoisie die Klasse ist, die tatsächlich vom Wirtschaftswachstum profitiert, bezeichnen die Verräter der KPCh und die Chruschtschowianer des 21. Jahrhunderts die Regierungspartei in China weiterhin als kommunistisch und das derzeitige kapitalistische Regime im Land als „sozialistische Marktwirtschaft“ oder „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“.

Aber die KPCh hat von einer Kommunistischen Partei nur den Namen. Tatsächlich handelt es sich um eine revisionistische Partei der schlimmsten Sorte, die den Kommunismus, die Ideale und Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die proletarische Revolution verraten hat und, wie ihre letzten Kongresse bestätigten, von der „dreifachen Repräsentativität, der Theorie von Deng Xiaoping und dem Denken von Xi Jinping“, die als „Kontinuität und Entwicklung des Marxismus-Leninismus“

dargestellt werden, geleitet wird.

So wie es 1917 in Russland eine sozialistische Revolution gab und es heute keine einzige Person auf der Welt gibt, die Russland als sozialistisches Land betrachtet oder sagt, der korrupte und reaktionäre Wladimir Putin sei ein Kommunist, wird es nicht lange dauern bis Chinas Kommunistische Partei von den chinesischen Arbeitern und dem Proletariat der ganzen Welt entzaubert wird.

Klassenkampf

Obwohl traurig und beschämend, Fakten sind Fakten: Die Führer der chinesischen KP verkauften sich an die Bourgeoisie und die Finanzoligarchie, die die Weltwirtschaft beherrscht. Sie verachteten die Arbeiterklasse und die Bauern und wurden zu Dienern des großen Kapitals. Obwohl bedauerlich, lehren diese Ereignisse die wahren Kommunisten und Revolutionäre, dass sich der Kampf zwischen den Klassen auch nach der Eroberung der Macht durch das Proletariat auf harte Weise weiterentwickelt. Wie Dostojewski sagte, der Teufel schläft nicht. So erklärten Karl Marx und Friedrich Engels im Manifest der Kommunistischen Partei ausführlich:

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. (...) Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassegegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1959, Berlin/DDR. S.462;463

Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, hat Engels in der Anmerkung zur englischen Ausgabe des Manifests von 1888 klargestellt, warum sich diese beiden Klassen in feindlichen Lagern befinden:

„Unter Bourgeoisie wird die Klasse der modernen Kapitalisten verstanden, die Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind und Lohnarbeit ausnutzen.

Unter Proletariat die Klasse der modernen Lohnarbeiter, die, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzen, darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um leben zu können.“

MEW Bd.4, S.462

Darüber hinaus verzehnfacht die Bourgeoisie, wie Lenin betonte, nach ihrer Niederlage ihren Widerstand und kann dabei auf die Unterstützung des internationalen Kapitals zählen:

„Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse gegen einen mächtigeren Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch ihren Sturz (sei es auch nur in einem Lande) verzehnfacht und deren Macht nicht nur in der Stärke des internationalen Kapitals, in der Stärke und Festigkeit der internationalen Verbindungen der Bourgeoisie besteht, sondern auch in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der Kleinproduktion. Denn Kleinproduktion gibt es auf der Welt leider noch sehr, sehr viel; die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie. Aus allen diesen Gründen ist die Diktatur des Proletariats notwendig, und der Sieg über die Bourgeoisie ist unmöglich ohne einen langen, hartnäckigen, erbitterten Krieg auf Leben und Tod, einen Krieg, der Ausdauer, Disziplin, Festigkeit, Unbeugsamkeit und einheitlichen Willen erfordert.“

Lenin Werke, Bd.31, S.8

Was ist eine kommunistische Partei?

Nun, 1978, nach dem Tod von Mao Zedong und der gewaltsamen Unterdrückung der Führer und Aktivisten, die die Große Proletarische Kulturrevolution unterstützten, wurde Deng Xiaoping Leiter des Zentralkomitees der KPCh und setzte die Wirtschaftsreformen um, die die Wiederherstellung des Kapitalismus in China vorantrieben. Einige Menschen möchten dieser Realität nicht ins Auge sehen; immerhin nennt sich die chinesische Partei weiterhin kommunistisch und zeigt Hammer und Sichel auf ihrer Flagge. Aber wenn die Farbe der Katze nicht wichtig ist, ist es auch nicht der Name, unter dem die Katze bekannt ist. Hier in unserem Land haben wir das Beispiel der PCdoB, die sich auch Kommunistische Partei Brasiliens nennt, die - zumindest auf ihren Kongressen - weiterhin die rote Fahne mit Hammer und Sichel benutzt, aber die die kommunistischen Ideale, die marxistische Theorie des Klassenkampfes, aufgegeben hat und begann, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu verteidigen und die bürgerliche Armee zu verherrlichen.

Die Frage nach dem Namen der Partei ist so wichtig, dass Lenin 1918 befürwortete, den Namen der Partei in Russland zu ändern. Bis zum 7. Kongress, der vom 6. bis 8. März 1918 stattfand, wurde die bolschewistische Partei „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands – Bolschewiki“ genannt. Mit dem Verrat der opportunistischen sozialdemokratischen Führer der 2. Internationale hielt Lenin es für angemessen, sich von der Sozialdemokratie abzugrenzen, und schlug vor, dass die bolschewistische Partei ihren Namen in Kommunistische Partei Russlands ändern sollte:

„Anderseits müssen wir, indem wir mit den sozialistischen Umgestaltungen beginnen, uns ein klares Ziel stellen, auf das diese Umgestaltungen zu guter Letzt gerichtet sind, nämlich die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft, die sich nicht nur auf die Expropriation der Fabriken, der Werke, des Bodens und der Produktionsmittel beschränkt, sich nicht nur auf die strenge Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte beschränkt, sondern darüber hinausgeht zur Verwirklichung des Prinzips: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Deshalb ist der Name „Kommunistische Partei“ wissenschaftlich der einzig richtige. Der Einwand, das könne dazu führen, daß man uns mit den Anarchisten verwechselt, ist im Zentralkomitee sofort zurückgewiesen worden, weil die Anarchisten sich niemals einfach als Kommunisten bezeichnen, sondern mit gewissen Zusätzen. Was das betrifft, so gibt es alle möglichen Spielarten des Sozialismus, aber sie führen nicht zu einer Verwechslung der Sozialdemokraten mit den Sozialreformisten, mit den nationalen Sozialisten und ähnlichen Parteien.“

W.I. Lenin: Referat über die Revision des Parteiprogramms und die Abänderung des Namens der Partei. Lenin Werke, Bd. 27, S.114

Um zu definieren, ob eine Partei kommunistisch ist oder nicht, reicht es daher nicht aus, nur ihren Namen zu betrachten; es ist notwendig, ihre Zusammensetzung, ihr Programm, ihre Praxis (im eigenen Land und in der Welt) sowie ihre Theorie zu analysieren.

Wie wir wissen, haben Marx, Engels, Lenin und Stalin immer darum gekämpft, eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse aufzubauen - im Gegensatz zu den anderen Parteien, die das Privateigentum der Produktionsmittel und die Versöhnung

zwischen den Klassen verteidigten. Die Zusammensetzung dieser Partei ist daher nicht zweitrangig:

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse.“

Manifest der Kommunistischen Partei, Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1959, Berlin/DDR. S. 472

Lenin definierte die kommunistische Partei auch als Partei der Arbeiterklasse:

„Wir sind die Partei der Klasse, und deshalb muß fast die gesamte Klasse (und in Kriegszeiten, in der Epoche des Bürgerkriegs, restlos die gesamte Klasse) unter der Leitung unserer Partei handeln, sie muß sich unserer Partei so eng wie möglich anschließen“

W.I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, Lenin Werke Bd.7, S.258-259

In Wirklichkeit haben die wahren Kommunisten nie aufgehört, gegen die Versöhnung zwischen den Klassen zu kämpfen, und waren äußerst kompromisslos gegenüber der Anwesenheit kleinbürgerlicher, opportunistischer und revisionistischer Elemente innerhalb der Partei. Beobachten wir, was Lenin über die Bedingungen schrieb, die für den Sieg der russischen sozialistischen Revolution von grundlegender Bedeutung waren:

„Hat man in seinen Reihen Reformisten, Menschewiki, so ist es unmöglich, in der proletarischen Revolution zu siegen, so ist es unmöglich, sie zu behaupten. Das ist prinzipiell völlig klar. Das ist sowohl in Rußland als auch in Ungarn durch die Erfahrung anschaulich bestätigt worden (...). Das hat auch unsere Erfahrung bestätigt, denn während der drei Jahre der proletarischen Macht hat es in Rußland oftmals schwierige Situationen gegeben, in denen das Sowjetregime ganz sicher gestürzt worden wäre, wenn die Menschewiki, Reformisten und kleinbürgerlichen Demokraten innerhalb unserer Partei oder auch nur in mehr oder minder beträchtlicher Anzahl innerhalb der zentralen Sowjetinstitutionen, beispielsweise im Zentralexekutivkomitee, verblieben wären“

W.I. Lenin: Über den Kampf innerhalb der Italienischen Sozialistischen Partei, Lenin-Werke, Bd. 31, S.378-379

Wir wiederholen: „das Sowjetregime wäre unfehlbar besiegt worden, wenn die Menschwiki, die Reformisten, die kleinbürgerlichen Demokraten in unserer Partei geblieben wären.“

Was würde also Lenin sagen, wenn es innerhalb der Partei nicht nur Reformisten und Kleinbürger gäbe, sondern auch Bourgeois und nicht irgendwelche Bourgeois, sondern kapitalistische Milliardäre? Es ist unmöglich, sich das vorzustellen, weil Lenin einfach niemals Teil einer Partei dieser Art sein würde und niemals zulassen würde, dass eine solch empörende Entwicklung in der bolschewistischen Partei oder in einer anderen Partei der 3. Internationale vollzogen werden würde. Zweifellos stuft Lenin alle opportunistischen, sozialchauvinistischen und kautskyschen Gewerkschaftsführer, „kleinbürgerlich in der Lebensweise und der Höhe ihrer Einkommen“, als „Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“ ein und machte alles sehr deutlich:

„Unsere Organisation steht höher als alle; niemand, der nicht Werktätiger ist, kein einziger Ausbeuter hat das Recht, an dieser Organisation teilzunehmen“

W.I. Lenin: I Gesamtrussischer Kongress für außerschulische Bildung, Lenin Werke, Band 29, S. 364

Stalin lehnte auch diejenigen standhaft ab, die innerhalb der Partei das Zusammenleben mit den Reformisten und den Kleinbürgern verteidigten:

„...die Theorie der „Überwindung“ dieser Elemente im Rahmen ein und derselben Partei ist eine faule und gefährliche Theorie, die die Gefahr heraufbeschwört, die Partei zu einem Zustand der Lähmung und des chronischen Siechtums zu verurteilen, sie mit Haut und Haar dem Opportunismus auszuliefern, das Proletariat ohne revolutionäre Partei zu lassen, das Proletariat der wichtigsten Waffe im Kampf gegen den Imperialismus zu berauben.“

J.W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus – VIII - Die Partei, Stalin, Werke, Band 6, S.98

Die Milliardäre und der Verrat der KPCh

Dies ist die marxistisch-leninistische Vorstellung davon, wie die Zusammensetzung und der Charakter einer echten kommunistischen Partei aussehen

sollten. Nun, die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) und die Lobredner des falschen chinesischen Sozialismus sind mit dieser leninistischen Auffassung von Partei absolut nicht einverstanden. Kommen wir zu den Fakten.

Jack Ma ist einer der reichsten kapitalistischen Firmenchefs in China. Er besitzt das private Konglomerat Alibaba. Das persönliche Vermögen dieses chinesischen „Kommunisten“ wird auf 37 Milliarden US-Dollar geschätzt. Ma wurde, wie alle Kapitalisten der Welt, durch die Ausbeutung von Arbeitern reich und sein Ziel wurde von Karl Marx in seiner meisterhaften Arbeit „Das Kapital“ sehr gut entlarvt.

Erschreckt Euch nicht, Genossen: Dieser reiche chinesische Firmenchef ist eines der bemerkenswerten Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas und wurde auf dem 19. Parteitag als einer der „Hauptarchitekten des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ geehrt, berichtete die Chinesische Volkszeitung, Parteiorgan der KPCh, in ihrer Ausgabe vom 27. November 2018.

Jack Ma, obwohl er der Autor der Sätze „Ich bin nicht auf diese Welt gekommen, um zu arbeiten. Ich möchte nicht im Büro sterben, ich möchte am Strand sterben“ ist, tritt dafür ein, dass China im ganzen Land das 996-System implementiert: von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends an sechs Tagen der Woche arbeiten. Sein Vorschlag wurde in einem Artikel an die Mitarbeiter des Unternehmens verteidigt, in dem er sagt, dass 12-Stunden-Schichten zu arbeiten „ein Segen“ sei, und dass, ohne diese Arbeitsleistung, die chinesische Wirtschaft „höchstwahrscheinlich ihre Vitalität und ihren Schwung verlieren werde“: „Die Zahl der Beschäftigten hat in den letzten Jahren zugenommen (...) und die Zahl der Faulen ist rapide gestiegen. Wenn dies so weitergeht, wird das Unternehmen schnell vom Markt eliminiert werden!“ schrieb dieses Mitglied der chinesischen „kommunistischen“ Partei (Bloomberg, 15.04.2019). Wie wir sehen, ist Ma's Denken kein Vorurteil, sondern in seiner reinen Form ein wichtiges bürgerliches Konzept.

Ein weiteres prominentes Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas ist der Milliardär Liang Wengen, dem die Sany Group gehört, eine Konzern der Baumaschinenindustrie, die rund 70.000 Arbeiter ausbeutet. Der „kommunistische“ Liang besitzt dank des „Sozialismus mit chinesischen Merkma-

len“ ein Vermögen von 5,9 Milliarden US-Dollar und ist seit 2004 Mitglied der KP Chinas. Er und 30 andere große Kapitalisten (die alle Milliarden von Dollar an Vermögen besitzen) waren Teil der 2.270 Delegierten des 18. Kongresses der KPCh. Liang Wengens Name wurde sogar für das Zentralkomitee der „Kommunistischen“ Partei Chinas vorgeschlagen, einem Gremium mit 370 Mitgliedern. Laut Xinhua, der chinesischen Nachrichtenagentur, lehnte Liang die Einladung jedoch mit folgenden Worten ab: „Wie könnte ich diese Position einnehmen? Ich kann diesen Job nicht machen. Ich hoffe, dass andere Privatunternehmer unsere Wünsche an die Parteiführung weiterleiten. Aber dies zeigt, dass die Partei und die Regierung die soziale Gruppe der Privatunternehmer verteidigen und unterstützen“, sagte Liang. (Xinhua, 13.11.2012)

Das „harmonische und friedliche“ Zusammenleben der Bourgeoisie mit dem Proletariat anstelle des Klassenkampfes ist eine der fabelhaften Perlen der Theorie der „Idee des Dreifachen Vertretens“, die offiziell machten, dass die Feinde der Klasse, die Kapitalisten, uneingeschränkt in die KPCh eintraten. Dieses „kostbare“ programmatische Prinzip wurde auf dem 16. Parteitag 2002 auf Vorschlag von Jiang Zemin, Präsident des Landes von 1993 bis 2003, beschlossen und bildet eine der Besonderheiten des „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“.

Was ist das für ein Wachstum?

In den letzten vier Jahrzehnten war das Wachstum der Zahl der Bourgeois in China so spektakulär, dass der italienische Philosoph Domenico Losurdo, einer der enthusiastischsten Apologeten für den Marktsozialismus, in einem Artikel von 2001 dieses Phänomen wie folgt beschrieb:

„Und doch, gerade aufgrund des Erfolgs der politischen Reformen und des außerordentlichen Wachstums Chinas wächst die Zahl der Millionäre und Milliardäre dramatisch; kann der von den neuen Kapitalisten angesammelte Reichtum die Politik beeinflussen? Angesichts dieser Besorgnis ist die laufende Kampagne gegen Korruption absolut verständlich. Bei dem Säuberungsprozess geht es nicht nur darum, den sozialen Konsens über die Kommunistische Partei Chinas und die Regierung zu festigen; es bedeutet, die Empfehlung von Deng Xiaoping umzusetzen und so zu verhindern, dass die

„bürgerlichen Elemente“ eine organisierte Klasse bilden, die in der Lage ist, die Macht zu ergreifen.“

Domenico Losurdo. Ist China zum Kapitalismus zurückgegangen? Überlegungen zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. 2001

Nichts könnte aufschlussreicher sein, was Deng Xiaopings Theorie, Xi Jinpings Denken und „Marktsozialismus“ sind, als Losurdos Worte. In der Tat hat das sogenannte chinesische Wachstum nach den Worten eines seiner Bewunderer zu einem dramatischen Wachstum von Millionären und Milliardären geführt, d.h. zu einer zunehmenden Anhäufung von Reichtum durch Kapitalisten. Was für eine fantastische Sache! Wie konnte Marx das nicht voraussagen?!

Um zu verhindern, dass die bürgerlichen Elemente, die im Land dramatisch angewachsenen Kapitalisten, eine soziale Klasse bilden und die Macht ergreifen, besteht die von Losurdo vorgestellte Lösung darin, die Korruption zu bekämpfen und an Deng Xiaopings Theorie zu glauben. Mal sehen: „Als Deng mit seiner Reform- und Öffnungspolitik begann, war er sich seiner inhärenten Risiken bewusst. Im Oktober 1978 warnte er: ‚Wir werden nicht zulassen, dass eine neue Bourgeoisie Gestalt annimmt‘“.

„Dieses Ziel wird nicht durch die Toleranz gegenüber kapitalistischen Individuen negiert. Sie sollten viel Beachtung finden. Ein Punkt ist jedoch entscheidend: ‚Der Kampf gegen diese Individuen unterscheidet sich vom Kampf einer Klasse gegen eine andere Klasse wie in der Vergangenheit (diese Individuen können keine zusammenhängende und offensichtliche Klasse bilden) (Deng, 1992-95).“

Losurdo, ebenda

Welche enorme Macht hat Herr Deng! Seine einfachen Empfehlungen reichen aus, um die Bourgeoisie (die dieselben Klasseninteressen und dieselbe Ideologie hat, die Arbeiter für Mehrwert ausbeutet und den eigenen Reichtum erhöht), obwohl sie dramatisch wächst, daran zu hindern eine Klasse zu bilden! Ist das richtig, Herr Losurdo?! Kein Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die Bourgeoisie, ist es ausreichend sich nur auf die Korruption zu konzentrieren?! In China ist nicht mehr davon die Rede, das Böse an der Wurzel zu

entfernen?!

Also, Millionäre und Milliardäre, erinnern Sie sich an Dengs Worte, und trauen Sie sich nicht, eine Klasse zu bilden und die Macht in China zu übernehmen. Sie können Milliarden profitieren, sich zu Tausenden der Kommunistischen Partei Chinas anschließen, die arbeitenden Massen ausbeuten, ihr Kapital exportieren oder es in Steueroasen platzieren, sie können Bauern ihr Land stehlen, eine Reservearmee von 200 bis 300 Millionen Wanderarbeitern bilden und trotzdem werden sie keine Klasse sein oder eine Partei organisieren, um die Macht zu ergreifen.

In der Tat sind die „Lehren“ von Herrn Deng so mächtig, dass sie alles, was Marx über die historische Tendenz der kapitalistischen Akkumulation schrieb, in Staub auflösen wollen.

Die Lügen über die Neue Ökonomische Politik (NEP)

Beschämt, weil sie wissen, dass am bestehenden wirtschaftlichen und politischen Regime in China nichts sozialistisch ist, sagen die Theoretiker des Marktsozialismus von Zeit zu Zeit, wenn sie mit den Tragödien konfrontiert werden, die durch den Kapitalismus im Land verursacht werden, dass Leninisten sich nicht beschweren können, da Lenin kurz nach der Oktoberrevolution die Neue Ökonomische Politik (NEP) vorschlug.

Dies ist jedoch ein weiterer Irrtum. Die NEP war eine Wirtschaftspolitik für eine bestimmte Zeit in Russland und wurde angewendet, um eine andere zuvor existierende Wirtschaftspolitik, den Kriegskommunismus, zu ersetzen. Darüber hinaus beschloss der 16. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), der im Juni 1930 stattfand, dass die Zeit gekommen sei, „das Russland der NEP in ein sozialistisches Russland“ umzuwandeln, einschließlich einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden pro Tag an fünf Tagen in der Woche.

1934 machte die sozialistische Industrie bereits 99% der gesamten Industrie des Landes aus, und die sozialistische Landwirtschaft - die Kolchosen und Sowchosen - machte etwa 90% der gesamten Anbaufläche aus. Deshalb erklärte Stalin in einer Rede auf dem 17. Kongress im Januar 1934:

„Wir können jetzt sagen, dass die erste, die dritte und die vierte sozialökonomische Formation bereits nicht mehr bestehen, dass die zweite sozialökonomische Formation auf untergeordnete Positionen zurückgedrängt worden ist, während die fünfte sozialökonomische Formation, die sozialistische Formation, die uneingeschränkt herrschende und einzige bestimmende Kraft in der gesamten Volkswirtschaft ist.“

J.W. Stalin, Fragen des Leninismus, S. 534.

Hätten die chinesischen „Kommunisten“, anstatt den Genossen Stalin zu beleidigen, zumindest seine Rede vom 19. Oktober 1928 gelesen, als die NEP noch in Kraft war, wären sie vielleicht einem anderen Weg gefolgt:

„...unter den sowjetischen Entwicklungsbedingungen, wo der Kapitalismus bereits gestürzt, aber noch nicht mit der Wurzel ausgerottet ist, die Tendenz, die Neigung, die wenn auch nicht herausgebildete und wohl auch noch nicht zum Bewusstsein gelangte, immerhin aber vorhandene Neigung eines Teils der Kommunisten, von der Generallinie unserer Partei zur bürgerlichen Ideologie hin abzuschwenken.“

Stalin Werke, Band 11, S.120

Ist es nicht offensichtlich, dass wenn die KPCh Toleranz und Rücksichtnahme auf die Kapitalisten predigt und Milliardäre und Ausbeuter der Arbeiterklasse zu „Kommunisten“ und Parteimitgliedern erklärt, dies einen echten Verrat an der Arbeiterklasse darstellt?

Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in China

Um den „Erfolg“ der Reformen zu verteidigen, die den Kapitalismus in China wiederherstellten, preisen die Apologeten des falschen chinesischen Sozialismus ständig, dass das Land die höchsten Wachstumsraten der Welt hat; den reichsten Bankensektor hat, mehr als jedes andere Land produziert und exportiert, 119 Unternehmen auf der Liste der 500 größten der Welt hat, und viele davon sind in Staatsbesitz, mehr Kapital exportiert als importiert. Huawei, im Besitz der Millionärsfamilie Ren Zhengfei, ist führend in der 5G-Technologie; „Genosse“ Jack Ma's Alibaba dominiert den

Online-Handel der Welt und Hunderte von chinesischen Milliardären, echte Kapitalisten made in China, stehen auf der Liste der Milliardäre des Forbes-Magazins. Ja, vergessen wir nicht das „Infrastrukturprojekt des Jahrhunderts“, die Belt and Road Initiative - BRI. (auf deutsch: Projekt Seidenstraße)

Zweifellos strahlender Fortschritt. Aber welche Klasse eignet sich diese enorme Produktion von Reichtum an? Welche Vorteile haben die „vier Modernisierungen“, die Win-Win-Beziehungen (zum Nutzen aller Parteien) und die Wirtschaftsreformen für chinesische Arbeiter und das chinesische Volk?

Mit den Worten von David F. Ruccio, emeritierter Professor an der Universität Notre Dame, in einem Artikel, der am 25. März 2020 auf der GGN-Webseite veröffentlicht wurde: „Die Krisen, die im Kapitalismus auftreten, sind weder vorhersehbar noch entstehen sie aus einer einzigen Ursache, aber alle Krisen haben etwas gemeinsam: die Arbeitslosigkeit. Ob wegen des Platzens spekulativer Blasen oder weil Unternehmen ihre Verschuldung über ihre Zahlungsfähigkeit im Falle eines“ (im Kapitalismus) „unerwarteten „Schocks“ hinaus verlängert haben, haben Arbeiter keinen Anspruch auf einen Arbeitsplatz (oder das Recht darüber mitzubestimmen, wann und wo freie Stellen geschaffen oder zerstört werden). [...] Stattdessen müssen sie hart arbeiten, um ihre Arbeitsfähigkeit zu verkaufen - und sind gezwungen dies zu tun, um zu überleben, da ihre Fähigkeit zur Handarbeit auf dem Markt nur dann wertvoll ist, wenn sie von jemand anderem genutzt werden kann, um Gewinn zu machen“. Professor Ruccio zufolge „werden immer mehr nordamerikanische Arbeiter von Unternehmen entlassen, die ihre Geschäftstätigkeit einstellen, und dasselbe geschieht auch in Ländern wie China (wo Millionen ihre Arbeitsplätze verloren haben) und Italien (wo die Zahl der tödlichen Opfer des Coronavirus die Aufzeichnungen in China überholte)“. In seinen Worten entwickelt sich eine „Arbeitslosenpandemie“.

Heißt dies, dass es in China Arbeitslosigkeit gibt und diese Arbeitslosen ihre Arbeitskraft nicht an die Eigentümer der Produktionsmittel verkaufen können?

Wohin ging die Ren-Tugend der chinesischen Bourgeoisie? Teufel, ja, das kann nur das Werk des

Teufels sein, es hat nichts mit Kapitalismus zu tun, egal was Professor Ruccio sagte, schließlich kennt er die Bräuche oder die Geschichte Chinas nicht.

Wenden wir uns nun den Worten von Branko Milanovic zu, einem ehemaligen Chefökonom der Weltbank und Professor am Graduate Center der City University in New York, in seinem neuesten Buch „Kapitalismus global – Über die Zukunft des Systems, das die Welt beherrscht“:

„Während die Ungleichheiten in ländlichen und städtischen Gebieten im Jahrzehnt von 2010 zwischen 30 und 40 Gini-Punkten lagen, erreichte die Ungleichheit im gesamten Land fast 50 Gini-Punkte, wobei ab 2009 ein leichter Abwärtstrend zu verzeichnen war. Dies ist ein deutlich höherer Grad an Ungleichheit als in den Vereinigten Staaten und nähert sich dem in Lateinamerika festgestellten Ungleichheitsniveau. Es ist auch ein viel höheres Maß an Ungleichheit als in den 1980er Jahren, als China ein sozialistisches Land war, was die Beteiligung des staatlichen Sektors sowohl an der Beschäftigung als auch an der Wertschöpfung betrifft. So hat die Ungleichheit sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten und in China insgesamt (aufgrund der zunehmenden Kluft zwischen ländlichen und städtischen Einkommen) deutlich zugenommen.“

Milanovic, Kapitalismus global

„Die privaten Unternehmen sind nicht nur zahlreich, sondern auch sehr groß. Nach offiziellen Angaben stieg der Anteil der Unternehmen an den 1% der Unternehmen mit der größten Wertschöpfung von rund 40% im Jahr 1998 auf 65% im Jahr 2007.“

Bai, Hsieh und Song, 2014

„Chinas Eigentumsmodelle sind komplex und beinhalten oft in unterschiedlichem Ausmaß die Beteiligung des Staates - auf zentraler, provinzieller und kommunaler Ebene - privat und ausländisch. Das in Bezug auf die Produktion berechnete Gewicht des Staates im BIP übersteigt jedoch kaum 20%, während die in staatlichen und kollektiven Unternehmen beschäftigten Arbeitskräfte 9% der Gesamtbevölkerung einschließlich Land und Stadt entsprechen (Jahrbuch Arbeitsstatistik in China 2017).“

Milanovic, Kapitalismus global

Branko Milanovic weiter:

„Zu Beginn der Reformen hat der Staat die Preise für 93% der landwirtschaftlichen Produkte, 100% der Industrieprodukte und 97% der Einzelhandelswaren festgelegt. Mitte der neunziger Jahre wurden die Anteile umgekehrt: 93% der Einzelhandelspreise wurden vom Markt festgelegt, 79% der Preise für landwirtschaftliche Produkte und 81% für Industrieprodukte (Pei, 2006). Heute ist der vom Markt bestimmte Prozentsatz der Preise sogar noch höher.“

Milanovic, ebenda

91% der chinesischen Stadt- und Landarbeiter verkaufen ihre Arbeitskraft an Kapitalisten, und der Anteil des Staates an der Industrieproduktion beträgt nur 20%?! Die glorreiche wirtschaftliche Öffnung erhöhte die Zahl der Millionäre und verstärkte die Ungleichheit auf ein höheres Niveau als 1980, als China noch ein Land mit sozialistischen Merkmalen war?! Deng Xiaopings Theorie und Xi Jinpings Denken reduzierten die Beteiligung staatseigener Unternehmen an der Industrieproduktion von 100% auf etwas mehr als 20%?! Dies passiert in China auch bei dreifacher Repräsentation?! Wie wird man in diesem Rhythmus bis 2050 im Sozialismus ankommen?! Ist das die wunderbare Wirtschaftsplanung in China? Stalin hatte Recht, als er sagte, dass es unmöglich ist, eine Planwirtschaft zu schaffen, ohne das Prinzip des Privateigentums über die Produktionsmittel abzuschaffen?! Und die kapitalistischen Reformen haben die Ungleichheit in China erhöht?! Ist das möglich?! Was werden die Apologeten des Marktsozialismus sagen?! Vielleicht so etwas: „Wir glauben nicht an diesen Ökonomen, wir respektieren seine Studien zur Ungleichheit, weil wir alle Abweichungen und Widersprüche friedlich mit den bürgerlichen Elementen lösen wollen, aber nichts davon wird unser Vertrauen in Dengs Theorie und in Xis Denken erschüttern.“

Es gibt noch mehr: Die Mehrheit der Chinesen steht in überfüllten Warteschlangen öffentlicher Krankenhäuser, während die Reichen in luxuriösen

privaten Krankenhäusern sehr gut betreut werden. Auch im Bildungsbereich hat es Verschlechterungen gegeben: es gibt nur neun Jahre kostenloses Lernen. Die Familie, die möchte, dass ihr Sohn oder ihre Tochter zur Universität geht, muss jedoch bezahlen

In China ist die Arbeiterklasse eine ausgebeutete Klasse, die nicht für sich selbst arbeitet, sondern für die Klasse der Ausbeuter, die Bourgeoisie. Die Produktion der Wirtschaft unterliegt dem unaufhörlichen Streben nach Profit durch die bürgerlichen Elemente, die 80% der Industrieproduktion kontrollieren. Es gibt Arbeitslosigkeit, und die Preise werden durch die kapitalistischen Elemente und Monopole festgelegt, die die Produktionsmittel und den Außenhandel kontrollieren, wie dies vor der Revolution von 1949 der Fall war.

Trotzdem bestehen moderne Revisionisten darauf, dass China ein „sozialistisches Land mit chinesischen Merkmalen der neuen Ära“ ist. Ah! Entschuldigen Sie, Opportunisten, Verräter des Marxismus-Leninismus! Es handelt sich nicht um Sozialismus oder Kommunismus, sondern um eine „neue Produktionsweise, Marktsozialismus wäre nur der Phantasie-Name dieser New Design Economy“, wie der Geograph Elias Jabbour gegenüber der IHU sagte. (IHU Online, 16.10.2019)

Es handelt sich nicht um ein Vorurteil, sondern angesichts eines solchen Idealismus und einer solchen Phantasie glauben wir lieber weiter an die Worte von Karl Marx:

„Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassegegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft, ohne Klassen und ohne Privateigentum“

Karl Marx und Friedrich Engels, Statuten des Bundes der Kommunisten, 1847, Art. 1., MEW Bd.4, S.596

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI BRASILIENS (PCR)

BURKINA FASO

Solidarität mit den Volkskämpfen in den Vereinigten Staaten gegen die Straflosigkeit von Polizeigewalt und rassistischen Verbrechen

Der Mord an George Floyd am 25. Mai 2020 in Minneapolis, der von einem weißen Polizisten erstickt wurde, löste eine starke Protestbewegung aus, die einige Städte in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt entflammte.

Die unerträglichen Bilder, die in den sozialen Medien weit verbreitet wurden, zeigten den Polizisten, der George Floyd kaltblütig erstickte, mit dem Knie auf seinem Nacken und seiner Brust. „Ich kann nicht atmen, ich kann nicht atmen. Bitte Sir, bitte Sir! Bitte! Bitte! Bitte! Ich kann nicht atmen.“ Das waren die letzten Worte, die das Opfer sprach, bevor es starb.

Dieser Mord ist leider Teil einer langen, grausigen Liste der vielen rassistischen Verbrechen in den Vereinigten Staaten, wo der Rassismus, der im imperialistischen Herrschaftssystem strukturell verankert ist, die Afroamerikaner schon immer der meisten demokratischen und sozialen Grundrechte beraubt hat.

Die Erinnerung an einige tragische Vorkommnisse liefert ein lebendiges Bild:

1967 Anschließend an einen heftigen Streit zwischen zwei Polizisten und einem afroamerikanischen Taxifahrer organisierten die Einwohner von Newark, einem in sozialem Elend gelassenen Stadtviertel, 5 Tage lang, vom 12. bis 17. Juli, einen gewaltsamen Protest als Antwort. Die barbarische Repression forderte 26 Tote und 1.500 Verletzte.

In Detroit brachen Demonstrationen aus, um gegen das Eingreifen der Polizei in der 12th Street, die hauptsächlich von Schwarzen frequentiert war, zu protestieren. Die Nationalgarde und die Armee wurden entsandt, um diese Revolte zu ersticken, die mehr als vier Tage, von 23. bis 27. Juli, andauerte. Die Zusammenstöße forderten 43 Tote und 200 Verletzte. Es gab ähnliche Demonstrationen in verschiedenen Staaten einschließlich Illinois, Nordkarolina, Tennessee und Maryland.

1968 Anschließend an den Mord an dem schwarzen Pastor Martin Luther King in Memphis, Tennessee am 4. April brachen in 125 Städten gewalttätige Proteste aus, die 46 Tote und rund 2.600 Verletzte forderten. In Washington, einer Stadt, die hauptsächlich von Afroamerikanern bewohnt ist, nahm die Bewegung mit brennenden Häusern Aufstandscharakter an. Präsident Lyndon B. Johnson ließ per Dekret die Armee in Chicago, Boston, New York und Cincinnati eingreifen.

1980 Miami. Vom 17. Bis 20. Mai, nach 3-tägigen Demonstrationen, gab es einen traurigen Blutzoll von 18 Toten und mehr als 400 Verletzten im schwarzen Distrikt von Liberty City. Die Zusammenstöße brachen im Anschluss an den Freispruch von 4 weißen Polizisten durch das Gericht von Tampa aus, die beschuldigt wurden, einen schwarzen Motorradfahrer, der die rote Ampel überfahren hatte, tot geprügelt zu haben.

1992 Los Angeles. Die selbe Missachtung von Recht geschah mit dem Freispruch von 4 weißen Polizisten, die beschuldigt waren, einen schwarzen Fahrer, Rodney King, am 3. März 1991 geschlagen zu haben. Die Stadt wurde von gewaltsamen Protesten erschüttert, die sich auf andere Städte wie San Francisco, Las Vegas und New York ausbreiteten und 59 Tote und 2.328 Verletzte forderten.

2001 Cincinnati. Am 7. April wurde ein 19-jähriger afroamerikanischer Jugendlicher, Timothy Thomas, von einem weißen Polizisten nach einer Verfolgungsjagd wie ein Tier getötet. Dieser Mord löste gewalttätige Demonstrationen aus, die durch Verhängung des Ausnahmezustands und eine Ausgangssperre scharf unterdrückt wurden. Ergebnis: 70 Verletzte.

2014 Ferguson, Missouri. Ein 18-jähriger afroamerikanischer Jugendlicher, Michael Brown, wurde von einem weißen Polizisten erschossen. Dieses rassistische Verbrechen entfachte zwischen der afroamerikanischen Bevölkerung und der Polizei, die mit Gewehren und Panzerwagen ausgerüstet war, 10 Tage gewalttätiger Unruhen, vom 9. bis 19. August. Jedoch brachen Ende November 2014 neue Revolten aus, nachdem kein Gerichtsverfahren gegen den kriminellen Polizisten eröffnet worden war.

Eric Garner, ein 43-jähriger Vater von 6 Kindern in New York, starb, nachdem er von weißen Polizisten zu Boden geworfen worden war. Einer der Kriminellen drückte seinen Hals mit beiden Händen zu. Als er im Krankenhaus ankam, war er tot.

2016 Baltimore. Am 19. April starb Freddie Gray, ein junger Schwarzer, eine Woche nachdem er bei einem Transport im Polizeiauto am Rückgrat schwer verletzt worden war.

Charlotte. Im September brachen anschließend an den Tod von Keith Scott, einem 43-jährigen Afroamerikaner, in dieser Stadt in Nordcarolina gewalttätige Demonstrationen aus. Er starb, als er eingekreist von mehreren Polizisten, aus seinem Auto ausstieg. Gemäß der Polizeiversion verwundeten sie ihn, weil er sich weigerte, seine Pistole fallen zu lassen. Aber seine Verwandten sagen, dass er tatsächlich ein Buch in der Hand hielt und an einer Bushaltestelle ruhig auf seinen Sohn wartete. Um diese Volkserhebungen zu ersticken, verkündete der Gouverneur den Ausnahmezustand und forderte Soldaten der Nationalgarde zur Verstärkung an.

2020 Ahmaud Arbery, ein 25-jähriger schwarzer Jogger, wurde Ende Februar 2020 im Staat Georgia kaltblütig von einem ehemaligen Polizisten und dessen Sohn erschossen.

Im März 2020 wurde Breonna Taylor, eine 26jährige Sanitäterin, in ihrem Heim in Louisville, Kentucky, von der Polizei erschossen. Sie suchten nach einem Verdächtigen, der nicht mehr in dem Haus wohnte. Er war tatsächlich schon eingekerkert.

Zahlreiche Gewaltverbrechen gegen afroamerikanische Communities markieren die Geschichte der Vereinigten Staaten. Diese Verbrechen bleiben in ihrer großen Mehrheit ungesühnt. Systematisch finden sich mildernde Umstände, um die kriminelle Polizei trotz der Proteste und Mobilisierungen, die Wahrheit und Gerechtigkeit fordern, zu entlasten.

So sind die machtvollen Mobilisierungen und Demonstrationen gut zu verstehen, welche heute über die Städte der Vereinigten Staaten wie ein Hurrikan hinwegfegen, um Polizeigewalt, Rassismus und alle Formen der Diskriminierung, die die US-Gesellschaft für Jahrhunderte heimsuchten, anzuprangern. Die gegenwärtige Bewegung erinnert an die großen Kämpfe der 1960er Jahre gegen Rassetrennung und für Bürgerrechte der afroamerikanischen Bevölkerung. Aber sie finden im Kontext der Vertiefung der Krise des imperialistischen Systems statt, die durch die Folgen der Gesundheitskrise durch den Coronavirus noch vergrößert wird. Die Zahl der Arbeitslosen infolge der Entlassungen und der zahlreichen Bankrotte und Firmenschließungen hat 20 Millionen erreicht. Viele Menschen finden sich auf der Straße wieder, da sie ihre Miete nicht bezahlen können. Endlose Schlangen stehen vor den Armenspeisungen für Lebensmittel oder gerade mal eine Mahlzeit an.

Das hat in den Augen der Welt das zutiefst unmenschliche Wesen des US-imperialistischen Systems, die schreiende soziale Ungleichheit, die strukturelle Diskriminierung auf allen Gebieten einschließlich Gesundheitsfürsorge, Erziehung, Wohnung usw., enthüllt. Weil den ärmsten Schichten, zu denen viele in großer Armut lebende Afroamerikaner gehören, die soziale Absicherung vorenthalten wird, sind sie die Hauptopfer von Covid 19.

Da der rassistische Mord an George Floyd in diesem Kontext der extremen Verschlechterung der

Krise geschah und angesichts der reaktionären Äußerungen Trumps, der die Polizeigewalt unterstützte und erwog, die Armee und die Nationalgarde einzusetzen, explodierte die Wut und breitete sich sehr rasch in der großen Mehrheit der amerikanischen Städte aus.

Die Bewegung der Kämpfe des einfachen Volkes, die jetzt das Land überziehen, beschränkt sich nicht nur auf die afroamerikanische Bevölkerung. Sie umfasst unterschiedliche Teile der US-Gesellschaft in Bewegung: Jugendliche, Frauen, Intellektuelle, untere soziale Schichten, Mittelschicht, Menschenrechts-Organisationen und Menschen verschiedener Herkunft, unabhängig von ihrer Hautfarbe. Vereint stellen sie sich den Spaltungsmanövern des imperialistischen System mit dem Gift des Rassismus in den Weg und treten den Kräften der Repression entgegen, indem sie Parolen zu Ehren von George Floyd und zur Anprangerung der Diskriminierung rufen: „Black Lives Matter“.

Dieser mächtige Elan der Kämpfe des Volkes gegen Polizeigewalt, Rassismus und Diskriminierung gaben den Mobilisierungen und Solidaritätsdemonstrationen auf internationaler Ebene Aufschwung. Die Völker und besonders die Jugend voran, finden dort Resonanz, weil sie in ihren jeweiligen Ländern mit den selben Problemen konfrontiert sind. In der Tat ergreifen die Bourgeoisie, die Monopole und die in ihrem Dienst stehenden Staaten in unterschiedlichen Ländern die gleichen volksfeindlichen und antisozialen Maßnahmen im Kontext der sich verschlimmernden Krise. Überall greifen sie zu den gleichen Methoden der Spaltung der Arbeiter, der Völker und der Jugend, indem sie das Gift des Rassismus anwenden. Sie greifen auch zu barbarischer Repression, Polizeigewalt und Gewaltverbrechen, um die Kämpfe zu brechen. Daher stellen die Menschen in Frankreich in vielen Demonstrationen zur Erinnerung an George Floyd in verschiedenen Städten (Paris, Marseille, Bordeaux, Toulouse usw.) die Verbindung zwischen der Polizeigewalt und rassistischen Verbrechen in den Vereinigten Staaten und in ihrem Land her. Sie verlangen auch Wahrheit und Gerechtigkeit für Adama Traoré, der 2016 in der Pariser Region in den Händen der Polizei starb.

In unserem Land benutzt die herrschende MPP-Regierung, die sich in einer verzweiferten Lage befindet, die Polizeigewalt gegen die Kämpfe der Arbeiter und der Jugend. Sie verübt gezielte Tötungen gegen Aktivisten von demokratischen und revolutionären Organisationen wie gegen die zwei Mitglieder der Demokratischen Jugendorganisation (ODJ), Fahadou Cisse und Hama Balima aus der Provinz Yagha. Diese Verbrechen werden von Todesschwadronen ausgeübt, die schon ähnliche Fälle auf ihrem Konto haben, auch den Mord an Norbert Zongo.¹ Darüber hinaus versuchen der Imperialismus, vor allem der französische, und die verschiedenen Fraktionen der reaktionären Bourgeoisie, unser Volk mit Hilfe des Ethnizismus, des Regionalismus und/oder der Religion in diesem aufgewühlten Kontext der dschihadistischen Terrorangriffe zu spalten.

Unser Volk in seinen unterschiedlichen Teilen und die Jugend des Volkes insgesamt haben immer Widerstand geleistet und gekämpft, um diese Gewaltverbrechen anzuklagen und Wahrheit und Gerechtigkeit für diese Märtyrer zu fordern.

Im selben Geist des Kampfes und der internationalen Solidarität:

- verurteilen wir Polizeigewalt und Rassismus in den Vereinigten Staaten und auf der ganzen Welt
- fordern wir Wahrheit und Gerechtigkeit für George Floyd und alle Opfer der rassistischen Verbrechen in den Vereinigten Staaten.

REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS (PCR.V)

1) Norbert Zongo: gestorben am 13. Dez. 1998, investigativer Journalist, wurde während seiner Recherchen mit drei Begleitern erschossen in seinem ausgebrannten Auto aufgefunden.

DÄNEMARK

Die Stärkung der Europäischen Union auf dem Rücken der Arbeiterklasse

Nur zwei Monate vor März, als die Weltgesundheitsorganisation Europa zum Epizentrum der Covid-19-Pandemie erklärte, stellte die EU-Infektionskontrollbehörde fest, dass „die europäischen Länder über die notwendigen Kapazitäten verfügen, um einen Ausbruch zu verhindern und zu kontrollieren, sobald Fälle entdeckt werden“. Jetzt, neun Monate später, mit über 100.000 offiziellen Todesfällen durch Covid 19, wo in einigen Regionen eine ganze Generation alter Arbeiter in Pflegeheimen durch die Pandemie ausgelöscht und über 3 Millionen offiziell infiziert wurden, befinden wir uns in der zweiten Welle der Pandemie.

Der Kapazitätsmangel ist die Folge der Privatisierung und des starken Abbaus des öffentlichen Gesundheitssystems sowie der Klassenpolitik des europäischen Kapitals und der Monopole, der nationalen Regierungen und der supranationalen EU. Als Covid 19 begann, sich in Norditalien auszubreiten, baten sie das „Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen“ der EU, das Krisenhilfe und Epidemien innerhalb der EU koordiniert, um

Hilfe, aber es gab kaum eine Reaktion. Stattdessen wurde medizinische Hilfe aus China und Kuba geschickt. Die dänische Regierung schickte vier alte Atemschutzgeräte, die außer Dienst gestellt wurden, weil sie nicht mehr brauchbar waren. Als das Exportverbot für Gesichtsmasken innerhalb der EU schließlich aufgehoben wurde, wurde es durch ein gemeinsames Exportverbot aus der EU für Menschen in der übrigen Welt ersetzt. Die Koordination innerhalb der EU sowie der nationale Gebrauch von Schutzausrüstung, Medikamenten, Tests usw. in den verschiedenen Ländern basiert auf der kapitalistischen Logik, seiner Gier und Anarchie, und zeigt, warum der Kapitalismus niemals die Grundbedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes erfüllen kann und weder eine Lösung noch eine Zukunft hat.

Die konkrete politische, wirtschaftliche und finanzielle Situation ist in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU und den assoziierten Ländern unterschiedlich. Daher sehen wir auch unterschiedliche Regierungsstrategien und Zeiten für die Lock-Downs,

innerhalb der Optionen und Bedingungen zur Umsetzung der EU-Politik, Unterschiede im Vertrauen der Arbeiterklasse und der Völker in die Behörden und Politiker usw. Aber nichtsdestotrotz verfolgt die Bourgeoisie in allen Ländern die gleiche grundlegende Politik im Interesse einer stärkeren imperialistischen EU der Monopole.

Gemeinsame Grundstrategie der EU-Monopole

Die Union der europäischen Monopole und der Finanzoligarchie - die Europäische Union/EU - hat sich trotz all ihrer internen Widersprüche und unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten während dieser Covid-19-Pandemie und der wachsenden Wirtschaftskrisen mit zwei gemeinsamen Hauptanliegen beschäftigt.

Das eine ist, nicht nur den Profit zu sichern, sondern auch ihre Position auf dem Weltmarkt als ein wichtiger imperialistischer Akteur und in der wachsenden Rivalität zwischen den imperialistischen Supermächten. Tatsache ist, dass Sektoren wie der industrielle Apparat und auf der technisch-digitalen Ebene, der Energiesektor, die Infrastruktur und die Militärindustrie bereits vor diesen aktuellen Gesundheits- und Wirtschaftskrisen erneuert und in sie investiert werden mussten, um das imperialistische Ziel und den Zweck der EU zu erreichen, einschließlich der von der EU eingeleiteten so genannten technischen Revolution 4.0. Und die Abschottung der Märkte und Transportwege und die Unterbrechung von Lieferungen und Rohstoffen - all das summiert sich und verlangt nach stärkeren Mitteln, um den Prozess voranzutreiben. Die zweite Sorge der EU-Monopole und der nationalen Bourgeoisie ist, wie man neue neoliberale Sparreformen und Angriffe auf die Arbeiter durchsetzen kann, um die Arbeiterklasse und das Volk zahlen zu lassen und gleichzeitig die Kontrolle über die politische und soziale Lage zu behalten. Die gewaltigen wirtschaftlichen nationalen und EU-Staatsanleihen, die als Hilfspakete bezeichnet werden, sind mit Forderungen nach neuen, härteren Reformen verbunden, entweder auf dem Arbeitsmarkt oder in den nationalen Budgets für Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialleistungen. Gegenwärtig gibt es in fast allen EU- und assoziierten Ländern eine politische Landschaft, die von wachsender Frustration, Wut, Unzufrie-

denheit und wachsendem Widerstand gegen die EU-Forderungen an die Länder, Völker und arbeitenden Klassen geprägt ist.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU wurde in weiten Teilen der bürgerlichen Medien als Sieg des rechten Flügels proklamiert, der die Unzufriedenheit der Arbeiter und Kleinbürger mit der neoliberalen Politik der EU ausnutzt und manipuliert. Die Arbeiter haben weder für die Varianten derselben neoliberalen Politik der Konservativen noch der Labour-Partei gestimmt; sie stimmten gegen die Bosse in der EU und ihre verheerende Politik.

Um eine Wiederholung zu vermeiden und als Krisenmanagement sehen wir eine neue Phase der Zentralisierung der Macht in der Europäischen Kommission, die derzeit unter der Führung des deutschen Imperialismus steht, in der Europäischen Zentralbank unter der Führung des ehemaligen CEO der Weltbank und in den großen EU-Institutionen, die alle starke Pfeiler in der supranationalen Staatsmacht der EU und der endgültigen Schaffung der föderalen Vereinigten Staaten von Europa sind. Wir sehen eine Militarisierung der Wirtschaft und den Aufbau und die Arbeitsteilung der militärischen Industrie, Kräfte und Aktionen zur Sicherung der „Festung Europa“ und zur Ausweitung ihrer imperialistischen Interessen außerhalb der EU. EU-Präsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete den Rettungsplan und die Zentralisierung der Macht in ihrer jüngsten Jahresansprache zur „Lage der Union“ als „EU der nächsten Generation“ und „eine stärkere und erneuerte EU nach der Krise“, beide als „Green New Deal“ der EU verpackt.

Neue Schritte zur Sicherung des Euro und der Eurozone

Nach Angaben des IWF und der Weltbank war die Eurozone in den Jahren 2019 und 2020 die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt nach China und den USA, gemessen an der um das BIP bereinigten Kaufkraft. Aber im Gegensatz zu China ist das Wachstum in der Eurozone rückläufig und die Wirtschaft befindet sich in einer Rezession; einige Mitgliedsstaaten haben sich schon vor dieser neuen Krise nie von der Finanzkrise des Jahres 2008 erholt.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU wurden Staatsdefizite und Schulden streng bestraft und

der Arbeiterklasse als riesige Lasten auf den Rücken gelegt: Ob es in Griechenland mit einer Staatsverschuldung von 177% des BIP geschah, bei der die griechische Regierung das EU-Diktat akzeptierte, das die Arbeiterklasse und die gesamte Wirtschaft ruinierte, oder ob es in Dänemark geschah, wo ein riesiger Staatsraub an der Arbeiterklasse durch die Armutsreformen und die Abschaffung der Vorruststandsgelder die Reduzierung der nationalen Staatsschulden auf 18% des BIP finanzierte. Er finanzierte auch den größten Überschuss in der EU. Diese konnte dadurch große Kredite für die Hilfspakete für Industrie und Banken aufnehmen. Das Ergebnis war, dass die Arbeiterklasse zahlen musste. Obwohl die EU-Politik zur Staatsverschuldung und zum Staatsdefizit in Griechenland und Dänemark auf zwei sehr unterschiedliche Arten und unter sehr unterschiedlichen Umständen durchgeführt wurde, war das Ergebnis das gleiche: Es sind die Arbeiterklasse und die arbeitenden Menschen, die unter den Folgen dieser Politik leiden und den Preis dafür zahlen.

Wenn sich nun die EU-Regierung, die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten und die Deutsche Bank zum ersten Mal von diesem institutionalisierten und vertraglich gebundenen Prinzip der Verringerung der Staatsverschuldung und des Staatsdefizits distanzieren und nun eine gemeinsame EU-Staatsverschuldung in Höhe von 750 Milliarden Euro ausgeben wollen, dann geht es im Grunde darum, die gemeinsame Währung, den Euro, und die Eurozone vor dem Zusammenbruch zu retten und die Interessen der beiden größten Wirtschaftsmächte in der EU - Deutschland und Frankreich - zu wahren. Sie haben diesen Plan vorangetrieben, um die kleineren und schwächeren Länder, Völker und die Arbeiterklasse zahlen zu lassen.

19 der 27 EU-Länder gehören der Eurozone an. Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich haben sie in Referenden abgelehnt, während sich östliche EU-Länder wie Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und Rumänien noch nicht qualifiziert haben. Aber sie alle sind in die Regeln und Handlungen der Eurozone verwoben und an sie gebunden.

Der neue EU-Haushalt weist ein Defizit von fast 40% auf. Es gibt eine Vereinbarung, die es der EU erlaubt, im Namen aller Mitgliedstaaten Darlehen zur Finanzierung des Defizits aufzunehmen, an-

statt wie bisher, wo jeder Mitgliedstaat für seine eigenen Darlehen haftet. Wie, wie viel und wann die Mitgliedstaaten dies zurückzahlen müssen, ist nicht offengelegt worden. Das Abkommen gibt der EU auch das Recht, direkte supranationale Steuern zu erheben sowie neue neoliberale Arbeitsmarktreformen und neue und härtere Budgetforderungen an die Mitgliedsstaaten als Gegenleistung für „Hilfe“ zu diktieren.

Die dänische Regierung hat ein Abkommen geschlossen, nach dem Dänemark als Mitgliedsstaat für Kredite und Schulden zur Rettung des Euro haften soll - wozu die Bevölkerung Nein gesagt hat. Die Regierung bezeichnet diese Finanzhilfe an Dänemark sogar als „Hilfe“ der EU.

In der Periode 2011-18 hat die EU 63 Forderungen an die Mitgliedsstaaten gestellt, die Gesundheitsbudgets zu kürzen, was dazu beigetragen hat, dass die EU-Länder die Gesundheit der Bevölkerung auch im Laufe dieser Pandemie nicht gewährleisten konnten.

Geschlossene Grenzen, aber ein gemeinsamer Arbeitsmarkt

Die EU stützt sich auf vier kapitalistische Freiheiten: den freien Fluss von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeit. Als die Covid-19-Pandemie zuschlug, schlossen viele Mitgliedstaaten wie Dänemark ihre Grenzen und entsandten bewaffnete Soldaten und Polizeikräfte, die als Verteidigung gegen die Pandemie dargestellt wurden.

Aber da Wert, Reichtum und Profit nur durch die Arbeit der Arbeiter erzielt werden können und die EU auf einem gemeinsamen Arbeitsmarkt basiert, in dem das Kapital die billigste Arbeit will, hat die Europäische Kommission am 30. März ihre Richtlinien veröffentlicht, die den freien Fluss von Arbeit während der Covid-19-Krise ermöglichen. Die Mitgliedsstaaten und die assoziierten Staaten müssen dafür sorgen, dass viele Berufsgruppen problemlos und ohne Schwierigkeiten Grenzen überschreiten können, was notwendigerweise das Infektionsrisiko erhöht und dies auch getan hat.

In dem dänischen Fleischmonopol Danish Crown kommen die meisten Arbeiter aus Polen und anderen osteuropäischen Staaten. Der große Ausbruch von Infektionen in einigen Schlachthöfen war nicht nur auf die Arbeitsbedingungen und langen

Arbeitszeiten zurückzuführen, sondern auch auf die Tatsache, dass diese migrantischen Arbeiter in besonders schlechten Wohnverhältnissen zusammengepfercht leben und in Bussen zur und von der Arbeit transportiert werden.

In dieser Krise war die EU gezwungen, große Probleme wie mit den Binnengrenzen und dem Schengener Abkommen, Staatsschulden und staatlichen Subventionen in Kauf zu nehmen, aber sie ist nie von ihrem Kern, dem „göttlichen Recht“ für ihre Monopole und ihr Kapital, die Arbeiter auszubeuten und zu unterdrücken, abgewichen, indem sie die billigsten Arbeitskräfte einsetzt und immer versucht, noch billigere zu finden. Zwischen 20.000 und 30.000 Arbeitsmigranten aus osteuropäischen Ländern wie Polen arbeiten in der Landwirtschaft im EU-assoziierten Norwegen, weil sie billiger sind als norwegische Arbeitskräfte. Polen importiert dann im Rahmen von Kurzzeitverträgen Arbeitskräfte aus der Ukraine, Vietnam, Sri Lanka und Indien, weil sie billiger sind als polnische Arbeitskräfte. So geht es immer weiter nach unten.

Wegen der höheren Ausgaben für Transporte und Quarantänebestimmungen sind die migrantischen Arbeiter gezwungen, länger zu bleiben und länger zu arbeiten, was ein Faktor ist, der die Abwärtsspirale bei Löhnen, Arbeitszeiten und -bedingungen in allen Ländern vorantreibt. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit sehr schnell an.

Beim größten Bauprojekt aller Zeiten in Dänemark, einer Brücke zwischen Dänemark und Deutschland, kommen die meisten Arbeitskräfte aus anderen EU-Staaten. Der dänische Staat, die sozialdemokratische Regierung, die dänischen arbeiter-aristokratischen Gewerkschaftsführer und die verantwortlichen Privatunternehmen haben sich bei diesem Projekt auf einen 12-Stunden-Arbeitstag an 12 aufeinanderfolgenden Tagen geeinigt. Der Zweck dieser Brücke besteht nicht nur darin, die Kosten und die Zeit für die Überquerung der Ostsee zu senken, sondern vor allem darin, den militärischen Transport von Truppen, Ausrüstung und Waffen zu sichern, da Dänemark die Rolle ei-

nes Transitpunktes und der Lagerung an der nördlichen Militärflanke der EU/NATO gegen die imperialistische Macht Russland hat.

Der Hauptwiderspruch

Was 1952 mit 6 Ländern in der Kohle- und Stahlunion, den beiden wichtigsten Elementen des gemeinsamen Aufbaus einer neuen militärischen, imperialistischen Macht nach den massiven Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs begann, ist heute, 68 Jahre später, eine fast voll entwickelte supranationale Staatsmacht für die Vereinigten Staaten von Europa. Sie umfasst heute 27 Mitgliedstaaten und 16 Länder, die entweder voll assoziiert sind, wie Norwegen, oder in Verhandlungen stehen, wie Albanien, oder wo es verschiedene besondere Verhandlungsabkommen gibt, wie die Türkei, Israel und Tunesien.

Es war und ist ein Prozess und eine Konstruktion, die mit all den inhärenten Widersprüchen des Kapitalismus und Imperialismus in einem komplizierten Flickenteppich gefüllt ist, in dem die Widersprüche verschärft und abgeschwächt werden, Veränderungen in Einfluss und Stärke, die bei den verschiedenen Ländern und Mitgliedstaaten unterschiedlich sind.

Aber wie dem auch sei, der Hauptwiderspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie und zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist die treibende Kraft und der Hauptaspekt in der Entwicklung des Klassenkampfes hin zu revolutionären Veränderungen und dem Untergang unserer nationalen Bourgeoisie sowie der EU der Monopole. Um den Kampf gegen die Last der Krisen auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu erhöhen, können diese beiden Kämpfe nicht getrennt werden. Wir müssen die Solidarität unter der Arbeiterklasse in ihrer ganzen Komplexität sowohl auf nationaler als auch auf supranationaler Ebene stärken, und zwar auf jede konkrete Art und Weise und in der Aktion gegen einen gemeinsamen Klassenfeind.

APK, KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS

DEUTSCHLAND

Corona und die Wertfrage

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warenansammlung‘, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware. Die Ware ist zunächst ein äußerer Gegenstand, ein Ding, das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt. Die Natur dieser Bedürfnisse, ob sie z.B. dem Magen oder der Phantasie entspringen, ändert nichts an der Sache. Es handelt sich hier auch nicht darum, wie die Sache das menschliche Bedürfnis befriedigt, ob unmittelbar als Lebensmittel, d.h. als Gegenstand des Genusses, oder auf einem Umweg, als Produktionsmittel.“

Karl Marx, Das Kapital, MEW, Bd.23, S.49

Reichtum besteht also in der kapitalistischen Gesellschaft nur dann, wenn etwas verkauft und gekauft wird, wenn es zur Ware wird.

Die Corona-Krise gibt dafür zahlreiche Beispiele. Laut den Prognosen des „Sachverständigenrates“ der Bundesregierung vom 23.6.20 wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr um ca. 6,5% sinken. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

rechnet für Deutschland sogar mit einem Einbruch von 9% und weltweit von 4%.

Das BIP umfasst alles, was im Land gekauft und verkauft wird. Nur das wird in der kapitalistischen Gesellschaft als „Wert“ gerechnet.

Doch dieser Wertbegriff ist pervers und entspricht nur dem Interesse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Karl Marx unterscheidet zwischen Gebrauchswert und Tauschwert macht aber deutlich, dass der Tauschwert nur eine Oberfläche, eine Erscheinungsform von etwas dritten, dem Wert, der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ist. Marx: „Der Tauschwert kann überhaupt nur die Ausdrucksweise, die ‚Erscheinungsform‘ eines von ihm unterschiedenen Gehalts sein“. (Karl Marx, Das Kapital, MEW, Bd.23, S.51) Nur wenn etwas als Ware in Erscheinung tritt, hat es einen Tauschwert, dessen Basis aber der Wert ist. In unserem Beitrag geht es nicht um alle Aspekte des Werts und des Tauschwertes, sondern um eine Gegenüberstellung von Gebrauchswert und Tauschwert.

Für Menschen, die beispielsweise Obst einkaufen,

steht der Gebrauchswert im Vordergrund. Die Dinge müssen „menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedig(en).“ Die Kollegin oder der Kollege kaufen die Dinge nicht, um damit mehr Geld zu machen, sondern sie zu konsumieren, um Bedürfnisse zu befriedigen. Ganz anders ist das Verhältnis des Kapitals zu den Dingen. Der Kapitalist kauft eine Fuhre Tomaten nicht, um sie zu verbrauchen, sondern um sie möglichst mit Gewinn zu verkaufen. Kauft sich der Kollege oder die Kollegin eine Wohnung, um darin zu wohnen, so kauft der Kapitalist so viele Wohnungen, wie es sein Kapital erlaubt und der Markt für ihn sinnvoll macht, um damit mehr Geld zu machen – durch Vermietung oder Weiterverkauf und Spekulation.

In der Corona-Krise wurde dieses unterschiedliche Verhältnis zu den Produkten deutlich sichtbar.

Wenn z.B. ein/e Arbeiter/in vor Corona in der Mittagspause Essen gekauft hat, erhöhte das das BIP und damit den ökonomischen Wert. Haben die gleichen Menschen in den Zeiten des Lockdowns zu Hause ihr Essen selbst gekocht und gegessen, so ist das im Sinne des Kapitalismus kein Wert. Der Reichtum einer Gesellschaft wird dadurch nicht vergrößert. Dabei schmeckt das Essen vielleicht besser, ist gesünder zubereitet – also wertvoller für den Menschen, der es mit Vergnügen verspeist. Aber es ist „nur“ ein Gebrauchswert. Der kann genauso gut oder sogar besser sein als das gekaufte Essen, aber wird eben nicht zum Tauschwert und ist damit für das Kapital ökonomisch wertlos! Das gilt freilich nur für das Endprodukt, das in der häuslichen Küche zubereitete Essen. Die dafür erforderlichen Waren – Lebensmittel, Wasser, Gas oder Elektrizität etc. sind in der Regel gekauft und vergrößern das BIP.

Das trifft für vieles zu. Während des Lockdowns haben die Menschen ja nicht untätig herumgesessen. Manche Wohnung wurde renoviert, am Häuschen wurde herumgebastelt, Gärten wurden gepflegt. Das alles geht nicht in das BIP ein. Hätten die Menschen Lohnarbeit geleistet und dann beispielsweise einen Maler für die Renovierung der Wohnung bestellt und bezahlt, so hätte das das BIP erhöht. Machen sie es selbst mit viel Einsatz und Freude, ist es für das Kapital wertlos und geht nicht in das BIP ein, lediglich die gekauften Baumaterialien.

Grotesk ist es bei der solidarischen Hilfe. In Stuttgart haben VfB-Fans unentgeltliche Nachbar-

schaftshilfe für ältere Menschen geleistet. Sie haben für sie eingekauft, Medikamente gebracht und vieles mehr. Hätten sie eine „Service GmbH & Co KG“ gegründet und Geld für ihre „Dienstleistungen“ verlangt, so wäre das ins BIP eingegangen und hätte das erhöht. Doch da sie kein Geld verlangt haben, haben sie zum Sinken des BIP beigetragen. Wie viele Millionen haben in dieser Zeit anderen geholfen, haben das schon vor der Krise gemacht und werden es auch weiter machen. Doch gegenseitige solidarische Hilfe schafft im Sinne des Kapitals keinen Wert. Das ganze als Geschäftsmodell, als Hausservice oder Pflegedienst bringt den Kreislauf des Geldes in Schwung, macht Profite möglich und erhöht das BIP. Menschlichkeit ist eben für das Kapital wertlos.

Krass wird auch die mehrfache Ausnutzung der Frau deutlich. Hat sie zuvor gearbeitet, das Kind gegen Bezahlung in der Kita untergebracht, dort das Essen bezahlt und selbst in der Kantine gegessen, ging das alles selbstverständlich in das BIP als Wert ein. Sitzt sie nun zuhause, macht Home-Office, betreut „nebenher“ die Kinder und kocht für die Familie, dann geht nur ihr Home-Office als Wert in das BIP ein. Alles andere ist aus der Sicht der kapitalistischen Ökonomie nichts wert! Damit werden zwei Drittel ihrer Arbeit als wertlos abgestempelt. Sie arbeitet für drei, zählt aber nur einmal. Für die Kinder ist natürlich die Betreuung durch die Mutter etwas wert. Auch das Essen ist wahrscheinlich wertvoller. Aber dieser Wert, der Gebrauchswert, zählt eben nicht im BIP. Es zählt nur, was käuflich ist. Als Gratisbeigabe zur Verringerung des notwendigen Lohns, der ja die Reproduktion der Ware Arbeitskraft ermöglichen soll, nimmt das Kapital diese unbezahlte Arbeit vieler Frauen allerdings gern.

Ein Beispiel für den Widersinn der kapitalistischen Logik: Bäckt jemand einen Kuchen, so gehen zunächst einmal die Backzutaten in das BIP ein; alles andere nicht. Isst er nun die eine Hälfte des Kuchens mit der Familie, hat er/sie mit der geleisteten Arbeit keinen Wert im Sinne des Kapitals geschaffen. Gibt er die andere Hälfte des Kuchens für ein Vereinsfest oder ähnliches zum Verkauf ab, damit der Verein seine Arbeit finanzieren kann, so geht der verkaufte Kuchen in das BIP ein. Und wenn der Verein mit dem eingenommenen Geld wieder etwas einkauft, dann erhöht das das BIP ebenso.

Würde man alles zusammenrechnen, was die Menschen in der Zeit der Corona-Krise zuhause oder bei der Hilfe für Nachbarn geleistet haben, und das im BIP berücksichtigen, so wäre das wahrscheinlich gar nicht oder nur um 1-2% gesunken. Denn tatsächlich haben die Menschen in dieser Zeit viel geschaffen, was für sie wertvoll ist.

Ekelhaft wird diese „Wertschätzung“ durch das Kapital in solchen Bereichen wie Sexualität. Wenn Menschen in der Corona-Krise mehr Zeit miteinander verbrachten, dabei auch mehr Zeit füreinander hatten und miteinander mehr Sex hatten, stellt das für das Kapital keinen Wert dar. Was für die Menschen wertvoll und Ausdruck von tiefer Intimität und Zuneigung ist, zählt für das Kapital nicht. Gehen diese Menschen aber zu einer Prostituierten bzw. einem Prostituierten, fließt Geld, dann erhöht das das BIP. Die Gesellschaft ist angeblich „reicher“ und „wohlhabender“ geworden! Wie ekelhaft und pervers ist ein solches Wirtschaftssystem! Es geht eben nicht darum, dass etwas wertvoll für die Menschen ist, sondern dass es Profite möglich macht.

Der Widersinn des kapitalistischen Rechnens wird auch im Bereich der Kultur in der Krise noch offensichtlicher. Der ganze Kulturbetrieb mit seinen Auswüchsen lag darnieder. Aber das Bedürfnis nach Kultur war weiterhin da, sowohl bei den Künstlern als auch bei ihren Zuschauern und Zuhörern. Im Kapitalismus ist auch Kunst und Kultur eine Ware. Sie muss verkauft und gekauft werden. In der Regel bedeutet das, dass einige wenige Stars Millionäre werden – und mit ihnen die Kulturkonzerne, die sie unter Vertrag haben. Ob Schauspieler, Maler, Bildhauer, Sänger – nur die sind wichtig, die viel Geld bringen. An ihnen hängt eine ganze Industrie von Studios, Eventfirmen, Ausrüster usw. Je größer das Event, desto höher der Profit. In der Krise waren viele Künstler, vor allem nicht so berühmte, sehr kreativ. Sie boten Internetkonzerte, posteten Beiträge auf youtube und facebook, gaben Konzerte über jitsi oder Zoom. Bilder, ja ganze Ausstellungen konnten über das Internet besucht werden. Schriftsteller führten Lesungen auf youtube, facebook, jitsi oder Zoom durch. Manche organisierten Konzerte auf Hinterhöfen. Dabei stießen sie auf große Resonanz bei ihrem Publikum. Auf einmal war alles unentgeltlich. Allerdings waren viele Zuschauer und Zuhörer bereit, für den Lebensunterhalt der Künstler zu spenden. Zudem

gab es spontan Hilfsaktionen für Künstler, die nun wenig Möglichkeiten und kaum noch Einnahmen hatten. Vielen Menschen ist Kultur etwas wert, auch wenn sie keine unmittelbare „Leistung“ dafür erhalten. Weg war die Vermittlung und Beherrschung durch eine Musikindustrie. Die Beziehung zwischen Künstlern und Publikum wurde direkter und unmittelbarer, auch wenn der Kontakt meist über das Internet und auf Abstand stattfand. Das Bedürfnis nach Kultur bahnte sich neue Wege.

So ist die Corona-Krise ein Anlass dafür, über Wert nachzudenken und sich mit Karl Marx und seiner Kritik am Kapitalismus zu beschäftigen. Das kapitalistische System, das früher durchaus zu einer revolutionären Entwicklung geführt hat, ist heute verbraucht und verkommen. Es hat alle menschlichen Kategorien pervertiert und in ihr Gegenteil verdreht. Deshalb muss dieses System verschwinden und durch ein sozialistisches System ersetzt werden, in dem die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen das Maß für die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft sind.

„Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen sich hier, nur gesellschaftlich statt individuell. Alle Produkte Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der

Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“

(Karl Marx, Das Kapital, MEW, Bd.23, S.92-93)

ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI (ARBEIT ZUKUNFT)

ECUADOR

Der moderne Revisionismus, ein direkter Feind der Revolution und des Sozialismus

Pablo Miranda

Im Jahr 1956, einige Jahre nach dem Tod des Genossen J. W. Stalin und nach dem Putsch der Chruschtschowianer gegen die alten Bolschewiken, fand der 20. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, KPdSU, in Moskau statt, welche den Aufstieg des modernen Revisionismus in die Führung der Partei und der Sowjetunion unterstützte.¹

Bis dahin hatten die revisionistischen, chruschtschowistischen Ideen, die den Marxismus-Leninismus verzerren, weite Teile der führenden Kader der KPdSU sowie viele der damals herrschenden Kommunistischen Parteien, mit Ausnahme der albanischen und der chinesischen Partei, aber auch der Mehrheit der Kommunistischen Parteien auf allen Kontinenten unter dem Vorwand, „mit der Zeit zu gehen“, durchdrungen.

Die Hauptthesen der Revisionisten gaben den Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus auf, widerriefen den Kampf für die Revolution und den Sozialismus und proklamierten:

1. Friedliche Koexistenz, Klassenzusammenarbeit und

Versöhnung mit den Bossen. Sie behaupteten, die Vertreter der kapitalistischen Monopole, der imperialistischen Länder, der internationalen Bourgeoisie und der Grundbesitzer wären zur Besinnung gekommen und vernünftig geworden. Sie behaupteten, dass es möglich wäre, die Gefahr eines umfassenden Krieges durch Gespräche zu beseitigen.

2. Friedlicher Übergang, die Möglichkeit der Machtergreifung durch Wahlen, der „Strukturreformen“, die die Natur des Kapitalismus zunehmend verändern werden. Sie lehnten den revolutionären Kampf um die Machtergreifung ab, sowie die Anwendung revolutionärer Gewalt. Ihnen zufolge war der bewaffnete Kampf unnötig. Dieser sei nur eine nutzlose Aufopferung, die von den proletarischen Revolutionären nicht proklamiert, geschweige denn organisiert werden dürfe.

3. Friedlicher Wettbewerb, in welchem die strukturelle Entwicklung des sozialistischen Lagers ihre Überlegenheit

über den Kapitalismus zeigen und somit dem Sozialismus den Weg bereiten werde.

4. Die Vernichtung der Diktatur des Proletariats, ihre Wandlung in die Regierung des ganzen Volkes. Sie behaupteten, die sozialistische Demokratie wäre so weit fortgeschritten, dass es für die reaktionären Klassen der Vergangenheit möglich wurde, sie zu akzeptieren und mit ihr zu koexistieren. Das Proletariat habe den gestürzten reaktionären Klassen zu vertrauen, sie zur gemeinsamen Regierung einzuladen, mit ihnen gemeinsam den Sozialismus „aufzubauen“, als ein Garant für das sozialistische Heimatland, für den internationalen Frieden.

5. Die neuen Zeiten, die neue Kräfteverhältnisse auf internationaler Ebene und in den einzelnen Ländern erfordere eine Änderung der Klassennatur der Partei; sie solle als eine Partei des ganzen Volkes aufgebaut werden, in der Betriebsbesitzer, Persönlichkeiten der Bourgeoisie mit guten Absichten, mit Arbeitern zusammenleben. Diese Änderung bedeutete den Widerruf der unmittelbaren und mittelfristigen Interessen der Arbeiter, die Absenkung der Ziele des Proletariats auf den Kampf für unmittelbare Forderung, für Freiheit und Demokratie innerhalb des kapitalistischen Rahmens, die Öffnung der Parteiränge, in ihrer Führung, für die kleinbürgerlichen und bürgerlichen Demokraten.

6. Die Kommunisten sollen den Zorn der Kriegstreiber des Pentagons und der NATO nicht provozieren, sondern für den Weltfrieden arbeiten, im Sinn behalten, dass ein Weltkrieg „eine atomare Auseinandersetzung wäre, die das Leben und den Planeten auslöschen würde.“

Das Hauptziel der chruschtschowistischen Revisionisten war Angriff auf die und die Zerstörung der größten Errungenschaft der Arbeiterklasse und der Völker, die wegweisende Arbeit der Kommunisten, die große Oktoberrevolution und das Heimatland der Arbeiter, die UdSSR.

Die Oktoberrevolution von 1917, der Umsturz von Kapital und Bourgeoisie, die Machtergreifung durch das Proletariat und die Völker im größten

Land der Welt, die Schaffung der Sowjetunion und der Aufbau des Sozialismus schafften eine neue Welt. Sie trugen die alte Ordnung von Lohnsklaverei zu Grabe. Sie formten das sozialistische Heimatland, die Avantgarde der Arbeiter der Welt im Aufbau des Sozialismus, dem revolutionären Bezugspunkt für unzählige Millionen Arbeiter auf allen Kontinenten, die sichere Rückendeckung der internationalen Revolution.

Die UdSSR war der greifbare Beweis dafür, dass der Kapitalismus vernichtet werden und die neue Welt, der Sozialismus, aufgebaut werden kann. Entsprechend waren alle Angriffe des Revisionismus und der Reaktion, des Kapitalismus und des Opportunismus gegen sie gerichtet.

Die ideologischen und politischen Vorstöße des Revisionismus fügten dem Marxismus-Leninismus, der internationalen kommunistischen Bewegung, jeder einzelnen kommunistischen Partei auf der Welt, der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und der Völker, der Gewerkschaftsbewegung, der Organisation und dem Kampf der Bauern und weiteren Schichten sowie der Mobilisierung der Jugend schweren Schaden zu. Sie bedeuteten einen ernstzunehmenden Rückschlag für die von den Arbeitern und Völkern errungenen sozialen und politischen Rechte.

Die Umstände, unter denen der revisionistische Kreuzzug gegen den Marxismus-Leninismus in Feindschaft zum Sozialismus und Kommunismus stattfand, erlaubten den Umsturz der Diktatur des Proletariats und die Zerstörung der proletarischen Partei. Die Chruschtschowianer erfüllten die Wünsche und Ziele des Imperialismus und der internationalen Bourgeoisie, sie vernichteten die Sowjetunion und verwandelten sie in ein sozialimperialistisches Land, welches mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft rang.

Der Chruschtschowsche Revisionismus errang einen Sieg mit schwerwiegenden Folgen für die sozialistischen Länder, das Proletariat und die Gewerkschaftsbewegung, die kommunistischen Parteien und die internationale kommunistische Bewegung. Der Revisionismus kam in den Ländern des sozialistischen Lagers an die Macht. Von dort schritt er rasch beim Wiederaufbau des Kapitalismus voran, bei der Einschränkung und Vernichtung wichtiger sozialer und materieller Errungenschaften der Arbeiter- und anderer werktätiger Klassen.

Der Imperialismus, die Kapitalisten, die Reaktion, ihre Ideologen und Theoretiker beklatschten den Umstand, dass die Kommunisten endlich „einfühlsam“ geworden seien, nun sei es möglich, mit ihnen zu reden und Vereinbarungen mit ihnen zu treffen. Sie fabrizierten Thesen auf der Grundlage falscher Prämissen und Trugschlüssen; sie erklärten die Überlegenheit des Kapitalismus und unterstützten die in Mode gekommenen reformistischen und verschleiern den Vorstöße. Die Linksoportunisten hatten der ideologischen Entwaffnung des Proletariats und der Volksbewegung den Weg bereitet, um den Wandel der proletarischen Partei herbeizuführen.

Andererseits sagten sich die Imperialisten gemeinsam mit den Kapitalisten aller Länder zu keinem Zeitpunkt von ihrer Eigenschaft als Herrscher der Welt, ihrer Rolle als herrschende Klassen auf internationaler Ebene als auch in den einzelnen Ländern los. Sie legten niemals ihre Deckung ab, sondern führten ihre Angriffe gegen die Revolution und den Kommunismus, gegen die Revolutionäre beständig fort. Sie warfen den Kommunisten vor, sie seien totalitär, das System der Diktatur des Proletariats würde die individuelle Freiheit und den Wettbewerb unterdrücken. Die Revolution sowie der Sozialismus seien gewaltsame, undemokratische Formen. Mit Blut und Feuer zermalmt sie die verschiedensten revolutionären Prozesse. Sie intensivierten die Verfolgung, Verhaftung, Folter und Ermordung von Revolutionären. In allen Ländern machten sie wichtige Errungenschaften und Rechte der Arbeiterklasse rückgängig; Flexibilisierung der Arbeit, die Privatisierung öffentlicher Betriebe sowie neoliberale Regeln überzogen die gesamte Welt. Zugleich lobten sie die „Wunder“ des Kapitalismus, der Konsumgesellschaft, des persönlichen Wohlbefindens.

Für das Kapital gab es aber weder friedliche Koexistenz noch Versöhnung. Die Bourgeoisie hielt ihre Klassendiktatur stets durch ideologischen Druck und Polizeigewalt aufrecht.

Der an der internationalen kommunistischen Bewegung, den Parteien der Arbeiterklassen einzelner Länder, der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, der nationalen Befreiungsbewegung angerichtete Schaden war gewaltig; ihre Folgen sind bis heute spürbar:

1. Die Bolschewistische Partei, die Partei Lenins und Stalins wurde umgestürzt, von Opportunisten und Bürokraten angegriffen, in eine Partei der Klassenversöhnung verwandelt, um eine Unterordnung unter den Kapitalismus und den Imperialismus zu erreichen.

Um dieses Ziel zu erreichen, bewarfen die Chruschtschowianer die Person und das Werk Stalins mit Schmutz, verfolgten und säuberten die standhaften Bolschewiki und unterstützten Opportunisten und Karrieristen; sie zerrütteten die ideologische Stärke der Partei sowohl durch Vorzugsbehandlung und Prämien als auch durch Verfolgung und Unterdrückung. Die bolschewistische Partei, geschmiedet in politischen Kämpfen, im revolutionären Bürgerkrieg, im Großen Vaterländischen Krieg, in der Industrialisierung der UdSSR und der Kollektivierung des Landes, in der konsequenten Praxis des proletarischen Internationalismus, die Partei Lenins und Stalins, wurde allmählich in eine Partei der Verwalter und Bürokraten, Opportunisten und Karrieristen, in eine Organisation von Gruppen und Cliquen verwandelt.

2. Die Sowjetunion wurde schrittweise in ein sozialimperialistisches Land verwandelt, welches die ehemals sozialistischen Länder unterjochte und ausraubte und ihre wirtschaftliche, politische und militärische Einmischung in verschiedene asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Länder ausweitete. Auf eine Wirtschaftskrise folgte später der Zusammenbruch und die vollständige Rückkehr zum Kapitalismus im Jahr 1989. Die großartigen materiellen Erfolge der neuen Gesellschaft für die Interessen von hunderten von Millionen von Arbeitern wurden systematisch abgebaut, das Recht auf Arbeit, einen fairen Lohn, gewerkschaftliche Demokratie und auf Arbeiterkontrolle über die Produktion gingen verloren. Aus der herrschenden, den Aufbau des Sozialismus anführenden Arbeiterklasse wurde erneut eine von den neuen Kapitalisten ausgebeutete und unterdrückte Klasse.

Die Cliques, die aus der zusammengebrochenen UdSSR als Mächtige hervorgingen, stammten hauptsächlich aus den Rängen der KPdSU. Sie waren diejenigen Karrieristen und Opportunisten, die unter Lobliedern auf Stalin im Schatten der Partei aufstiegen.

Die Rechte der Völker, Nationen und Nationalitäten, die die UdSSR ausmachten, wurden durch die in Russland und den anderen autonomen Republiken und Regionen die Macht ergreifenden Revisionisten untergraben. Die Theorie und Praxis der neuen herrschenden Klassen brachten den großrussischen Chauvinismus hervor. Von der russischen Regierung bis hin zu der Polizei und den bewaffneten Streitkräften traten überall wieder Nationalismen hervor. In den Autonomen Republiken und Regionen gaben sie der Formation von Cliques Aufwind, die dem Proletariat die Macht entrissen.

Die Sowjetunion wurde aus dem Bezugspunkt der Revolution und des Sozialismus zu einer sozialimperialistischen Supermacht, die sich mit dem US-Imperialismus zankte und wurde zu dem Protagonisten, der mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft stritt. Mit dem Verschwinden der UdSSR verschwanden auch die großen Erzählungen über die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Völker, die außerordentlichen Leistungen der Revolution und des Sozialismus sowie der Bezugspunkt der Kommunisten und Revolutionäre der Welt.

3. Die herrschenden kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder Osteuropas und der Mongolei² folgten brav dem durch die russischen Revisionisten vorgelegten Weg, wodurch sie sich bald in sozialdemokratische Parteien verwandelten, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse abbauten, kapitalistische Regimes errichteten und mit dem Fall der Berliner Mauer Ende der 80er Jahre selbst in kürzester Zeit zusammenbrachen. Der Knüppel des Chruschtschowismus zwang diese Parteiführungen dazu, neue Pfade einzuschlagen. Jeglicher Versuch

von Widerstand wurde rasch von der Kremlbürokratie erstickt, durch Druck und Drohung und, falls nötig, auch durch die Ersetzung der Parteiführung durch neue, der KPdSU-Führung treue Bürokraten.

4. „Die alten kommunistischen Parteien, die heldenhafte Kämpfe gegen Faschismus und Diktatur, gegen das Kapital und für den Sozialismus geführt hatten, fielen dem Opportunismus zum Opfer; sie sanken ab in das Moor des modernen Revisionismus. Sie verloren ihren Klassencharakter, wurden zu reformistischen Formationen, verloren ihre Kraft und Präsenz innerhalb der Arbeiterklasse, dezimierten sich zahlenmäßig, bis sie zu kleinen Stimmen verkamen, die kaum noch Einfluss auf die Politik nehmen konnten.“³

Der Wechsel des Klassencharakters der kommunistischen Parteien fand dank der Arbeit und des Knüppels des Chruschtschowismus ganz oben in den Führungsebenen statt. Die vom Revisionismus verbreiteten Privilegien, Reisen und Zuschüsse trugen zur Bildung opportunistischer Cliques innerhalb der Parteien bei, die ebene Praktiken reproduzierte. Sie ermutigten Karrieristen und bekämpften die standhaften Kommunisten, die sich dem dem Verrat an den Prinzipien widersetzen. In den meisten kommunistischen Parteien erfolgten Strafen und Ausschlüsse gegen die proletarischen Revolutionäre. Bis hierher

5. Obwohl sie sich weiterhin „Kommunistische Parteien“ nannten, führte der Wechsel des parteilichen Klassencharakters zur Vernichtung der ideologischen und politischen Kraft, der Organisation, die in der Lage ist, die Arbeiterklasse im Kampf gegen das Kapital, in den Schlachten um die Machtergreifung und in den Aufgaben des Aufbaus der neuen Gesellschaft, des Sozialismus, zu organisieren und zu führen.

6. Der proletarische Internationalismus schwand dahin. Der Kampf der Arbeiterklasse und der Kommunisten um die internationale proletarische Revolution

musste schwere Rückschläge erleiden. Die Kommunisten der Welt mussten die Wutausbrüche Chruschtschows nachplappern, die internationale Arbeiterbewegung sich den Interessen der Kapitalisten des jeweiligen Landes unterordnen, die internationale Bewegung gegen imperialistische Kriege wurde zu einer pazifistischen Plattform und die internationalistische Solidarität der Kommunisten mit den Kämpfen der Arbeiter und Völker der kolonialen Länder wurden in den imperialistischen Ländern zur Unterstützung ihrer eigenen Bourgeoisien unter dem Banner des „Patriotismus“.

7. Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung blieb ebenfalls von diesen Entwicklungen nicht verschont. Die Predigt vom Reformismus, die Möglichkeit, soziale Fortschritte der Arbeiterklasse durch gewerkschaftlichen Kampf ohne Angriffe gegen die Macht der Kapitalisten zu erringen, die Erhebung des Kampfes um die Geltung der Demokratie zum höchsten Ziel sowie die sozialen Praktiken der Sozialdemokratie und der opportunistisch gewordenen kommunistischen Parteien als auch die Arbeit der Lobbygruppen der Bosse führten zur organischen und ideologischen Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Der Weltgewerkschaftsbund, einst ein mächtiger internationaler Arbeiterbund, verfiel der Bürokratie und dem Pazifismus, verlor seine Gewerkschaften und Arbeitermilitanz und ist heute nur noch eine Randerscheinung. Ähnlich erging es dem Weltlehrerbund und dem Weltstudentenbund.

Die Sozialdemokraten, Revisionisten und andere Opportunisten machten gemeinsame Sache mit den Bossen und formten Cliques, die aus der Gewerkschaftsbewegung Profit schlugen. Sie schafften sogar nationale und internationale Firmen zur Verwaltung der Gewerkschaften. Heute ist die Arbeiterbewegung in ihren Grundfesten und organisatorisch erschüttert, ideologisch entwaffnet und am Rand des politischen Kampfes um ihre Interessen. Ein großer

Teil der Gewerkschaften hat ihren Klassencharakter verloren, sie sind zu Werkzeugen der Bosse zur Befriedung kurzfristiger Bedürfnisse innerhalb der Regeln des Systems geworden. Sie dienen dazu, die die Arbeiterklasse zu beruhigen und sie politisch und ideologisch zu spalten.

8. Die nationale Befreiungsbewegung ist trotz ihrer Entwicklung und Stärke in Asien, Afrika und Lateinamerika durch das Fehlen der Stärke und Führung der Kommunisten und der entschlossenen Hilfe der UdSSR vom Pfad des Sozialismus abgekommen. Sie hat zwar wichtige Schlachten geführt und respektable Siege im Unabhängigkeitskampf errungen, ist aber schlussendlich dem internationalen Netzwerk des Imperialismus, dem Neokolonialismus zum Opfer gefallen.

Der ideologische und politische Kampf um die Verteidigung des Marxismus-Leninismus

Die dem Vermächtnis Marx', Engels', Lenins und Stalins treu gebliebenen proletarischen Revolutionäre, die in den revolutionären Ideen des Marxismus-Leninismus gestählt waren, widersetzten sich den und kämpften gegen die revisionistischen Thesen und Vorstößen, um die Revolution und den Sozialismus zu verteidigen.

Die Partei der Arbeit Albaniens⁴ verurteilte und enthüllte den Chruschtschowrevisionismus frühzeitig und eindrucklich. Sie ermunterte und unterstützte die wahren Marxisten-Leninisten, die die Opportunisten innerhalb der alten kommunistischen Parteien bekämpften. Die PAA bewahrte die Diktatur des Proletariats sowie die sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse und der Völker. Albanien wurde zum Bezugspunkt für Kommunisten weltweit. 1991 fiel der Sozialismus aufgrund des Verrats einer Clique, die die Partei- und Staatsführung ergriffen hatte, auch in diesem Land.

Die Standhaftigkeit der Führung der PAA sowie die prominente Rolle Enver Hoxhas erlaubten es der Partei und dem Staat, ihre marxistisch-leninistischen Positionen zu bewahren, der Arbeiterklasse und anderen werktätigen Klassen, wichtige Errungenschaften im Aufbau des Sozialismus und materiellen sowie intellektuellen Wohlstand zu er-

langen.

Eine der wichtigen Beiträge der PAA und Albanien war der entschiedene Kampf gegen die theoretischen Vorstöße und Strategien der Chruschtschowrevisionisten, die Verteidigung der Diktatur des Proletariats, der standhafte Kampf um die Revolution und den Sozialismus, die Verurteilung der revisionistischen Politik der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und des Maoismus, der Ansporn und die Anregung proletarischer Revolutionäre aller Kontinente sowie die Verteidigung und Praxis des proletarischen Internationalismus.

Albanien widerstand mehrere Jahrzehnte lang der Belagerung durch Kapitalismus und Sozialimperialismus. Inmitten der Welt des Kapitals, war es das Leuchtfeuer des Sozialismus und der Revolution.

Der internationale Druck des Imperialismus, der Bourgeoisie und der Reaktionen sowie die Schikanen durch die chinesischen Revisionisten wirkten sich auf die albanische Gesellschaft und die PLA aus. Im Schatten dieser Umstände entstanden Gruppen von Opportunisten, die ihre Positionen in der Partei und der Regierung ausnutzten, um die Diktatur des Proletariats zu untergraben, zur Führung der Partei und der Regierung aufzusteigen und Albanien zum Kapitalismus zu führen.

Die KPCh beteiligte sich aktiv an der Polemik gegen den Chruschtschow-Revisionismus, sie trug zur Entlarvung der Thesen und Politik des modernen Revisionismus bei. Der internationale Kampf um die Verteidigung des Marxismus-Leninismus und gegen den Verrat der Chruschtschowrevisionisten wurde von der KPCh in der öffentlichen Polemik auf den internationalen Konferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien 1957 und 1960 entwickelt. In dieser Konfrontation ging die KPCh allerdings von den ebenfalls opportunistischen Positionen des Maoismus aus, die sie unter dem Deckmantel der Verteidigung der marxistisch-leninistischen Prinzipien verbreitete. Die KPCh zeigte sich kurze Zeit später mit ihrem wahren Gesicht, nämlich als eine Partei, die die Interessen der Bourgeoisie verteidigt und China zum Kapitalismus geführt hat, bis es zu einem imperialistischen Staat wurde, der heute um die Weltherrschaft ringt.

Der systematischste Ausdruck des chinesischen Revisionismus basierte auf den von Mao Tse Tung ausgearbeiteten Ideen und Grundsätzen, aus denen sich der Maoismus bildete. Im Wesentlichen drückt

der Maoismus innerhalb einer kommunistischen Partei die Ideen und die Politik der Bourgeoisie aus, er predigt die Unterordnung des Kampfes der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unter die Interessen der nationalen Kapitalisten, die Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital und, zusammen mit der Führung eines großen Landes, die Übernahme imperialistischer Positionen.

So traten also die großen Auswirkungen des revisionistischen Verrats bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre auf. Bis 1990 blieben in den Ländern des ehemaligen sozialistischen Lagers die kommunistischen Parteien an der Macht; das heißt, der Sozialismus und die kommunistischen Parteien bestanden formal zwar fort, aber in Wirklichkeit herrschte wirtschaftlich, ideologisch und politisch der Kapitalismus. Die Arbeiterklasse war von der Macht verdrängt, während ihre Position von Seilschaften an Bürokraten eingenommen wurde.

Mit dem Mauerfall und der Auflösung der Sowjetunion (1989-1990) wurden die Revisionisten von der Macht vertrieben, an ihrer Stelle ergriffen diejenigen Kapitalisten, die das Scheitern der Revolution und des Kommunismus prophezeiten, offen das Zepter. Noch heute gebraucht die neue chinesische Bourgeoisie den Namen der Kommunistischen Partei.

Die Ideologen der Reaktion und des Imperialismus erklärten sich für unbesiegt; der Kapitalismus war ihrer Meinung nach der wahre Ausdruck der Demokratie, er konnte nur durch neue Stufen seiner eigenen Entwicklung übertroffen werden. Sie verkündeten das Ende der Ideologien, das Scheitern der Revolution und des Sozialismus. Es sei eine Welt des Friedens errichtet, in der das Individuum dank des Wettbewerbs aufblühe.

Die neuen marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien

In den meisten kommunistischen Parteien, diesen Zusammenschlüssen von kampferprobten Streitern für Revolution und Sozialismus sowie heldenhaften Kämpfern gegen den Faschismus, wurde ein intensiver ideologischer und politischer Kampf zwischen den reformistischen, versöhnlerischen Positionen der führenden Cliquen und denen der klassenorientierten, wirklich kommunistischen Politik, die die revolutionären Prinzipien des Mar-

xismus-Leninismus verteidigt, geführt.

Diese Auseinandersetzung schuf eine Krise und spaltete die alten KPs. Proletarische Revolutionäre, die es wagten, offen gegen den Verrat der modernen Revisionisten zu anzukämpfen, wurden aus den kommunistischen Parteien ausgeschlossen. Auch die Gewerkschaftsbewegung, die Arbeiter und die Jugend wurden in diesen Kampf hineingezogen.

Als Folge dieser Krise, die die kommunistischen Parteien erschütterte, entstanden marxistisch-leninistische Positionen und Organisationen, die den Kampf für die Revolution und den Sozialismus sowie den ideologischen und politischen Kampf gegen den modernen Revisionismus aufnahmen. Auf allen Kontinenten entstanden als Folge dieser ideologischen Auseinandersetzung, aus der Mitgliedschaft in den alten kommunistischen Parteien, in offener Feindschaft mit den revisionistischen Thesen und dem Verrat der herrschenden Cliquen die marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien. Einige dieser Formationen lösten sich auf oder wurden von denselben Parteien, aus denen sie hervorgingen, oder aber von kleinbürgerlichen revolutionären Positionen absorbiert, da ein beträchtlicher Teil ihrer Mitglieder vor allem Gegner der bürokratischen Politik und Praxis der herrschenden Parteicliquen waren.

Eine andere Gruppe von neuen marxistisch-leninistischen Parteien entstand nach einigen Jahren, als Resultat des Kampfes der Arbeiterklasse, des Volkes und der Jugend gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus, unter dem Umstand des Anstiegs der Massenkämpfe in den 60er und 70er Jahren, in der theoretischen und politischen Konfrontation zwischen Marxismus-Leninismus und rechtem sowie linkem Opportunismus.

Die marxistisch-leninistischen Parteien entstanden als kleine Organisationen, sie stellten sich sowohl dem Kapital und dem Imperialismus sowie dem Revisionismus und dem Opportunismus entgegen. Nicht alle Organisationen mit marxistisch-leninistischem Anspruch überlebten; einige wurden aufgelöst, andere wichen auf Positionen aus, die den proletarischen Auffassungen fremd waren.

Die internationale marxistisch-leninistische kommunistische Bewegung entwickelte sich vereinzelt, jede Partei kämpfte in ihrem eigenen Land. Die Bemühungen um Koordinierung, Diskussion

und die Erzielung konkreter internationalistischer Vereinbarungen waren schwach und gering; sie waren nicht in der Lage, eine internationale, marxistisch-leninistische kommunistische Bewegung zu bilden, die fähig wäre, zum ideologischen und politischen Bezugspunkt und zum Koordinator des internationalistischen proletarischen Kampfes zu werden.

Die neuen marxistisch-leninistischen Parteien standen unter Belagerung durch die opportunistischen Positionen der Drei-Welten-Theorie, also des Maoismus, der das Bündnis mit der sogenannten nationalen Bourgeoisie proklamiert. Angesichts dieses verhängnisvollen Einflusses stützte sich ein beträchtlicher Teil der Parteien zwar auf marxistisch-leninistische Positionen, einige von ihnen⁵ ließen sich aber auf den Maoismus und ihre Drei-Welten-Theorie ein.

Es fand eine neue ideologische und politische Abgrenzung statt.

Der Zusammenbruch des sogenannten „Realsozialismus“, der Fall der Berliner Mauer und die Auflösung der Sowjetunion sowie die Niederlage des albanischen Sozialismus 1989-1991 waren ein neuer ideologischer und politischer Schlag gegen die Arbeiter- und Volksbewegung, für die nationale Befreiungsbewegung, für die Linken und Revolutionäre sowie marxistisch-leninistischen Parteien. Obwohl uns Marxisten-Leninisten klar war, dass das Debakel des „Realsozialismus“ das Scheitern des Revisionismus mitsamt seinen theoretischen Thesen und seiner reformistischen und konterrevolutionären Politik war, ging die Mehrheit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, der arbeitenden Massen und der Jugend grundsätzlich davon aus, dass der Sozialismus besiegt sei. Der ideologische Ansturm säte Unsicherheit in großen Teilen der Arbeiterklasse und der Völker.

Die Ideologen der Reaktion und des Imperialismus, die liberalen und sozialdemokratischen Politiker verkündeten das Ende des Sozialismus und die Überlegenheit des Kapitalismus, den sie mit Freiheit und Demokratie gleichsetzten. Die Revolution sei gescheitert, der Sozialismus und der Kommunismus endgültig widerlegt.

Die marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien litten unter diesen Angriffen, sie waren von der antikommunistischen Offensive getroffen, über sie fielen Austritte und Zermürbung. Und

dennoch bekräftigte sich eine bedeutende Anzahl von ihnen selbst in den Prinzipien und Idealen des Kommunismus und setzte den Kampf für die Revolution und den Sozialismus fort.

Diese proletarisch-revolutionären Formationen wurden 1994 in Quito, Ecuador, in die Internationale Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) eingebunden und stellen sich seitdem trotz widriger und komplexer Bedingungen gegen Kapital und Imperialismus.

Der Aufstieg des revolutionären Kampfes der Völker in den 1960er und 70er Jahren

1959 triumphierte eine Volksrevolution in Kuba und brach die These des geografischen Fatalismus, die die Unmöglichkeit einer sozialen Revolution in Lateinamerika behauptete. Die kubanische Revolution wurde zu einem Bezugspunkt für die Arbeiter und die Jugend in Lateinamerika sowie anderen Kontinenten. Sie demonstrierte die Richtigkeit des revolutionären bewaffneten Kampfes, der demokratischen und antidiktatorischen Banner sowie die Wahrscheinlichkeit, die imperialistische Vorherrschaft besiegen zu können. Die Entwicklung der Konfrontation mit den internationalen Monopolen, die Abwehr der Invasion durch kubanische Reaktionäre am Playa Giron („Schweinebucht“), die von den USA finanziert wurde, führte dazu, dass die kubanischen Führer den sozialistischen Charakter der Revolution verkündeten und dass wichtige, aber unzureichende Maßnahmen gegen das Kapital und zum Nutzen der Arbeiter durchgeführt wurden.

Bekanntlich folgte der kubanische revolutionäre Prozess dem Weg des Revisionismus, der Sphäre des „Realsozialismus“, dem sozialimperialistischen Umfeld der UdSSR unter Führung der Revisionisten. Heute leistet das kubanische Volk Widerstand gegen die imperialistische Blockade, während das Regime und die Gesellschaft mit der Krise des Kapitalismus zu kämpfen haben.

Der Kampf der Kolonialvölker Asiens und Afrikas entfaltete sich in großen Wellen; mehrere Dutzend unabhängige Staaten entstanden in den Regionen, in denen die Kolonialmächte geherrscht hatten. Die alten Kolonialreiche von England, Frankreich, Holland und Deutschland brachen zusammen. Diese nationalen Befreiungsprozesse errangen in einer

ganzen Reihe von Ländern die politische Unabhängigkeit. Später schlossen sich die alten Kolonialreiche, die sich in imperialistische Länder verwandelt hatten, mit dem erstarkten US-Imperialismus zusammen und bildeten wirtschaftliche, kommerzielle, kulturelle, politische und militärische Verbindungen, um ihre Herrschaft wiederherzustellen. Der Neokolonialismus war geboren.

In den meisten Ländern Lateinamerikas, aber auch in Afrika und Asien, entstanden in Stadt und Land kämpfende Guerillaformationen, die sich den Sozialismus zum Ziel setzten. Diese Prozesse waren erfüllt von Voluntarismus und revolutionärem Idealismus, inspiriert und geleitet von den Thesen der Fokustheorie [ein Revolutionskonzept, das auf Schriften Che Guevaras beruht. - Anm. d. Übersetzers]. Es waren Schlachten, an denen Tausende von jungen Menschen beteiligt waren, die ihr Leben in Aktionen ließen, welche schließlich besiegt wurden durch die Übermacht der Imperialisten und der bürgerlichen Regierungen und aufgrund der Art der Ideologie und der Politik, die sie inspirierte, die auf der Rolle von Persönlichkeiten, von Befreiern der Massen basierte.

Millionen junger Menschen gingen in den wichtigsten Hauptstädten der Welt auf die Straße und verkündeten ihren Widerstand gegen Imperialismus und Kapitalismus. Frankreich, die Türkei, China, Mexiko, Ecuador und Brasilien wurden von den Jugendkämpfen erschüttert. Praktisch alle Länder auf allen Kontinenten waren Schauplatz von großen Jugendmobilisierungen gegen die Oberschicht, für die Revolution und den Sozialismus. Wir heben den Mai 1968 in Frankreich, den Cordovaso in Argentinien, Tlatelolco in Mexiko [gemeint sind der Volksaufstand in Cordova und das Massaker an Hunderten von unbewaffneten Demonstranten in Tlatelolco, Mexiko-Stadt - Anm. d. Übersetzers], den Zusammenbruch der Militärdiktaturen in Ecuador und den Studentenkampf in Brasilien hervor.

Die Arbeiter- und Jugendbewegung gegen den Interventionskrieg der USA in Vietnam entstand und entwickelte sich in großem Umfang, verurteilte den Militarismus und setzte sich für die Gewinnung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit ein. Die sogenannte Hippie-Bewegung drückte den Bruch von Millionen junger Menschen mit der Oberschicht und für eine neue Welt aus.

1975 verjagte das vietnamesische Volk die US-Invasoren aus ihrem Land, die Hunderttausende von Soldaten nebst mächtigen Massenvernichtungswaffen wie Napalm einsetzten und Massaker anrichteten und Völker wie Gemeinschaften auslöschten. Der Sieg des vietnamesischen Volkes zeigte einmal mehr, wie ein geeintes, organisiertes und bewaffnet kämpfendes Volk die größte Militärmacht der damaligen Zeit stürzen kann.

Im Iran stürzte 1979 ein Volksaufstand die monarchische und diktatorische Regierung des Schahs, woraus die Islamische Republik Iran hervorging.

In Nicaragua brachen das Volk, die Arbeiter und die Jugend nach einem langen und blutigen bewaffneten Kampf mit der diktatorischen und reaktionären Somoza-Dynastie. Im Jahr 1979 fand in Lateinamerika eine neue Volksrevolution statt.

Eine große Gruppe von Intellektuellen griff revolutionäre Ideen auf und trug zur Entlarvung der imperialistischen Herrschaft bei, woraus sich eine fortschrittliche Strömung herausbildete, die jedoch später mangels eines klaren marxistisch-leninistischen Bezugspunktes abschwächte. Die meisten dieser Intellektuellen schlossen sich der herrschenden Klasse an.

In den 1960er und 1970er Jahre war ein allgemeiner Anstieg der Kämpfe der Arbeiter, der Völker und der Jugend erlebbar. In Wirklichkeit war es ein Höhepunkt des revolutionären Kampfes. Millionen von Menschen, in allen Ecken der Welt, erhoben sich im Kampf für Freiheit und Demokratie, gegen Kapitalismus und Imperialismus, für die Revolution und den Sozialismus.

Dieser Aufschwung des revolutionären Kampfes hat trotz seiner Größe und Allgemeinheit in keinem Land zum Sieg der sozialen Revolution des Proletariats, zum Sozialismus geführt.

Die marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen waren an einem großen Teil dieser Befreiungskämpfe beteiligt. Es waren kleine und schwache Organisationen, die in diesem Kontext entstanden, die den Verlauf dieser Kämpfe weder zu beeinflussen wussten noch konnten. Die ehemaligen kommunistischen Parteien wiederum, die zu reformistischen Formationen wurden, arbeiteten daran, die Flammen des Volkskampfes zu ersticken.

Die Ereignisse zeigten, dass der Zunahme der imperialistischen Ausplünderung der abhängigen Länder und der Ausbeutung von Abermillionen von Arbeitern durch das Kapital der Zorn der Arbeiterklasse und der Völker mit der Einbindung breiter Schichten der Jugend in den Kampf für die nationale und soziale Befreiung gegenübersteht. Sie machten auch deutlich, dass ohne die Existenz der revolutionären Partei des Proletariats, ohne die Führung durch die revolutionäre Theorie, der Kampf der Arbeiterklasse und der Völker den Weg der Revolution und des Sozialismus nicht sicher beschreiten kann.

Die siegreichen nationalen Befreiungskämpfe siegten im Wesentlichen unter der Führung von radikalisierten Schichten des Kleinbürgertums und in einigen Ländern durch Positionen von Schichten der Bourgeoisie; diese Umstände und zusammen Nichtexistenz bzw. Schwäche der marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien führten dazu, dass diese Kämpfe in einigen Ländern nicht mehr als die politische Unabhängigkeit erreichen und mancherorts gar zur Niederlage führten.

„Zur Zeit der revolutionären Welle der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren die kommunistischen Parteien vom Revisionismus zerfressen und deshalb unfähig, die Rolle der Avantgarde zu einzunehmen. In diesem Durcheinander wurden unsere marxistisch-leninistischen Parteien geboren und wir waren nicht in der Lage genug zu wachsen, um unsere Verantwortung erfüllen zu können. Jetzt existieren wir, wir sind eine konkrete Tatsache, wir sind noch schwach und klein, aber wir müssen und können wachsen, um die Aufgaben der Geschichte zu übernehmen“.⁶

Dieser Anstieg im Kampf der Arbeiter und der Völker, der großen Mobilisierungen der Jugend auf allen Kontinenten, wurde zu einem der großen Ausdrücke des Aufbegehrens, des Willens und der Entschlossenheit der Massen zum Kampf, der jedoch nicht in der Revolution und dem Sozialismus gipfeln konnte. Sie zeigte das Ausmaß des Schadens, den Opportunismus und Revisionismus den kommunistischen Parteien und der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zugefügt haben.

Das Tief der Arbeiter- und Revolutionsbewegung durch den Zusammenbruch des „Realsozialismus“

Der Druck des Imperialismus, der Reaktion und des Opportunismus sowie die Unfähigkeit der revisionistischen Cliques, die ihre Macht in den Ländern des „Realsozialismus“, wie die revisionistischen Regime Europas und Asiens genannt wurden, behaupteten und die wirtschaftliche und politische Krise, die in diesen Ländern ausbrach, führten zu vielfältigen Demonstrationen der Arbeiter und der Jugend gegen diese Regierungen, die schließlich zu deren Zusammenbruch führten.

Die Symbole des „Realsozialismus“, die Berliner Mauer sowie die Situation in der UdSSR, die sich in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt hatte, fielen urplötzlich. Die Berliner Mauer fiel und die UdSSR löste sich in kürzester Zeit auf. Die Regime der Volksdemokratien in Osteuropa zerbrachen einer nach dem anderen und die alten, vom Proletariat gestürzten Klassen kehrten zusammen mit Bürokraten und Verrätern der kommunistischen Parteien an die Macht zurück.

Ähnliche Phänomene traten in Albanien auf. Die Predigt von Überfluss und persönlichem Reichtum im Kapitalismus wirkte sich auf Schichten der Jugend aus, hinzu kamen die Positionen des Verrats durch die herrschenden Gruppen in Partei und Regierung; nach dem Tod von Enver Hoxha verursachten sie die Niederlage des Sozialismus in Albanien sowie das Verschwinden der Partei der Arbeit Albaniens.

In kurzer Zeit wurden mehrere im Gange befindliche revolutionäre Prozesse demontiert und niedergeschlagen, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erlitt Angriffe, die zu ihrer weiteren Zermürbung und Zerstreuung beitrugen.

Die Ideologen des Kapitalismus, der Reaktion und des Imperialismus sprachen vom Ende des Sozialismus und des Kommunismus sowie vom Scheitern der Revolution; sie verkündeten das Ende der Ideologien und die Überlegenheit des Kapitalismus.

Diese Ereignisse verursachten einen historischen Rückschlag, das Verschwinden des Sozialismus als Gesellschaftssystem (es gab kein Land mehr, in dem die Arbeiterklasse und die Kommunisten den Sozialismus aufbauten), das Tief der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, den Verlust von Rechten

und Errungenschaften der Arbeiter und Völker sowie die Durchsetzung neoliberaler Politik in allen Ländern und Regionen.

In allen Ländern und Kontinenten war diese Situation spürbar. Die marxistisch-leninistischen Strukturen, die den Angriffen widerstanden, taten dies unter schwerwiegenden Bedingungen und mussten gegen den Strom kämpfen.

Diese Ereignisse zeigten einmal mehr, dass das revolutionäre Proletariat und seine marxistisch-leninistischen Parteien nicht in der Lage waren, Widerstand zu leisten, geschweige denn diese anti-kommunistische Offensive globaler Dimension zu besiegen. Sie verdeutlichten den schweren Schaden, den der Revisionismus angerichtet hat.

Der Klassenkampf zwischen 1990 und 2020, die allmähliche und lokale Erholung, die Arbeiterklasse, die Völker und die Jugend

Das Tief im Kampf der Arbeitermassen und der Jugend, der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, der revolutionären Bewegung für nationale Befreiung und des Kampfes der Kommunisten dauerte mehrere Jahre an.

Vom Widerstand gegen die Politik des Imperialismus und der Bosse ging die Arbeiterbewegung allmählich zum Streikkampf für ihre Rechte, zur direkten Konfrontation gegen die Angriffe des Kapitalismus über.

In mehreren Ländern in Lateinamerika, Asien und Afrika, fanden wichtige Mobilisierungen der Massen und der Jugend gegen den Neoliberalismus, gegen die reaktionären und pro-imperialistischen Regierungen, zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie statt.

Dieser Prozess der Erholung der Arbeiter- und Volksbewegung entwickelt sich allmählich und ungleichmäßig. Er findet in einem oder mehreren Ländern statt und verursacht Wellen, die dann wieder abklingen.

Im Jahr 2019 gab es einen Wendepunkt. In mehreren Ländern Lateinamerikas, Europas und Asiens gab es große Mobilisierungen von Arbeitern und Völkern, an denen sich weite Teile der Jugend in nennenswerter Weise beteiligten. Diese Demonstrationen sind eindeutig Aktionen gegen Kapital und Imperialismus, sie fordern Freiheit und Demokratie, aber sie sind kein Ausdruck für die Revolu-

tion und den Sozialismus.

Ende 2019 zeichnete sich ein neuer Aufschwung des revolutionären Kampfes ab, ein Aufschwung im Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes, der Jugend; der Kapitalismus wurde offen und frontal in Frage gestellt und verurteilt.

Das Aufkommen einer neuen Krise des Kapitalismus und die Bedingungen der durch COVID-19 verursachten Pandemie führten zu einer Verlangsamung des Kampfes der Arbeiterklasse und der Völker, ließen ihn aber nicht erstarren.

Alles deutet darauf hin, dass ein neuer Aufschwung des revolutionären Kampfes der Arbeiter und der Völker in der Vorstellungskraft der Massen, in der Gesinnung der Revolutionäre und Kommunisten existiert.

Wahrscheinlich wird diese neue revolutionäre Welle die imperialistische Herrschaft schwächen, Risse in der Welt des Kapitals verursachen, zur Entwicklung des revolutionären Bewusstseins der Arbeiterklasse und der Jugend beitragen, die revolutionären Formationen stärken und zum Zusammenschluss und Wachstum der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, zu Fortschritten der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung beitragen, aber sie wird kaum eine neue proletarische Revolution hervorbringen, hauptsächlich wegen der Schwäche der marxistisch-leninistischen kommunistischen Bewegung.

Als Schlussfolgerung

1. Der Faschismus, der seit den 30er Jahren die Welt verwüstete, wurde durch den Kampf der Arbeiter und der Völker, durch die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte, durch die Teilnahme mehrerer imperialistischer und kapitalistischer Länder an diesem Kampf und vor allem durch die Rolle der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien aller Kontinente besiegt.

2. Die Niederlage des Faschismus und der Sieg der Alliierten schufen die Bedingungen für einen Anstieg des revolutionären Kampfes der Arbeiter und Völker. Die soziale Revolution des Proletariats fand in mehreren Ländern Europas und Asiens statt. Die koloniale

Welt wurde durch den nationalen Befreiungskampf in Asien und Afrika zerstört. Die Organisation und der Kampf der Arbeiterklasse erreichten in allen Ländern wichtige soziale und materielle Errungenschaften, die Einheit und internationale Organisation der Arbeiter wurde gestärkt. Das sozialistische Lager wurde gebildet.

3. Die Gegenoffensive des Kapitalismus und der Reaktion sowie die konterrevolutionäre Aktion derjenigen, die vom Marxismus-Leninismus abgekehrten sind, innerhalb der kommunistischen Parteien provozierten den Aufstieg opportunistischer Positionen innerhalb der kommunistischen Parteien und in den Ländern des sozialistischen Lagers.

4. In der KPdSU fand ein Staatsstreich statt, der die Bolschewiki stürzte und eine Clique von Opportunisten unter der Führung von Chruschtschow an die Spitze von Partei und Staat brachte.

5. 1956 besiegelte der 20. Parteitag der KPdSU den Verrat der Revisionisten und leitete die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR ein.

6. Die große Mehrheit der kommunistischen Parteien erlag der opportunistischen Welle; sie wurden zu reformistischen Parteien.

7. In Gegnerschaft zur revisionistischen Politik, zur von der Führung der großen Mehrheit der kommunistischen Parteien verfolgte Politik, entstanden die wahren proletarischen Revolutionäre, die konsequenten Kommunisten. Inmitten der scharfen ideologischen und politischen Kämpfe entstanden die marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien, die die marxistisch-leninistischen Prinzipien, die die kommunistischen Ideale hochhielten und den Kampf zur Organisation und Durchführung der Revolution aufnahmen.

8. Die marxistisch-leninistischen Parteien entstanden wenig und in einer kleinen Zahl von Ländern. Sie nahmen den Kampf für die Revolution inmitten schwieriger und komplexer Umstände auf; sie nahmen sich die Politik und Repression des Imperialismus

und der Reaktion und der Offensive des Opportunismus zur Brust. Sie wachsen langsam.

9. In den 1960er und 1970er Jahren kam es als Folge der Verschärfung der Widersprüche dieser Zeit zu einem Aufschwung des revolutionären Kampfes der Arbeiter, der Völker und der Jugend auf internationaler Ebene.

10. Diese revolutionäre Welle, an der Millionen von Menschen auf allen Kontinenten teilnahmen, führte trotz ihrer Tiefe und Allgemeinheit in keinem Land zur proletarischen Revolution. Das Proletariat erreichte wichtige soziale und materielle Errungenschaften, blieb aber weiterhin eine untergeordnete Klasse, die vom Kapital unterdrückt und ausgebeutet wurde.

11. In den späten 1980er und frühen 1990er Jahren brach der „Realsozialismus“ mit dem Revisionismus, der die Macht in den ehemaligen sozialistischen Ländern an sich gerissen hatte, zusammen.

12. Für die Marxisten-Leninisten bedeuteten diese Ereignisse das Scheitern des Revisionismus, seine Unfähigkeit, an der Macht zu bleiben, und einen Sieg des US-amerikanischen und europäischen Imperialismus. Die weiten Massen der Arbeiter, der Völker und der Jugend sahen es jedoch als den Zusammenbruch der Revolution und des Sozialismus. Ideologische Verwirrung breitete sich in großem Ausmaß aus und die revolutionäre Perspektive wurde düster.

13. Die heutigen Ereignisse zeigen, welchen schweren Schaden der Revisionismus den kommunistischen Formationen und der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zugefügt hat.

14. Die wichtigsten Auswirkungen sind ideologischer und politischer Natur: Die Umwandlung der Kommunistischen Partei der UdSSR in eine revisionistische Struktur. Die Wirkung dieser Veränderung in allen kommunistischen Parteien bleibt in den Köpfen der Arbeiterklasse bestehen und macht die Verantwortung und die Aufgaben der marxistisch-leninistischen

kommunistischen Parteien komplexer und schwieriger.

Das Verschwinden der UdSSR, die zum konkreten Ausdruck des Sozialismus, der Ideale der Arbeiterklasse und der Völker geworden war; die ein großes Land geworden war, beeinträchtigt das Selbstbewusstsein sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Völker. Sie werden zu Hindernissen für die Organisation und den Kampf für die Revolution und den Sozialismus, für die Arbeit der Marxisten-Leninisten.

15. Es gibt große Schwierigkeiten, kommunistische Parteien aufzubauen, die sich fest auf den Marxismus-Leninismus stützen, die in das Leben und den Kampf der Arbeiter einbezogen sind, die kampferprobt und mutig sind und die die Fähigkeit und den Willen haben, die historische Verantwortung für die Organisation und Durchführung der Revolution zu erfüllen. Diese Schwierigkeiten sind ideologischer und politischer Natur, sie haben zwar auch mit der Politik der Bourgeoisie und der Reaktion zu tun, aber hängen grundsätzlich von der Fähigkeit der proletarischen Revolutionäre ab, der Führung des Marxismus-Leninismus zu folgen, eine richtige und rechtzeitige revolutionäre Politik auszuarbeiten und sich aktiv in die Arbeiter- und Volksbewegung einzubringen.

16. Der Schaden, den der Revisionismus angerichtet hat, ist schwerwiegend; er hatte einen ernsten Einfluss auf die Arbeiter- und Volksbewegung, auf die Reihen der Revolutionäre und Kommunisten. Aber: sie sind nicht unüberwindbar.

Der Kapitalismus war nicht in der Lage und wird auch nicht in der Lage sein, die großen und ernstzunehmenden Probleme von Abermillionen von Arbeitern zu lösen; der Imperialismus ist nicht fähig, die Ketten der Abhängigkeit der Länder und Völker auf unbestimmte Zeit aufrechtzuerhalten. Die Ausbeutung des Kapitals über die Arbeit muss gebrochen werden, um die neue Gesellschaft entstehen zu lassen; die imperialistische Herrschaft muss zerstört werden. Die Arbeiter, die Völker und

die Jugend sind die Protagonisten dieser großen Taten. Wir proletarischen Revolutionäre, Kommunisten sind präsent und unter der Führung des Marxismus-Leninismus werden wir die Wege freimachen und voranschreiten. In einem Land, wo die Widersprüche des Kapitalismus überspannt sind, wo die Partei im Proletariat verwurzelt ist und die Entschlossenheit und Kraft hat, wird sie in der Lage sein, sich in die revolutionäre Situation einzumischen und sie in eine revolutionäre Krise zur

Machtergreifung zu verwandeln.

Die Erfahrungen der siegreichen Revolutionen, die Lehren aus den vom Proletariat erlittenen Niederlagen müssen berücksichtigt werden, um in unserer Zeit die Verantwortung für die Organisation und Durchführung der Revolution zu erfüllen.

MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS (PCMLE)

-
- 1) Die Partei der Arbeit Albaniens und die Kommunistische Partei Chinas sowie die Marxisten-Leninisten, die in den alten Kommunistischen Parteien aktiv waren, bezeichneten die Thesen der herrschenden Sozialreformisten als modernen Revisionismus. Damit sollte von den alten opportunistischen Positionen Bernsteins und Kautskys, die Ende des 19. Jahrhunderts als Gegenspieler zum Marxismus auftraten, unterschieden werden. Im Kampf um die Gültigkeit des Marxismus-Leninismus kam später der Begriff Chruschtschowismus in Gebrauch.
 - 2) In verschiedenen volksdemokratischen Ländern, in Osteuropa, gab es unter dem Druck der Chruschtschowianer abrupte Änderungen der Parteiführung, um bedingungslos treue Unterstützer ihrer Politik und ihrer Vorstöße zu installieren. Mehrere Führer der osteuropäischen kommunistischen Parteien starben in der Sowjetunion.
 - 3) Der Kampf der Ideen. Pablo Miranda, Einheit & Kampf Nr. 39
 - 4) Auf der Internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien, die im November 1960 in Moskau stattfand, hielt Enver Hoxha eine unmissverständliche Rede gegen die Opportunisten der KPdSU-Führung und zur Verteidigung der marxistisch-leninistischen Prinzipien.
 - 5) In dieser ideologischen und politischen Auseinandersetzung zwischen Marxisten-Leninisten und Maoisten spielte die PAA eine wichtige Rolle; sie wurde zu einem Bezugspunkt für proletarische Revolutionäre auf allen Kontinenten.
 - 6) „Lateinamerika und die soziale Revolution des Proletariats“. Pablo Miranda, Einheit & Kampf Nr. 14, Februar, 2007.

FRANKREICH

Politische Leitlinien des Bruchs mit dem kapitalistisch-imperialistischen System

Einleitung

Im Januar 2020 hat unsere Partei ihren 9. Parteitag abgehalten. Auf der Tagesordnung dieser Arbeiten mussten die Delegierten außer dem Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees, der eine kritische und selbstkritische Bilanz der Umsetzung des Kurses in den letzten 4 Jahren zog, ein Dokument diskutieren, das die internationale und nationale Lage analysiert. Dieses Dokument endete mit einem Text, der die „politischen Schwerpunkte des Bruchs mit den kapitalistisch-imperialistischen System“ angibt.

Diesen Text veröffentlichen wir untenstehend.¹

Seit Januar hat sich die Lage sehr verändert: Seit Monat März hat sich die mit Covid 19 verbundene Gesundheitskrise in Frankreich wie im Weltmaßstab ausgebreitet. Die Regierung hat von Mitte März bis Mitte Mai die Ausgangssperre verordnet, die die schon vorher vorhandene Wirtschaftskrise und die Folgen für die Arbeiter, die unteren Schichten und die vom französischen Imperialismus beherrschten Völker in einem Maß verschärften und

vergrößerten, dass wir deren gesamte Schwere und Größe noch kaum ermessen können.

Diese Krise verschärft nur noch die Widersprüche des kapitalistisch-imperialistischen Systems und besonders den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Der Protest gegen das System, der immer breitere Teile der sozialen Bewegung ergriffen hat, insbesondere die Jugend, hat sich noch einmal während des Missmanagements der Gesundheitskrise durch die Regierung Macron verstärkt. Sicher machen die Entlassungsschübe, die täglich verkündet werden, die Arbeitslosenzahlen, die empor-schnellen, die sich verbreitende Unsicherheit des Arbeitsplatzes einerseits, andererseits die Repression, die sich gegen gewerkschaftliche und politische Aktivist*innen richtet und die Politik der Spaltung die Bedingungen des Klassenkampfes schwieriger. Aber die Milliarden, die den Monopolen gewährt werden, um ihnen zu helfen, ihre Profite aufrecht zu erhalten, nähren nur die Wut gegen ein System, das versucht, sich um alles auf der Welt am Leben zu halten. Wir stellen heute fest, dass bei den kämpfenden Arbeitern die Orientierung auf die

Notwendigkeit der Revolution, um dem System der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu bereiten, immer mehr auf Widerhall stößt.

Deshalb bekommt die Entwicklung der Situation seit unserem Parteitag noch mehr Gewicht und Aktualität für die Hauptlinie der Arbeit, die wir für uns festgelegt haben: „Das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Möglichkeit des revolutionären Bruchs mit dem kapitalistisch-imperialistischen System zu vergrößern“. Das legt der untenstehende Text dar.

Politische Leitlinien des Bruchs mit dem kapitalistisch-imperialistischen System

Die Analyse der Entwicklung der nationalen und internationalen Situation seit unserem letzten Parteitag hebt die Tiefe der Krise des imperialistischen Weltsystems und insbesondere die des französischen Imperialismus deutlich hervor. Wir möchten vier wichtige Aspekte davon unterstreichen:

- **Die Radikalität des Klassenkampfes in Frankreich**, die sich vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der Volksmassen aus durch eine soziale Wut äußert, die immer mehr Schichten erfasst, durch immer stärkere, konkrete Forderungen, durch eine Tendenz zur pauschalen Anprangerung des „Systems“, das sich vor allem in Straßendemonstrationen, außerhalb des Rahmens institutioneller Regelungen, insbesondere von Wahlen, von Mechanismen der politischen Repräsentation der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, artikuliert, durch Kampfformen, die Verbote und „Tabus“, wie das über die Anwendung von Gewalt, brechen.
- **Auf der Seite der Oligarchie steht die außerordentliche Stärkung des Polizeistaates**, die Massenunterdrückung, Kriminalisierung von sozialem Protest, Eingrenzung und Überwachung der „gefährlichen Klassen“. Dies ist der Rückgriff auf eine Politik der Spaltung in allen Bereichen, der Individualisierung, der Förderung reaktionärer Ideen, die Hochkonjunktur haben.
- **Der zunehmend massive und**

systematische Protest gegen die militärische Präsenz des französischen Imperialismus in Afrika und seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mechanismen der Beherrschung der Menschen, die darunter leiden.

- **Die Schwierigkeiten, denen die französischen Monopole im internationalen Wettbewerb begegnen**, auch in Bereichen wie Atomkraft, Ernährung usw. und sogar beim militärisch-industriellen Komplex, in denen sie wichtige Positionen errungen hatten. Diese Schwierigkeiten werden durch die Krise in der Europäischen Union, dem bevorzugten Rahmen für die Entwicklung der französischen Monopole seit der Bildung des europäischen Konstrukts, noch verschärft.

Diese Merkmale sind nicht vorübergehend und sie sind nicht voneinander getrennt. Sie bedeuten, dass wir in eine Periode der Spannungen und Konfrontationen, des raschen Wandels sowohl im Lager der Bourgeoisie als auch im Lager des Proletariats, der Volksmassen und Völker, eintreten. Im allgemeinen Kontext der Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems treiben die Schwierigkeiten, die der französische Imperialismus hat, ihn dazu, die Überausbeutung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen zu verstärken, die Plünderung der Volksmassen und die Ausplünderung und imperialistische Herrschaft über die Völker zu stärken, um Monopolgewinne zu garantieren.

Denn es ist in der Tat der Wettlauf um den Maximalprofit, der Motor und Ziel des kapitalistisch-imperialistischen Systems ist. Es sind die Gewinne der Monopole, die der Staat in Frankreich und im Ausland, in den Kolonien und Neokolonien garantiert. Es sind die Monopole, die den CAC 40 [Leitindex der frz. Börse] besetzen, die die öffentlichen Investitionen an sich ziehen, Steuervorteile nutzen und die Gewinne akkumulieren.²

Im Jahr 2011 charakterisierten wir die Monopole oder Großkonzerne auf folgende Weise:³

„Die Monopole und die direkt oder indirekt von ihnen abhängigen Unternehmen, die Subunterneh-

men, die selbst die Tendenz besitzen, Monopole zu werden, kontrollieren mehr als 70% der Produktion, 100% der Finanzen, die Gesamtheit des Energiesektors, fast alle Bereiche des Transportwesens, der Kommunikation, der Energie, des Konsumgüterhandels und praktisch die gesamte Verarbeitung der Agrarproduktion zu Verbrauchsgütern. Sie monopolisieren alle Staatsaufträge für Waffen und streben nach einer immer stärkeren Militarisierung der Wirtschaft.

Produktion, Handel und Forschung werden organisiert und darauf ausgerichtet, um ihre Gewinne zu sichern und nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Volksmassen. Sie reißen den Großteil der produzierten Reichtümer an sich und mobilisieren menschliche und materielle Ressourcen der Gesellschaft. Sie sind die hauptsächlich Verantwortlichen für die Umweltschäden und hoffen, an der Entgiftung Geld zu verdienen. Der verschärfte Wettbewerb zwischen ihnen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, ist verantwortlich für die Kriege zur Kontrolle von Rohstoffen und Märkten. Das Wettrennen um Maximalprofit verursacht die immense Verschwendung der so genannten Konsumgesellschaft. Deshalb sagen wir, dass man gegen das Diktat der Monopole kämpfen muss“.

Was hat sich seitdem geändert? Eine weiter vorangetriebene monopolistische Konzentration, eine Reihe von Reformen, die es den Monopolen ermöglichen, die Ausbeutung der Arbeitskräfte zu verstärken (das Gesetz El-Khomri, die Verordnungen Macrons usw.), Privatisierungen, die privaten Konzernen erlauben, strategische Sektoren in ihre Hände zu bekommen, von den Regelungen und der Kontrolle über die Aktivitäten derselben Monopole entlastet zu werden, was zu „Unfällen“ wie bei Lubrizol führt, beträchtliche Vermögensübertragungen aus den Sozialhaushalten an die Banken und Unternehmen der strategischen Sparten usw.. Mit der Reform des Rentensystems, das Ende 2019 angekündigt wurde, wird eine erneute kurz- und langfristige Entnahme von Pensionsgeldern⁴ organisiert.

All diese Transfers, die als Einsparungen zur Reduzierung des Staatsdefizits gelten, all diese Steuererleichterungen werden auf dem Rücken der Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Rentner, der Nutzer des immer weniger „öffentlichen“ Dienstes, sei es im Gesundheits- und Bildungswesen, im öffentlichen

Verkehr, bei Sozialwohnungen oder in der Sozialversicherung usw. ausgetragen. Das Ziel, das jahrzehntelang angestrebt wurde, ist es, „den Sozialstaat“ zu Fall⁵ zu bringen. Mit anderen Worten, den Anteil des gesellschaftlichen Reichtums, den das Kapital für den Unterhalt und die Regenerierung der Arbeitskraft wie Bildung, Gesundheit, soziale Absicherung, sozialer Wohnungsbau, öffentlicher Verkehr, berufliche und kulturelle Bildung usw. beisteuern muss, so weit wie möglich zu reduzieren.

Diese Gegenreformen wurden von sozialistischen Regierungen durchgeführt, von rechtsgerichteten Regierungen und heute von der Regierung Macron-Philippe, die sich als „gleichzeitig“ rechts und links bezeichnet. Die Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem Diktat der Monopole, ihre völlige Anhängerschaft an die neoliberale Politik, ihre Verwaltung der neoliberalen Interessen des französischen Imperialismus, die bis zu Interventionen gehen und die Politik der Unterdrückung der Arbeiter- und Volksbewegung, insbesondere zur Zeit der Bewegung gegen das El-Khomri-Gesetz, haben sie von einem bedeutenden Teil der Arbeiterklasse und der Massen isoliert.

Diese Ablehnung ist nicht nur auf die Wahlen beschränkt: Sie wirkt sich auf den institutionellen Rahmen selbst aus, der Wechsel und „Kohabitationen“ zwischen rechten und linken Mehrheiten zulässt, der Exekutive immer mehr Macht überträgt, alles flankiert und besiegelt durch „Abkommen“ und internationale Gremien (EU, NATO, IWF usw.). Die Sozialdemokratie hat den Aufbau Europas als „dritten Weg“ zwischen „ungezügelter“ Kapitalismus und Sozialismus, wenn nicht gar Kommunismus, den sie verabscheut, dargestellt. Sie warb für das „Vereinte Europa“ als Garant des Friedens, insbesondere in Europa. Deshalb trifft sie die Krise der EU ganz besonders.

Diese unterschiedlichen Aspekte spiegeln sich in den sozialen Protesten wider, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben. Sie zeigen sich zuerst einmal in einer „Ablehnung“, die die Bezeichnung „alles Lumpen“ mit der direkten Anklage gegen Macron, der weitgehend als Präsident der Reichen und Besitzenden wahrgenommen wird, verbinden und zu einer allgemeinen Ablehnung des „Systems“ werden kann, die jedoch über dessen eigentliches Wesen im Unklaren bleibt: Das ist eine der

wichtigsten Herausforderungen des politischen und ideologischen Kampfes, den unsere Partei führen muss, um das Bewusstsein über das kapitalistisch-imperialistische Wesen des Systems wachsen zu lassen.

Die soziale Wut in ein Bewusstsein über die Notwendigkeit, mit dem kapitalistisch-imperialistischen System zu brechen, verwandeln

Die Tiefe der Krise und die Brutalität, mit der die Oligarchie die Arbeiter, die Volksmassen und die Völker zur Kasse bitten lassen will, bewirken, dass jede Schlacht, auch eine Teilschlacht oder selbst, wenn sie sich auf eine konkrete Forderung beschränkt (z.B. die Schaffung von Stellen in den Krankenhäusern, Schulen, die Nichtschließung einer Zugstrecke oder einfach die Eröffnung eines Ticketschalters usw.) erfordert, dass eine starke Machtbasis geschaffen wird.

Es geht nicht darum, dem Kapital, der Oligarchie und dem Staat „beweisen“ zu wollen, dass diese Forderungen gerechtfertigt sind und dass sie damit zufrieden sind, wie es die reformistischen Kräfte mit „Alternativvorschlägen“ machen, die im kapitalistisch-imperialistischen System verwurzelt bleiben. Dieser Weg ist eine Sackgasse. Seit fast 40 Jahren führt das reformistische Dogma zu sozialem Rückschritt, was die Reformisten zur Erklärung veranlasst, dass die Arbeiter- und Volksbewegung „nichts erreicht“ hat. In Wirklichkeit hat sich, da die Arbeiter-, die Gewerkschafts- und Volksbewegung ständig kämpfen musste, um die Schläge des Kapitals abzuwehren, die von den reformistischen Regierungen im Interesse der Monopole ausgeführt wurden, ein bedeutender Teil davon bei der Entwicklung dieser Kämpfe mehr und mehr vom Reformismus und den Parteien und Organisationen, die sein Träger sind, gelöst.

Durch diese Kämpfe und in diesen Kämpfen kann sich Bewusstsein für die Notwendigkeit, das gesamte soziale, wirtschaftliche und politische System in Frage zu stellen, entwickeln.

Gegen die Monopole und den Staat im Dienste der Monopole

In den letzten zwei Jahren haben wir die allgemeine Ausrichtung unserer Arbeit in folgender Parole

zusammengefasst:

„Diese Gesellschaft für die Reichen, die Bosse und die Waffenhändler bekämpfen wir. Für einen revolutionären Bruch!“

Die Stärkung des Polizeistaates und die Kriminalisierung des sozialen Protests, der Ausbau der Kriegspolitik, die Militarisierung der Wirtschaft und Gesellschaft im Allgemeinen und die Militärinterventionen, vor allem in Afrika, das wachsende Gewicht der Monopole, die auf dem Rücken der Gesellschaft leben, sie ausplündern, ersticken, um die Profite zu sichern, unterstreichen die Rolle des Staates, der immer mehr so genannte „Ordnungsfunktionen“ übernimmt, die in Wirklichkeit Funktionen der Repression - Armee, Polizei, Justiz - sind, um die Vorherrschaft der Monopole zu gewährleisten.

Wir müssen den Kampf gegen den Staat der Monopole und die Monopole selbst konzentrieren.

Dazu brauchen die Arbeiterklasse und die arbeitenden Massen ihre Werkzeuge: die Partei und die Massenorganisationen. Unter ihnen ist die Gewerkschaft eine unentbehrliche Organisation.

Wir verteidigen die klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung, die heute Ziel der Angriffe von Wirtschaft und Regierung ist und fordern, die Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten an die erste Stelle setzt, die sich weigert, ihre Hände in den Gremien der Zusammenarbeit zu fesseln, die darauf abzielen, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu verbessern. Eine Gewerkschaftsbewegung, die gegen alle Formen der Spaltung zwischen Arbeitern, ob mit oder ohne Arbeitsvertrag, kämpft.

Eine Gewerkschaft, die für die Einheit zwischen den verschiedenen Kategorien von Arbeitnehmern eintritt, insbesondere mit denen, die sich am selben Standort befinden und von Subunternehmen oder Leiharbeitsfirmen beschäftigt werden. Eine Gewerkschaftsbewegung, die versucht, die so genannten „unabhängigen“ Sektoren zu organisieren, besonders junge Menschen, die in Wirklichkeit aber in einem Abhängigkeitsverhältnis zu einem Auftraggeber sind. Eine Gewerkschaftsbewegung, die den Kampf für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeit und in der Gewerk-

schaft einbezieht und die gegen Diskriminierung, deren Opfer Frauen sind, kämpft.

Eine Gewerkschaftsbewegung, die in Frankreich oder anderswo Solidarität zwischen denen und mit denen, die kämpfen, entwickelt, mit besonderem Augenmerk auf die Arbeiter aus den französischen Kolonien und aus den Neokolonien Afrikas. Eine Gewerkschaftsbewegung, die versucht, Verbindungen des Kampfs und der Solidarität mit den Arbeitern Europas, die unter der gleichen neoliberalen Politik leiden, zu knüpfen.

Es ist die Aufgabe der Partei der Arbeiterklasse, das Bewusstsein für die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs und die politische Führung in diesem Kampf zu gewinnen

Warum die Partei der Arbeiterklasse? Das *Manifest der Kommunistischen Partei* antwortet insbesondere auf diese Frage, die von der technischen Entwicklung, auch nicht der modernen, auf der Informatik, Elektronik und Digitalisierung basierenden, in Frage gestellt wird. Diese vermitteln die Illusion des Fehlens jeglichen Produktionsprozesses einer Ware, jeder menschlichen Arbeit. Als Beweis dafür dient die Größe der notwendigen Infrastruktur für den Betrieb dieser Technologien, die enorme Menge an Energie, die sie verbrauchen, und die Bataillone der für ihren Betrieb notwendigen Arbeiter und Techniker. In allen wirtschaftlichen Bereichen hat die Instandhaltung immer mehr an Bedeutung gewonnen, insbesondere aufgrund der Komplexität der Produktionsinstrumente, was auch gleichbedeutend mit Anfälligkeit ist. Diese Fragen müssen vertieft werden, um sowohl die quantitative als auch die qualitative Entwicklung der Arbeiterklasse aufzuzeigen als auch ihre wesentliche Rolle bei der Schaffung des Werts, der Grundlage des kapitalistischen Profits. Dies ist eine der Aufgaben, denen sich unsere Partei widmen wird, indem sie ihre theoretischen Waffen mobilisiert, den Marxismus-Leninismus, und ihre Mitglieder, insbesondere aus der Arbeiterklasse, und alle ihre Freund*innen in ihrem Umfeld, die zu dieser Arbeit beitragen können.

Menschen für die Partei gewinnen

Es ist unsere Leitlinie, das Bewusstsein für die Not-

wendigkeit des revolutionären Bruchs zu vergrößern und zu teilen. Mehr Arbeiterinnen und Arbeiter, mehr Beschäftigte, mehr Frauen und Männer, Jugendliche aus den unteren Schichten, junge Revolutionäre für die Partei zu gewinnen, ist die Voraussetzung, um auf diesem Wege voranzukommen.

Die politischen Leitlinien, die für uns Vorrang haben

Wir rufen zum **Widerstand gegen den Polizeistaat** auf, der diejenigen unterdrückt, die kämpfen; der sie schlägt und verletzt, der den sozialen Protest kriminalisiert, der Polizei Straffreiheit garantiert und die Interessen der Bosse schützt. Gegen die Klassengewalt der Bourgeoisie setzen wir das Recht der Arbeiterklasse und des Volks, sich zu organisieren und sich zu verteidigen.

Wir kämpfen für die Aufhebung der repressiven Gesetze, die im Namen des „Kampfes gegen den Terrorismus“ Schlag auf Schlag erlassen wurden und für das Verbot des Einsatzes von LBD [Gummigeschoss-Pistolen], einer Kriegswaffe, und Stringball-Granaten, verantwortlich für Dutzende von Todesopfern. Wir fordern die Auflösung der Brigaden der motorisierten Eingreiftruppen der Polizei.⁶

Wir kämpfen gegen die zunehmende Reaktion, die Verharmlosung der extremen Rechten, die Förderung rückschrittlicher Anschauungen in allen Bereichen.

Wir unterstützen den Kampf von Frauen und Männern gegen die Gewalt gegen Frauen, gegen die Infragestellung ihrer Rechte, insbesondere auf dem Gebiet der Abtreibung und der Selbstbestimmung über ihren Körper.

Wir bekämpfen alle Politik, Ideen und Praktiken, die die Arbeiterklasse und die Volksmassen spalten wollen, wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir bekämpfen die Islamophobie und alle Formen des Rassismus. Wir verurteilen die Politik der Ghettoisierung und die Diskriminierung, deren Opfer die Jugendlichen der Arbeitersiedlungen sind.

Wir rufen auf zum Kampf für die **Verteidigung der öffentlichen Dienste**, ihren gesellschaftlichen Nutzen zum Nutzen der Verbraucher in den

Arbeitervierteln. Die Gesundheit, Bildung, soziale Absicherung, das Wohnen, der öffentliche Verkehr, die Bildung, Kultur, Information usw. müssen der Habgier der Monopole entzogen werden. Was privatisiert wurde, muss entschädigungslos an die Öffentlichkeit zurückgegeben werden. Die Sektoren, denen seit Jahren die personellen und materiellen Ressourcen entzogen wurden, müssen staatliche Priorität erlangen.

Wir kämpfen gegen große, teure, nutzlose und umweltschädliche Vorhaben, die von den Monopolen gegen die Meinung und die Interessen des Volkes durchgeführt werden. Diese Projekte, die immer mehr zugenommen haben, zielen in erster Linie darauf ab, die Auftragsbücher der großen Baukonzerne, Banken, Behörden und Monopole des Großhandels usw. zu füllen. Mehrere Projekte von mehreren Milliarden sind durch die Mobilisierung des Volkes blockiert worden, das wachsam gegen Ausweichmanöver bleiben muss.

Gegen die Hauptverursacher der Umweltverschmutzung und globalen Erwärmung!

Wir rufen dazu auf, den Kampf für die Durchsetzung von konkreten finanziellen und industriellen Maßnahmen gegen die Monopole, die die Umwelt verschmutzen, zu verstärken.

Für uns reiht sich der Kampf gegen die Ursachen und Folgen des Klimawandels in den allgemeinen Kampf gegen das kapitalistisch-imperialistische System ein.

Wir sind für einen Ausstieg aus der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie.

In unserem Land sind die militärisch-industrielle und nukleare Lobby eng miteinander verbunden: Sie verstärken und „rechtfertigen“ sich gegenseitig angesichts der Proteste, die sich seit Jahren gegen sie richten. Sie sind zwei Säulen des französischen Imperialismus, die ihn mit Atomwaffen versorgen, ein Synonym für die Großmacht, und aus diesem Grund sind sie ein integraler Bestandteil des imperialistischen Systems der wirtschaftlichen Ausplünderung und militärischen Herrschaft, um Zugang zu Uranvorkommen in den Sahel-Ländern zu erhalten. Wir sind auch dagegen, dass diese Länder zu Lagerzentren für verstrahlte Materialien werden.

Nein zur Militarisierung und zur Kriegspolitik!

Wir rufen zum Kampf gegen das wachsende Gewicht des Militärs in der Gesellschaft auf: Wir sind für eine drastische Senkung der Ausgaben für Waffen, ob konventionell oder nuklear. Wir kämpfen gegen das Vorhaben, die Jugend in einen „universellen nationalen Dienst“ zu pressen und gegen die steigende Präsenz der Armee in Schule und Ausbildung.

Wir prangern Waffenverkäufe und die sie begleitenden Instandhaltungsverträge an und fordern deren Stopp. Das Gewicht der militärisch-industriellen Lobby ist eine ständige Bedrohung für die Gesellschaft, zumal sie nur mit der Exekutive und insbesondere mit dem Staatsoberhaupt und dem „Verteidigungs-Komitee“ „verhandelt“.

Nein zum Europa der Monopole!

Wir lehnen die Teilnahme an und die Billigung jeder Politik oder jedes Mechanismus ab, die darauf abzielen, das europäische Konstrukt aus der Krise, die es erschüttert, herauszuholen. **Wir sind für den Austritt aus der EU, aus dem Euro**, die Fesseln für die Arbeiter und die Völker sind. Wir sind für die Entwicklung der Solidarität zwischen den Völkern Europas und der ganzen Welt

Wir kämpfen gegen den französischen Imperialismus und stehen in Solidarität mit den Völkern, die er beherrscht.

Wir stehen in Solidarität mit den Völkern Afrikas, die gegen die militärische, wirtschaftliche, finanzielle und kulturelle Präsenz des französischen Imperialismus, gegen die Ausplünderung ihres Reichtums durch französische Monopole, gegen den Würgegriff der EU kämpfen.

Wir kritisieren das Argument, dass die französische Präsenz der von China, Russland oder eines anderen Staates vorzuziehen sei. Die Völker sollen über ihre Zukunft, über die Beziehungen, die sie mit anderen Ländern unterhalten wollen, selbst entscheiden.

Wir fordern die bedingungslose Aufgabe der französischen Militärstützpunkte und die Abschaffung der sogenannten Beistandsverträge, die nur die Regimes, die mit dem französischen Imperialismus kollaborieren, schützen.

Wir prangern die Kriege, an denen der französische

Imperialismus im Rahmen internationaler Bündnisse teilnimmt, an und lehnen sie ab. Wir rufen dazu auf, den Kampf für den Austritt Frankreichs aus der NATO zu verstärken. Wir fordern die Auflösung dieses Militärbündnisses und wir lehnen jede Form der „europäischen Verteidigung“ ab, die notwendigerweise ein Instrument für die Bedrohungen und Repressionen gegen die Völker sein wird. Wir stehen in Solidarität mit den Völkern der französischen Kolonien und verteidigen ihr Recht auf Selbstbestimmung: Das des kanakischen Volkes, das weiterhin die Unabhängigkeit fordert und die der anderen Völker der französischen Kolonien. Sie sind die Einzigen, die über deren Form entscheiden können, wohl wissend, dass die koloniale Metropole die Pflicht zur Wiedergutmachung hat. Wir kämpfen gegen die Unterstützung des französischen Imperialismus für den zionistischen Staat Israel und unterstützen den Kampf des palästinensischen Volkes für seine nationalen Rechte.

Schlusswort

Dies sind die politischen Leitlinien, die wir uns geben: Der Kampf, sie umzusetzen, erlaubt kein Abwarten. Zwischen den Kräften des Fortschritts, den demokratischen, antiimperialistischen und revolutionären Kräften einerseits und denen der Re-

aktion, der Oligarchie und ihrem Staat andererseits, hat ein Wettlauf begonnen. Die Arbeiterklasse, die Volksmassen, die Jugend, die Frauen aus den unteren Schichten usw. stellen durch ihre Mobilisierung ein großes Potential dar. In dieser Zeit des Aufschwungs der Bewegung müssen wir hart arbeiten, um das Maximum an Kräften zu erreichen und die für ihre Entwicklung notwendige revolutionäre Führung aufzubauen und sie zu Siegen zu führen.

Der allgemeine Schwerpunkt unserer Arbeit in den nächsten vier Jahren wird es sein, das Bewusstsein für die Notwendigkeit und Möglichkeit des revolutionären Bruchs mit dem kapitalistisch-imperialistischen System zu vergrößern und ohne zu Zögern darauf hin zu arbeiten. Dieser revolutionäre Bruch ist die Bedingung, um konkret den Weg für den Aufbau einer anderen Gesellschaft zu ebnen, einer sozialistischen Gesellschaft - zum Kommunismus. Dieses strategische Ziel ist das Bestreben, für das die Kommunisten bei uns und weltweit kämpfen, um die Menschheit von der kapitalistischen Ausbeutung, von der imperialistischen Ausplünderung

KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS

-
- 1) Der gesamte Text, Analysen und Orientierungen, die auf dem Kongress angenommen wurden, wurden im März 2020 in Buchform unter dem Titel „Für einen revolutionären Bruch mit dem System“ herausgegeben. Dieses Dokument ist in Französisch und Englisch (in Papierformat und elektronisch) erhältlich. Es ist erhältlich beim Verlag En avant oder auf unserer Website www.pcof.net.
 - 2) Die acht reichsten französischen Unternehmen: Total (103,3 Milliarden), BNP (61 Milliarden), Sanofi (51,3 Mrd.), AXA (44 Mrd.), LVMH (39,4 Mrd.), L'Oréal (31,1 Mrd.), Société Générale (27,2 Milliarden), EDF (26,9 Milliarden). Kumulierte Gewinnzahlen für die letzten zehn Jahre. Quelle: Café de la Bourse, Juni 2019.
 - 3) Für eine revolutionäre Volksfront jetzt, Januar 2011.
 - 4) Im Jahr 2017 gab es 17,2 Millionen Rentner. Die Gesamtsumme der ausgezahlten Renten (einschließlich der Mindestaltersrente) betrug 317,1 Milliarden Euro oder 13,8% des BIP.
 - 5) Kessler, Vizepräsident der Medef (1998-2002), erhob diese alte Forderung der Unternehmer im Jahr 2012. Seit dem Zweiten Weltkrieg haben die französischen Arbeitgeber nicht nachgelassen, gegen das System der Verteilung des sozialen Reichtums ins Horn zu stoßen, das in die Zeit, als das Kräfteverhältnis gegen das Kapital zugunsten der Arbeit stand, eingeführt wurde.
 - 6) In Französisch: „Brigades de répression des actions violentes motorisées“ (BRAV-M), sind motorisierte Zweiradstaffeln der Polizei zur „Unterdrückung gewaltsamer Aktionen“ vom Polizeipräsidenten von Paris gebildet im März 2019, zuerst im Einsatz gegen Demonstrationen der „Gelbwesten“ (Anmerkung von Arbeit Zukunft – nach Wikipedia)

INDIEN

Covid-19 und die Arbeiterklasse

C. N. Subramaniam

Die globale Pandemie hat die Achillesferse des Kapitalismus entblößt, und der hat zu seiner Verteidigung den Monsterstaat errichtet. Niemals zuvor wurde das Getriebe von kapitalistischer Produktion, Handel und Bankwirtschaft derart zum Stillstand gebracht; niemals zuvor sahen sich die Staaten in ihrer Regierungsfähigkeit so dramatisch gelähmt; niemals zuvor in den vergangenen zweihundert Jahren seufzte die Natur so vor Erleichterung wie jetzt, wo sie die vom globalen Kapitalismus beigebrachten Wunden zu heilen beginnt. Diese unvergleichliche Krise ist ohne Zweifel Produkt der Welle neoliberaler Globalisierung, die in den 1990er Jahren als Mittel gegen die wiederkehrenden Krisen geschaffen wurde. Die Globalisierung, die gewaltige Abhängigkeit von chinesischen Produzenten, vom Weltmarkt und weltweiten Liefer- und Fertigungsketten, der Versuch des Kapitalismus, die Erde endlich flach wie ein Scheibe zu machen, hat dem Virus alle Wege geebnet. Die schnelle, weltweite Verbreitung des Virus aus der chinesischen Wuhan-Provinz ist tatsächlich direkte Folge der Globalisierung, in der

chinesische Fabriken den Dreh- und Angelpunkt darstellen.

Offensichtlich ist eine weltweite revolutionäre Situation eingetreten, da die kapitalistische Produktion und ihr Staat nicht mehr „weitermachen können wie zuvor“, ebenso wenig wie die breiten Massen – die Werktätigen, die dank ihrer Produktion und ihres Konsums das kapitalistische System am Leben erhalten.¹ Millionen von Menschen sind weltweit arbeitslos geworden und ihre einzigen Möglichkeiten ihre elementaren Bedürfnisse des Lebens zu stillen, liegen außerhalb der Märkte: Durch Arbeitslosengeld, staatliche Hilfen oder mittels Plünderungen, wie es die US-amerikanische Arbeiterklasse in den sich wie ein Lauffeuer verbreitenden Unruhen in den Städten vorgeführt hat. So viel zur neoliberalen Mär, dass der Markt alle Bedürfnisse stillen könne. Die Welt kann die Uhren nicht um fünf Jahre zurückdrehen und glücklich leben bis ans Ende ihrer Tage.

Wie sehen die Umriss der zukünftigen Gestalt

der Welt aus? Wie die Dinge aussehen, finden sich die Kräfte des Kapitalismus und seines Staates gut aufgestellt und selbstbewusst am Ruder. Doch so sah es in den Jahren von 1914 bis 1917 auch aus. Das liegt daran, dass die revolutionäre Antwort der Massen sich in der Unmöglichkeit, weiterzuleben wie zuvor, nur sporadisch an der Oberfläche zeigt. Die gewaltige Migration der indischen Arbeiter aus den Städten², die Unruhen und Plünderungen in den US-amerikanischen Städten sind vielleicht nur das sprichwörtliche Wetterleuchten. Auch in den Jahren zwischen 1917 und 1919 erschien die Arbeiterklasse weltweit schlecht organisiert, und doch vermochte sie in einem Ausbruch von revolutionärem Elan bei der Gestaltung der Zukunft aktiv einzugreifen – wir dürfen hoffen, dass die Zukunft nicht die der Weltenherren des Kapitals sein wird. Es scheint nur einen Unterschied zu geben: Die Arbeiterklasse hatte mit dem Marxismus-Leninismus ein Leuchtfeuer, das mit dem Jahrhundert deutlich schwächer wurde. Doch gibt es viele kleine Feuer, die diese komplizierte Welt erhellen, und wir können hoffen, dass die Arbeiterklasse erneut den revolutionären Elan entwickelt, dieser Welt einen Sinn zu geben und sich organisiert, sie zu verändern.

Aber das mag erst die Zukunft bringen. Wie bereits gesagt, sind die Kapitalisten und deren Staat noch immer am Ruder und folgen treu ihrer Natur als Leichenfledderer³ und versuchen Profit zu schlagen aus der größten Tragödie der Menschheit seit Langem, in der hunderttausende Menschen ihr Leben verlieren und Millionen der langsame Tod durch Hunger und Entbehrung droht.

In dieser Zusammenfassung werden wir die Reaktionen des indischen Staates, der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse auf die gegenwärtige Pandemie, ebenso wie die daraus folgende Situation behandeln.

Es soll daran erinnert werden, dass sich die gegenwärtige BJP⁴-geführte Regierung mit einer der machtvollsten Protestbewegungen konfrontiert sah, die sich gegen ihre Politik der Spaltung der Gesellschaft und Pogrome gegen Minderheiten, besonders Muslime, richtete. Ihr eilig zusammengeschustertes Gesetz, dass es erlaubt nicht-musli-

mischen Personen in überwiegend muslimischen Nachbarstaaten die indische Staatsbürgerschaft zu verleihen, den schweren gesellschaftlichen Schaden, den die Überprüfung der Staatsangehörigkeit von Personen in Assam mit der Drohung, diese Regeln auf den Rest Indiens auszuweiten, war dazu gedacht, Muslime zu bedrohen und zu isolieren. Stattdessen jedoch brachte es Jugendliche, Frauen von Minderheiten, Dalit, Adivasi, andere Gemeinschaften und besonders Studierende zusammen und führte zu riesigen Sitzblockaden. Die BJP verlor Wahlen in einer Reihe von Staaten, zuletzt in Jharkhand und dem Schlüsselstaat Delhi, wo es ihr ausgesprochen schlecht erging. Ihre Repressionsmaßnahmen und Kampagnen gegen die von ihnen als anti-national diskreditierten Proteste ging klar nach hinten los. So kam die Pandemie als Geschenk der Götter für die eingekreiste Regierung, die im gesamten Land mittels Notstandsgesetzen hart durchgriff, die von der ehemaligen Kolonialmacht vor etwa 125 Jahren geschaffen wurden, um einen Ausbruch der Pest zu minimieren. Staatliche Aktionen und die Angst vor dem Virus erzwangen ein Ende der Proteste und Sitzblockaden im ganzen Land und besonders in Delhi. Als die Proteste gegen die Ergänzungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes an Fahrt aufnahmen, verfolgte die Regierung ihre Anführer ohne Gnade, verhaftete sie und sperrte sie unter inhumanen Bedingungen bei Infektionsgefahr durch Covid-19 ein. Hunderte von Aktivisten wurden seither besonders in den Staaten Uttar Pradesh und Delhi festgenommen.

Die Pandemie verschaffte dem indischen Staat zudem die Möglichkeit, sich große Macht für die Überwachung und Kontrolle der Bewegungen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verschaffen. Statt das sich in Auflösung befindliche öffentliche und private Gesundheitssystem zu stärken, nutzte die Regierung die Gelegenheit, neue Technologien zur Überwachung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu beschaffen. Was selbstredend ein vom chinesischen Staat geschaffene, internationale Erscheinung ist. Wenigstens wurde es in China ergänzt von der Bereitschaft einer Regierung, die Pandemie mittels dem Gesundheitssystem und einem Lockdown unter Kontrolle zu bringen. In Indien hingegen sind das Gesundheitssystem und die kommunalen Einrichtungen in einem so schlechten Zustand, dass

sie bereits die normale Lage nicht zu bewältigen imstande sind, da die öffentliche Gesundheitsvorsorge im Zuge ihrer Privatisierung durch betrügerische Versicherungsprogramme für die Armen systematisch demontiert wurde. Die öffentliche Stadtreinigung und Kanalisation – aufgrund der Kastenideologie als jener Sektor verdammt, der am wenigsten modernisiert ist, weil in ihm die kastenlosen Dalit-Arbeiter tätig sind – war nicht in der Lage, die gewaltige Aufgabe zu bewältigen, Stadt und Land sauber zu halten.

Nachdem die Zentralregierung ohne jede Planung und Beratung mit den zuständigen staatlichen oder lokalen Stellen einen vollkommenen Lockdown verkündete⁹, fiel die Aufgabe, das Land am Leben zu erhalten, an die Beschäftigten im Gesundheitssystem und den kommunalen Einrichtungen und die Polizei, die weder für diese Aufgabe gerüstet noch ausgebildet war. Das führte dazu, dass Tausende dieser Werkstätigen infiziert wurden und neben der Hauptlast der Pandemie auch die soziale Ächtung einer rücksichtslosen Mittelklasse zu tragen hatten. Es sollte dabei nicht vergessen werden, dass die Mehrheit der im öffentlichen Sektor tätigen Werkstätigen informelle oder mittels Werkverträgen Beschäftigte sind, die über keinen rechtlichen oder sozialen Schutz verfügen. Dasselbe gilt für Werkstätige in den systemrelevanten Bereichen wie Handel und Dienstleistungen – die auch unter den Bedingungen des Lockdown weiter betrieben wurden, selbst als Einkaufszentren und Online-Händler zur Sicherheit geschlossen blieben. Dieser Lockdown schützte im Wesentlichen die urbane Mittelschicht, die das Privileg besaß, für das Daheimbleiben bezahlt zu werden.

Lockdown hieß die komplette Schließung aller nicht systemrelevanten Industriebetriebe einschließlich der Eisenbahnen und Straßenverkehrsbetriebe und, weit wichtiger, aller im informellen Sektor Beschäftigten und Selbstständigen, die 90 Prozent aller städtischen Dienstleistungen erbringen. Seitdem der Lockdown um drei Monate verlängert wurde, haben Millionen städtischer und ländlicher Arme Arbeit und Einkommen verloren. Während der ländliche Sektor verschont blieb und die Frühjahrsernte im ganzen Land eingebracht wurde, erlebte der städtische Sektor einen noch nie

dagewesenen Zusammenbruch. Unternehmer nutzen die Gelegenheit, Werkstätige ohne Auszahlungen fälliger Löhne zu entlassen. Es soll festgehalten werden, dass die meisten dieser Werkstätigen ohne Verträge informell beschäftigt waren. Beispielsweise erbrachte eine Telefonumfrage des Web-Magazins, The Wire, unter Delhis werktätiger Bevölkerung, dass die Hälfte der Befragten nicht das volle Gehalt für die Zeit vor dem Lockdown erhalten haben, dass mehr als 90 Prozent keine Arbeit und dass 80 Prozent überhaupt kein Einkommen während des Lockdowns hatten.

Eine Studie der Azim Premji Universität und anderer Organisationen berichtet über große Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste durch den Lockdown. Verlust von Beschäftigung traf besonders die Selbstständigen in den Städten, wo 84 Prozent ihre Beschäftigung verloren, im Vergleich dazu verloren 71 Prozent der Angestellten und 81 Prozent der gelegentlich Beschäftigten ihre Arbeit. Im ländlichen Bereich berichteten 66 Prozent der Gelegenheitsarbeiter, 62 Prozent der Angestellten und 47 der Landarbeiter vom Verlust ihrer Arbeit.

Der Durchschnittswochenverdienst der Selbstständigen in den Städten, die noch Beschäftigung fanden, sank durchschnittlich um 90 Prozent von 2.240 INR auf 218 INR. Bei Gelegenheitsarbeitern reduzierte sich die Bezahlung um etwa die Hälfte von 940 INR im Februar auf 495 INR im Lockdown. Die Hälfte aller Angestellten, oder 51 Prozent, musste auf Gehalt verzichten oder bezogen gar kein Gehalt.

Beinahe die Hälfte aller Haushalte (49 Prozent) berichteten, dass sie über nicht genug Geld verfügten, die elementarsten Dinge für eine Woche zu erwerben, während 80 Prozent in den Städten und 70 Prozent auf dem Land laut Berichten weniger Nahrungsmittel verbrauchten als zuvor. Laut der Studie erhielten mehr als ein Drittel, oder 36 Prozent, der gefährdeten städtischen Haushalte mindestens eine Geldzahlung seitens der Regierung, während 53 Prozent der ländlichen Haushalte eine solche Zahlung erhielten.

Die Bezahlungen für Arbeiten des letzten Monats oder der letzten Wochen verweigert und von ei-

nem dauerhaften Verlust der Arbeit bedroht, sind die Werk­tätigen, Gelegenheitsarbeiter und Selbstständigen von Armut und Hunger bedroht. Dazu traten die Schikanen durch die Vermieter ihrer Unterkünfte, die weiterhin Miete verlangten und die auch die Armen loswerden wollten, weil diese als potentielle Infizierte galten. Tatsächlich intervenierte die Regierung, allerdings langsam, mit direkter finanzieller Hilfe und freien Nahrungsmitteln für diejenigen, die Lebensmittelkarten besaßen, und freien Küchen in vielen Gegenden. Doch war diese Hilfe gemessen an der Zahl der Bedürftigen völlig unzureichend, besonders weil der Anteil der Menschen mit Lebensmittelkarten oder Bankkonto nur einen Bruchteil der Werk­tätigen darstellt.

Die Gefährdetsten von allen jedoch waren die Wanderarbeiter. Es existieren keine Zahlen, die das Problem in seiner Größe benennen können. Der zehn Jahre alte Zensus von 2011 nennt uns die Zahl von 57 Millionen zwischenstaatlichen Wanderarbeiten im Land. Die Mehrheit davon arbeitet im informellen, unorganisierten Sektor; eine Großzahl von ihnen sind Tagelöhner und haben weder Ausweise noch Arbeitspapiere. Diese Zahl enthält nicht die Wanderarbeiter, die innerhalb eines Staates migrieren, von den Dörfern zu den Städten oder den Bergbauregionen oder den Ziegeleien und den Plantagen. Die meisten dieser Arbeiter sind keine wirklich freien Arbeiter, sondern Vertragsarbeiter, die für eine lächerliche Lohnvorauszahlung von ihren Unternehmern an Industrie- oder Bauunternehmen oder in der Landwirtschaft vermietet werden. Nicht selten umfassen die Verträge die gesamten Familien einschließlich der Frauen und Kinder. Sie leben üblicherweise an den Arbeitsstellen mit schlechter Versorgung und Unterkunft und schlechten sanitären Einrichtungen. Arbeitshistoriker wie Jan Breman haben angemerkt, dass anders als während der Industrialisierung des 18. und 19. Jahrhundert mit ihrer ständigen Migration vom Land in die Stadt, die gegenwärtige Migration nicht dauerhaft ist (üblicherweise für eine Saison oder zwei) und dass die Arbeiter in ihre Dörfer zurückkehren, wo sie ähnliche Saisonarbeit verrichten, bis sie wieder von einem Arbeitsverleiher angeheuert werden. Diese Form der Bewegung zwischen Land und entfernten Städten geschieht unter Bedingungen der Schuldknechtschaft, was den Verlust der

Entscheidungsmacht der Werk­tätigen und der Vertragsfreiheit nahelegt. Die Unternehmer bezahlen den Werk­tätigen selten die vollen Löhne und halten sie unter der Knute.

Theoretisch werden die Wanderarbeiter durch das „Inter-State Migrant Workmen (Regulation of Employment and Conditions of Service) Act, 1979“ (Zwischenstaatliche Wanderarbeiter Regeln von Anstellung und Bedingungen der Dienstleistung) Gesetz von 1979) geschützt. Dieses Gesetz verlangt von den Verleihern, die die Wanderarbeiter mit der Erfüllung ihrer Träume in Verträge locken, eine Lizenz zu erwerben sowohl im Heimatstaat des Werk­tätigen wie auch im Erfüllungsstaat der Entsendung. Die Entleiher sind gleichfalls verpflichtet vor der Einstellung einen Nachweis der Anmeldung zu erwerben. Das Gesetz verlangt, dass diese Lizenz die Bedingungen enthalten soll, nach denen angeworben wird, die Entlohnung, die Arbeitszeit und welchen andere wesentlichen „Annehmlichkeiten“ bereitgestellt werden. Es gibt eine ausdrückliche Bestimmung bezüglich des Lohnes, der diesen Wanderarbeitern zu zahlen ist, ab wann er fällig wird, und eine Berechtigung für eine Auslöse. Eine angemessene Unterbringung, medizinische Versorgung und persönliche Schutzausrüstung gehören auch zu den bereitzustellenden Dingen. Es braucht nicht weiter erwähnt zu werden, dass diese vornehmen Forderungen dieses Gesetzes nicht erbracht werden und die Aufsichtsbehörden weder bereit noch fähig sind, diese Schiebereien zu kontrollieren oder zu unterbinden. Es sind diese Arbeiter, die vom unvorbereiteten Lockdown der Zentralregierung am härtesten getroffen wurden. Angesichts des Lohnverlusts, der Aussichten am Arbeitsmarkt und in einer feindlichen Umgebung leben zu müssen, sind viele Wanderarbeiter nach Hause zurückgekehrt, viele über tausende Kilometer. Diejenigen, die diesen Lockdown beschlossen haben, waren sich wohl möglich der Existenz dieser Menschen nicht bewusst und haben garantiert nichts für sie geplant. Ihre Vorstellungen orientierten sich an den urbanen Mittelschichtfamilien in ihren sicheren, vornehmen Häusern. Ohne Ausweise oder Lebensmittelkarten blieben diese Menschen ohne jeden Anspruch auf Versorgung oder finanzielle Unterstützung. Doch nachdem die Wanderarbeiter dem Lockdown trotzten und sich

auf den Weg begaben, erkannte die Staatsmacht, dass diese Menschen nach Hause wollten. Zuerst versuchte der Staat diesen Exodus zu verhindern, da der die Aussichten wirtschaftlicher Wiederbelebung beschneiden könnte. Sie hatten alle Macht, das zu verhindern: Ausgangssperre, Verbote nach Paragraph 144 des indischen Strafgesetzbuches¹⁰, außerordentliche Ermächtigung der Polizei, Menschen festzunehmen und zu verhaften. Alle öffentlichen Verkehrsmittel standen still. Und doch strömten die Arbeiter auf die Landstraßen und Autobahnen und es war offensichtlich, dass diese Flut nicht einzudämmen war. Sie waren hungrig, durstig, krank, wund; trugen Lasten auf ihren Köpfen und Kinder im Arm; sie gingen, um entweder nach Hause zu kommen oder zu sterben, was besser war, als in der Fremde in einer feindlichen Umgebung zu verhungern. Bald erfasste Panik den Staat, dass diese dichtgedrängten Massen potentielle Träger des Virus waren und diesen im ganzen Land verteilen könnten.

Die Polizei wurde gerufen, um sie zu verprügeln und zurückzuschicken. Die Flut stieg schnell und der Staat verstand es nicht, sie einzudämmen. Alles was er tun konnte, war sie auf ihren Heimwegen zu schikanieren und sie, als sie zu Hause angekommen waren, zu beleidigen wie sie es dort getan haben, wo sie herkamen, wie sie gezwungen wurden, sich auf die Straßen zu setzen und Desinfektionsmittel über sie geschüttet wurde oder wie sie unter unmenschlichen Bedingungen unter Quarantäne gestellt wurden.

Die Wanderarbeit verließen die Städte, in die sie zur Arbeit gekommen waren, häufig mit der Bemerkung, niemals zurückzukehren, weil sie so miserabel behandelt wurden. Das war nicht nur ein Akt der Verzweiflung, sondern auch einer des Protests und der Ablehnung.

Sehr viel später wurden die kolossalen Ausmaße dieser menschlichen Tragödie sichtbar als die Regierung Sonderzüge organisieren ließ. Am 4. Juni ließ die Eisenbahn verlauten, sie habe mindestens 6 Millionen Wanderarbeiter in ihre Heimat transportiert. Von Interesse ist, dass diese Zahl jene vom Ministerium für Arbeit veröffentlichte Zahl von Wanderarbeitern deutlich überstieg: Tatsächlich

betrug sie mehr als das Doppelte der 2,6 Millionen vom Ministerium genannten Summe.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass der einzige Staat, der den Wanderarbeitern mit einigermaßen menschlichen Mitteln begegnete, Kerala war¹¹. So verhielt sich das Arbeitsministerium so staatsfeindlich, dass es fast 150.000 Wanderarbeiter in Unterkünfte und ebenso viele an ihren Arbeitsplätzen unterbrachte. Wer zurückkehren wollte, wurde mit von der Regierung gestellten Bussen transportiert und auf Kosten des Staates verpflegt. Es muss zudem die Leistungen der NGO unterstrichen werden, die unzählige Hilfen – Medizin oder Nahrung – an die Wanderarbeiter auf ihrem Weg nach Hause verteilten. Das geschah unter hohem persönlichen Risiko für die Freiwilligen dieser Organisationen.

Mit dem Voranschreiten des Lockdown wurde der tiefe wirtschaftliche Einschnitt, der Verlust an Arbeitsplätzen, die sinkende Nachfrage, der Zusammenbruch der Lieferketten für die Regierung offensichtlich und die Regierung versuchte, abermals ohne jede Vorbereitung, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Da sich das Virus in den Städten schnell und ohne Zeichen des Nachlassens verbreitet, bedeutet die Öffnung von Industrie und Handel wachsende Infektionsgefahr. Täglich hören wir davon, wie sich das Virus in dicht besiedelten Slums und Industriebezirken ausbreitet. Dennoch hat die Regierung nicht den Anflug einer Idee für angemessene medizinische Hilfe, die dem massiven Wachstum von Infektionen entspräche. Auch scheinen sie sich keine Sorgen über wirksame Maßnahmen in den betroffenen Gegenden zu machen, weil das die Arbeit in den laufenden Fabriken beeinflussen könnte.

In den meisten Industrien wurden die Sicherheitsvorkehrungen beim Anlaufen der Produktion nicht beachtet und Werktätige wurden Unfallgefahren ausgesetzt. Bei LG¹² Polymers in Vizag¹³ verursachte ein Gasleck¹⁴ den Tod von zwölf Werktätigen und die Erkrankung von Tausenden. Als wir an diesen Artikel schrieben, hat sich in Gujarat eine große Explosion ereignet, die mindestens fünf Werktätige getötet und fünfzig weitere verletzt hat. Tausende aus den umliegenden Ortschaften wurden

evakuiert, weil davon ausgegangen wird, dass die Explosion ein Leck verursacht hat.

In den meisten Branchen der Industrie verlief die Wiederaufnahme der Arbeit träge und längst nicht alle Werkstätigen sind wieder zurück an der Arbeit, sondern verbleiben in Arbeitslosigkeit. Eine Vielzahl von Werkstätigen sind der Gefahr der Arbeitslosigkeit ausgesetzt. Die Werkstätigen, die an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt sind, werden nun schlechter bezahlt und müssen länger arbeiten, manchmal bis zu 24 Stunden. Schon bevor der Lockdown gelockert wurde, drängten Kapitalisten die Regierung die Regelungen der Arbeitsgesetze zur Länge des Arbeitstages auszusetzen. Und schon bevor die Regierung sich in diese Richtung bewegte, begannen die Unternehmen die Arbeitszeiten auf 12 bis 16 Stunden pro Tag auszudehnen. Es scheint die neue Strategie der Unternehmer zu sein, manche Werkstätige nicht mehr zu beschäftigen und den Rest der Belegschaften länger arbeiten zu lassen und dafür weniger zu bezahlen und sich dabei Überstundenzuschläge zu sparen, um so mit den Folgen des dreimonatigen Lockdowns und den dadurch verursachten Ausfällen fertig zu werden.

Aber das ist noch längst nicht alles! Anfang Mai hielt der Arbeitsminister der Zentralregierung eine Videokonferenz mit den „Industriekapitänen“. Vertreter von 12 Unternehmer- und Industrieverbänden wünschten am Freitag von der Regierung die Aussetzung der Arbeitsgesetze für die Dauer von drei Jahren, „um der Industrie in der gegenwärtigen Krise zur Hilfe zu kommen“. Unter den Forderungen der Verbände war auch die Aussetzung der Regelungen des Arbeitskampfes, um die Zeit des Lockdowns als Entlassungen zu behandeln und die während dieser Zeit gezahlten Löhne als Teil der unternehmerischen Sozialverantwortung (corporate social responsibility – CRS) zu betrachten, die maximale Belegschaft bei Wiedereröffnung von einem Drittel auf die Hälfte zu erhöhen, und die Arbeitsgesetzgebung für zwei bis drei Jahre auszusetzen. Die Unternehmerverbände forderten auch die Ausweitung des Regelarbeitstages auf zwölf Stunden und dass der Industrie angemessene Unterstützung bei der Sicherung der Arbeitsplätze gewährt wird. Diesem Treffen folgte ein Haufen „Lockerungen“ des Arbeitsrechts in BJP-regierten

Bundesstaaten.

Von Mai an wurde Staat für Staat (Madhya Pradesh, Uttar Pradesh, Maharashtra¹⁵, Haryana usw.) die Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden ausgedehnt, in einigen mit, in anderen ohne Überstundenzuschlägen. Das war nur ein Teil des Pakets – die genannten Staaten setzten mittels Verordnung für drei Jahre eine Reihe von Arbeitsgesetzen besonders für neugegründete Unternehmen aus. Bahnbrechend war hierbei die BJP-Regierung in Madhya Pradesh. Deren Erster Minister verkündete die Aussetzung wichtiger Arbeitsgesetze für neue Unternehmen, die mit wenigen Formalitäten bei der Registrierung innerhalb eines Tages eröffnet werden können, und solche Beamte zur Verantwortung zu ziehen, die den Prozess verzögerten. Die neuen Unternehmen können Inspektionen von Dritten durchführen. Sie werden von der Nachweispflicht der Inspektionen ausgenommen. Und die Unternehmen können Schichten nach Belieben ändern. Neue Unternehmen werden von allen Regelungen der Fabrikgesetzgebung (Factories Act, 1948) ausgenommen, außer die der Artikel 6, 7, 8, 21-41 (H), 59, 67, 68, 79, 88 und 112. „... wir haben die Artikel für drei Monate ausgesetzt und beantragen bei der Zentrale eine Ausweitung der Aussetzung auf 1.000 Tage,“ sagte Madhya Pradeshs Erster Minister, Shivraj Singh Chauhan von der BJP, bei einer Videoansprache in Bhopal.

Die neuen Unternehmen werden von allen Gesetzen ausgenommen, die die Rechte der Werkstätigen regeln. Zudem ist der Unternehmer nicht verpflichtet, für Belüftung, Beleuchtung, Toiletten, Sitzgelegenheiten, Erste-Hilfe-Koffer, persönliche Schutzausrüstung, Kantinen, Krippen, Pausen oder für wöchentliche arbeitsfreie Zeit zu sorgen. Nicht einmal mehr die Versorgung mit Trinkwasser ist heute verpflichtend.

Weiterhin ist die Führung von Registern über erwachsene Arbeiter und Kinderarbeiter in neuen Unternehmen nicht mehr erforderlich. Sie müssen nicht einmal für Sauberkeit und die sichere Entsorgung von Abfall in ihren Einrichtungen sorgen. Das gesamte Kapitel über „Ordnungsgelder und Vorgehensweisen (Penalties and Procedures)“, in dem die Verantwortlichkeiten des Unternehmers

in Falle von Verstößen gegen das Gesetz geregelt ist, wird für neue Unternehmen nicht gelten. Die Zahl der zu führenden Register wird von 61 auf ein einziges gesenkt.

Unternehmen werden für 1.000 Tage von allen Bestimmungen des Streikrechts (Industrial Disputes Act, 1947¹⁶) befreit, ausgenommen von Artikel 25, der die Unterstützung von streikenden Werktätigen bei illegalen Streiks und Aussperrungen regelt. Organisationen werden ihre Arbeiter nach ihrem Belieben bei der Arbeit halten. Die Arbeitsgerichte werden bei Maßnahmen seitens der Unternehmen nicht eingreifen.

Nach Änderungen des Madhya Pradesh Industrial Employment (Standing Orders) Act (Industrie-Beschäftigungs-Gesetz), 1961, werden Industrien, die bis zu 100 Arbeiter beschäftigen, davon ausgenommen sein.

Nach einer Anordnung zur in Madhya Pradesh geltenden Arbeiterwohlfahrtskasse (Madhya Pradesh Labour Welfare Fund Act, 1982) sind neu eingerichtete Fabriken für 1.000 Tage davon ausgenommen, jährliche Einzahlungen von 80 INR pro Beschäftigten an den Arbeiterwohlfahrtsrat zu leisten. Sie werden auch von der jährlichen Steuererklärung befreit, meldete die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit am Dienstag.

Jetzt dürfen Werkstätten nach dem Arbeitsstättengesetz (Shops and Establishments Act, 1958) zwischen 6 Uhr morgens bis Mitternacht betrieben werden.

Die Staatsregierung hat beim Zentrum die Änderung der Bestimmungen beantragt. Danach sollen nur solche Arbeitsstätten registriert werden, die elektrischen Strom bei der Fertigung verbrauchen und mindestens 20 Werktätige beschäftigen, abweichend von den gegenwärtigen Regeln mit 10 Werktätigen bei Stromverbrauch. Bei solchen ohne Stromverbrauch soll die Grenze von 20 auf 40 Beschäftigte steigen.

Durch eine Änderung des Gesetzes über die Leiharbeit (Contract Labour (Regulation and Abolition) Act, 1970) sind Leiharbeitsfirmen mit weniger als

50 Beschäftigten berechtigt, ohne Registrierung Geschäfte zu betreiben.

Da das Gesetz es den Staaten nicht erlaubt, die Arbeitsgesetze so drastisch zu ändern, handelt es sich um Forderungen an die Zentralregierung, diese zu beschließen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, dass die Zentralregierung noch schärfer darauf aus ist, solche Änderungen im Namen der Vereinfachung und Investorenfreundlichkeit zu ändern.

Warum war die Regierung so scharf darauf, die Arbeitsgesetzgebung so plötzlich zu reformieren? Zwei Hauptgründe finden sich in den Berichten der Presse. Erstens selbstverständlich der bereits geschilderte Druck seitens der Unternehmer. Der wichtigere Grund war es, Investitionen anzulocken, die in das Nach-Covid19-China abwanderten. Diese Regierungen hofften darauf, Investoren nicht durch die Versprechung von Infrastruktur oder einer ausgebildeten Arbeiterschaft oder Steuererleichterungen anzulocken, sondern durch unbeschränkte und unverantwortliche Ausbeutung der Werktätigen. Es ist wohlbekannt, dass die Investoren, die China zur Weltfabrik aufgebaut haben, nicht alles auf eine Karte setzen wollen – selbst auf eine so aussichtsreiche wie die chinesische. Sie sind jetzt wahrscheinlich scharf darauf, ihre Mittel zu streuen. Doch ist es eine andere Frage, ob sie nun wirklich auf Indien setzen werden, oder nach Vietnam oder Südostasien ziehen, von wo aus chinesische Unternehmen mit ihren mit „Made in Vietnam“ gekennzeichneten Produkten die Sanktionen der Trump-Regierung unterlaufen.

Bei den Überlegungen zur Änderungen der Arbeitsgesetze sollte es klar sein, dass diese nur einen mikroskopisch kleinen Teil der Arbeiterklasse betrifft. Die meisten Arbeitsgesetze gelten nicht im riesigen, unregulierten Bereich der Wirtschaft und auch nicht im Bereich der Leiharbeiter im geregelten Sektor. Wir müssen zudem berücksichtigen, dass ein beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse, genauer gesagt die industrielle Reservearmee, als Selbstständige mit Fertigung und Vertrieb industrieller Produkte ein mageres Einkommen erwirtschaften. All das bleibt bei den Arbeitsgesetzen außen vor. Es wird seit langem gefordert, die Arbeitsgesetze zu vereinfachen und in allen Bereichen der Beschäf-

tigung Geltung zu verschaffen. Die Forderung lautet nicht, die Abschaffung der Arbeitsgesetze, die Ergebnis eines Jahrhunderts von Arbeitskämpfen sind, sondern ihre Wirkung in alle Bereiche der Arbeiterklasse auszuweiten und besonders die rechtliche Anerkennung, Mindestlöhne, geregelte Arbeitszeiten, Urlaub, Sozialversicherungen usw. zu garantieren. Die Aussetzung aller Arbeitsgesetze

in Namen der Schaffung von Arbeitsplätzen ist ein Schlag ins Gesicht der kämpfenden Arbeiter.

REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE (INDIEN)

- 1) Siehe dazu W. I. Lenin: „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ in LW 21, 206. (Anm. des Übers.)
- 2) Hausangestellte sind bis in den Haushalten der unteren Mittelschicht in Indien allgegenwärtig. So sah sich Indiens Mittelschicht durch den Lockdown dazu gezwungen, sich tatsächlich selbst um die vielfältigen Arbeiten des Alltags und des eigenen Haushalts zu kümmern. (Anm. des Übers.)
- 3) Im Original der in Indien sprichwörtliche kafan chor (कफन चोर), der Dieb des Leichentuchs. (Anm. des Übers.)
- 4) BJP: Bharatiya Janata Party; hindu-nationalistische Partei, die in 12 von 28 Gliedstaaten regiert, und die mit Narendra Modi den Premierminister stellt.
- 5) Staat im Nordosten Indiens. (Anm. des Übers.)
- 6) Als Dalit werden in der indischen Kastengesellschaft jene Menschen bezeichnet, die keiner Kaste angehören und deren zweifelhaftes Privileg es ist, all jene Arbeiten auszuführen, die den Angehörigen der Kasten verboten sind. Das sind – wie es sich unschwer errahnen lässt – schmutzige, schwere, gefährliche und entwürdigende Arbeiten. (Anm. des Übers.)
- 7) Adivasi ist eine Selbstbezeichnung von Angehörigen kleiner, indigener Minderheiten, die zum Teil noch in von der „asiatischen Produktionsweise“ (Marx) geprägten Kulturen leben. Ihre Lebensweise ist akut bedroht; Angehörige dieser Minderheiten, die aus ihren Gebieten in die Städte vertrieben wurden, leben dort mehrheitlich (geschätzt 90 Prozent) in Armut. Die militanten, maoistischen Organisationen in Indien finden unter den Adivasi viele Anhänger. (Anm. des Übers.)
- 8) Binnenstaat im Osten Indiens mit 33 Millionen Einwohnern (Zensus 2011), von denen sich über ein Viertel zu den Adivasi zählen. (Anm. des Übers.)
- 9) Der Lockdown trat 24 Stunden nach seiner Verkündung in Kraft. Dadurch gingen schätzungsweise 121 Millionen Jobs verloren und ca. 21 Millionen Wanderarbeiter kehrten während des Lockdowns zu Fuß und ohne jegliche Unterstützungen nach Hause zurück. Hunderte verhungerten, darunter die zwölfjährige Jamlo Makdam, die nach drei Tagen Wanderschaft nur 60 Kilometer von ihrer Heimat entfernt an Dehydration starb. (Anm. des Übers.)
<https://thewire.in/labour/coronavirus-lockdown-chhattisgarh-telangana-girl-dies>
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/indien-in-der-corona-krise-wie-geht-es-den-wanderarbeitern-nach-dem-lockdown-a-09eb6e9a-28aa-4f10-866e-60f2dc8c7ade>
- 10) Versammlungsverbot
- 11) In Kerala wechseln sich seit dem Bestehen des Bundesstaates regelmäßig die größere der kommunistischen Parteien (CPI(M)) mit der Kongresspartei an der Regierung ab. Trotz des hohen Anteils von Hindus an der Bevölkerung, hat die hindu-nationalistische BJP kaum Rückhalt in der Bevölkerung. Der HDI sieht mit 0,770 Kerala gleichauf mit der Türkei oder Georgien, während Indien auf einen Wert von 0,647 kommt.
- 12) LG (vormals Lucky-Goldstar) ist ein südkoreanischer Mischkonzern im Bereich Elektronik, Chemie und Haushaltswaren mit weltweit über 220.000 Beschäftigten. LG Polymers India Pvt. Ltd. ist Teil der LG Chem, die Gründungskern von LG ist. (Anm. des Übers.)
- 13) Kurzwort für die Hafenstadt Visakhapatnam im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh. (Anm. des Übers.)
- 14) https://en.wikipedia.org/wiki/Visakhapatnam_gas_leak (Anm. des Übers.)
- 15) Der Staat Maharashtra ist Zentrum des Finanzsektors und der industriell führende Bundesstaat Indiens und ist alleine für etwa ein Viertel des BIP Indiens verantwortlich.
- 16) Dieses Gesetz soll nunmehr durch ein komplett neues Gesetz, den Industrial Relations Code, 2020, ersetzt werden, das bereits durch alle Lesungen in den beiden Kammern gegangen ist und – Stand Ende September – dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorliegt.

SPANIEN

DER WEG IN DEN REVISIONISTISCHEN ABGRUND - ANMERKUNGEN ZUR GESCHICHTE der SOWJETUNION

Raul Marco/ Carlos Hermida

Der Sieg der Oktoberrevolution 1917 in Russland unter der Führung von Lenin und der bolschewistischen Partei war ein Meilenstein in der Geschichte der Menschheit. Zum ersten Mal übernahmen die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen – die Arbeiter und Bauern – die Macht in einem Land, behaupteten sie und begannen, eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Der Sozialismus war aus einem von Marx und Engels in Büchern niedergeschriebenen Ziel zur Wirklichkeit geworden. Eben deshalb hat die bolschewistische Revolution über alle Grenzen hinweg die Arbeiter der Welt begeistert und die Bourgeoisie in Angst und Schrecken versetzt, denn diese sah ihre Macht und Privilegien bedroht.

Rasch jedoch sah sich diese Revolution enormen Schwierigkeiten ausgesetzt. Der Aufbau des Sozialismus sollte sich als keine einfache Aufgabe erweisen. Zwar war Russland ein riesiges Land mit enormen menschlichen und materiellen Ressourcen, aber auch sehr rückständig. Darüber hinaus hat die proletarische Revolution in anderen europäischen Ländern, die technisch und wirtschaftlich fortge-

schriftener waren, nicht gesiegt. Der Sozialismus musste in einem Land aufgebaut werden.

Eines der Probleme, vor denen die Bolschewiki von Anfang an standen, war die Entwicklung der Bürokratie. Der sowjetische Staat sah sich gezwungen, Beamte des zaristischen Regimes einzusetzen und in dem Maße, in dem der Staat dazu überging, die Wirtschaft zu kontrollieren, entstand auch eine kommunistische Bürokratie. Lenin hatte dieses Thema immer ernsthafte Sorgen bereitet und er versuchte mit allen Mitteln sicherzustellen, dass diese bürokratische Schicht den Arbeitern diene und sich nicht über sie stelle. Tatsächlich war es die Aufgabe eines ganzen Volkskommissariats (für die Arbeiter- und Bauerninspektion), an dessen Spitze bis 1922 Stalin stand, das ordnungsgemäße Funktionieren der Verwaltung zu garantieren und bürokratische Abweichungen zu bekämpfen.

In seinen letzten Texten empfahl Lenin, dass 50 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees Arbeiter sein sollten, die keine lange Zeit mit Verwaltungsaufgaben im sowjetischen Apparat verbracht hatten. Es war seine Antwort auf eine beunruhi-

gende Frage, die er in einem am 30. und 31. Dezember 1922 seinen Sekretären diktierten Brief an den Parteitag über *Die Frage der Nationalitäten oder der ‚Autonomisierung‘* aufgeworfen hatte, in dem er erklärte:

Man sagt, die Einheit des Apparats sei nötig gewesen. Woher stammten diese Behauptungen? Doch wohl von demselben russischen Apparat, den wir, wie ich schon in einer früheren Aufzeichnung meines Tagebuchs feststellte, vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben. (...) Jetzt aber müssen wir (...) sagen, dass wir einen Apparat als eigenen bezeichnen, der uns in Wirklichkeit noch durch und durch fremd ist und ein bürgerlich-zaristisches Gemisch darstellt, das wir beim besten Willen in den fünf Jahren nicht überwinden konnten, in denen uns die Hilfe anderer Länder fehlte und wir uns vorwiegend militärisch „betätigten“ und die Hungersnot bekämpften.

Angesichts dieser Worte ist klar, dass die Frage der Bürokratie seit Beginn der Revolution ein ständig bestehendes Problem war. Die Einführung der Planwirtschaft ab 1928 brachte mit der staatlichen Leitung der gesamten Wirtschaft auch neue Dimensionen der Bürokratie mit sich und machte eine höhere revolutionäre Wachsamkeit erforderlich. Obwohl wir dies nicht mit absoluter Sicherheit sagen können, glauben wir, dass ein Teil der politischen Gewalt, die der Sowjetstaat zwischen 1936 und 1939 ausübte, auf den Versuch zurückzuführen war, einen Staatsapparat zu kontrollieren, in dem Verschwörungen organisiert wurden, um den Aufbau des Sozialismus zu beenden und Stalin aus der Führung der Partei zu entfernen. Alle diese Versuche scheiterten, der Sozialismus wurde Realität und verwandelte die UdSSR in eine große wirtschaftliche und wissenschaftliche Macht. Die Richtigkeit der Stalinschen Politik bewies sich im Zweiten Weltkrieg, als die Sowjetunion eine herausragende Rolle bei der Niederlage des Nationalsozialismus spielte.

Die bürokratischen Geschwüre verschwanden jedoch nicht aus dem Sowjetstaat und nach Stalins Tod 1953 traten sie aus dem Schatten ans Licht. Der politische und ideologische Kampf, der ab diesem Zeitpunkt begann, bedeutete den Triumph einer revisionistischen Bürokratie, die die Prinzipien des Marxismus-Leninismus verriet, zugleich aber gegenüber dem sowjetischen Volk ihre Treue zu den

Lehren von Marx, Engels und Lenin beteuerte. Der erste Schritt bei der Machtergreifung des Revisionismus war 1956 der 20. Kongress der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU). In einer geheimen Sitzung zwischen dem 24. und 25. Februar verlas Nikita Chruschtschow, Generalsekretär der Partei, den sogenannten Geheimbericht, in dem er ‚ohne Beweise oder Dokumente vorzulegen, eine vernichtende Kritik an Stalins Führung übte. Er beschuldigte ihn unzähliger Verbrechen und Verstöße gegen die sowjetische Gesetzlichkeit und der Bildung eines Personenkults um sich selbst. Kurz gesagt: Chruschtschow trug einen Hagel von Anschuldigungen vor, die vom Führer der Bolschewiki wenig mehr als ein tyrannisches Monster übrig ließen. Dieser Bericht demoralisierte nicht nur Millionen von Kommunisten auf der ganzen Welt, sondern lieferte der Bourgeoisie zugleich reichlich Munition für ihre antikommunistischen Kampagnen. Chruschtschow beging ein Verbrechen gegen den Sozialismus und ging die ersten Schritte auf einem Weg, der 1991 zur Zerstörung der UdSSR führen sollte.

Auf dem 20. Kongress wurde aber nicht nur dieser berühmte Bericht vorgetragen. Auf seinen Sitzungen wurde eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die einen radikalen Bruch mit den leninistischen Prinzipien darstellten. Im Gegensatz zur leninistischen Analyse von der Unvermeidbarkeit imperialistischer Kriege kam der

„XX. Parteitag der KPdSU zum Schluss, dass unter den heutigen internationalen Bedingungen reale Möglichkeiten entstanden sind, Kriege zu verhindern. Die These von der Unvermeidbarkeit von Kriegen in der Ära des Imperialismus wurde von W. I. Lenin zu einer Zeit formuliert, als der Kapitalismus erstens ein einheitliches und weltumspannendes System war, und zweitens waren die sozialen und politischen Kräfte, die nicht an Kriegen interessiert waren und gegen ihren Ausbruch kämpften, schwach, unzureichend organisiert und konnten die Imperialisten daher nicht zwingen, den Frieden zu wahren.

Solange der Imperialismus existiert, bleibt natürlich die ökonomische Grundlage für die Entstehung von Kriegen erhalten, und deshalb müssen alle Friedenskräfte wachsam bleiben. Unter den neuen Bedingungen, unter denen sich das allmächtige Lager des Sozialismus gebildet hat, unter denen die Bewegung des ganzen Volkes für den Frieden in allen Ländern wächst und unter denen neben so-

zialistischen Ländern noch andere friedensliebende Staaten existieren, ist die Verhinderung eines neuen imperialistischen Weltkriegs, zu einer realen Möglichkeit geworden“.

*Geschichte der KPdSU, Moskau, 1960. S.800-801.
Spanische Ausgabe*

Der XX. Kongress erklärte auch den Frieden zur Hauptaufgabe in der internationalen Politik der UdSSR; er trat eindeutig für den friedlichen und parlamentarischen Weg zum Sozialismus ein, erklärte die Diktatur des Proletariats in der UdSSR für beendet und stellte fest, dass man nun mit dem Übergang zum Kommunismus beginnen könne, da die gesellschaftlichen Widersprüche praktisch verschwunden seien. Kurz gesagt: Er beschloss eine ganze Reihe von politischen Ausrichtungen, die wenig mit denen von Lenin und Stalin zu tun hatten und sich um Versöhnung mit dem Imperialismus bemühten.

Um diesen „Neuen Kurs“ durchsetzen zu können, kam es zu einer Säuberung in der Parteiführung: Von den 19 höchsten Führungspositionen, also von den Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Präsidiums des ZK und Sekretären des ZK wurden sechs von ihrer Funktion entbunden. Dies betraf Malenkow, Kaganowitsch, Molotow, Schepilow, Bulganin und Saburow. Die ersten vier wurden auch aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und ein vorheriges Mitglied des Präsidiums (Perwuchin) wurde zu einem stellvertretenden Mitglied degradiert. Außerdem wurde der Verteidigungsminister, Marschall Schukow, entlassen.

Der sowjetische Revisionismus stieß auf starken Widerstand in der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens (PAA), wie die 81. Konferenz der Kommunistischen Parteien vom 10. November bis zum 1. Dezember 1960 in Moskau zeigte. Bemerkenswert ist die Rede des Genossen Enver Hoxha, der am 16. November den Vorsitz der PAA-Delegation inne hatte, die Chruschtschowschen Positionen angriff und Stalin verteidigte:

„Genosse Chruschtschow und der 20. Parteitag fällt in diesem Zusammenhang über Genossen Stalin ein hartes und ungerechtes Urteil. Genosse Stalin und sein Werk gehören jedoch nicht allein der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem Sowjetvolk, sondern uns allen. (...) Weshalb wur-

de dann Genosse Stalin auf dem 20. Parteitag ohne vorherige Beratung auch mit den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt verurteilt? Warum wurde vor den kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt Stalin plötzlich „in Acht und Bann“ erklärt und warum erfuhren viele Bruderparteien dies erst, als der Imperialismus den Geheimbericht Chruschtschows massenweise druckte?“

*Enver Hoxha: Rede im Namen des ZK der PAA auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 16. November 1960, Verlag Roter Morgen
Seiten 75f.*

An diesem Punkt müssen wir nach den Ursachen fragen, die die Entartung der bolschewistischen Partei verursacht haben, sowie nach den Vorgängen in den anderen kommunistischen Parteien auf der Welt. Die Antwort ist äußerst komplex und wir heben hier lediglich einige Beobachtungen hervor, die eingehend untersucht und analysiert werden müssen.

Zunächst ist festzuhalten, dass sich eine kommunistische Partei nie in einem Vakuum entwickelt. Ganz im Gegenteil ihre Arbeit besteht gerade darin, eine enge Beziehung zu den Volksmassen herzustellen und sich ein genaues Bild von ihren Ideen, Gefühlen und ihren Stimmungen zu machen. Die Massen aber sind keine Kommunisten, unter ihnen finden sich alle möglichen Elemente. Die Partei und mit ihr auch ihre Mitglieder sind sehr unterschiedlichen ideologischen Einflüssen ausgesetzt. Ein zweiter Aspekt, der berücksichtigt werden muss, ist die klassenmäßige Zusammensetzung der kommunistischen Partei. Die Arbeiter bilden tendenziell ihre Mehrheit, aber auch Intellektuelle aus dem Kleinbürgertum und Selbstständige treten ihr bei. Zuletzt muss berücksichtigt werden, dass eine kommunistische Partei - auch wenn sie an der Macht ist - sich nicht außerhalb des Klassenkampfes stellen kann, der sich unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus entfaltet.

All dies wirkte auf die bolschewistische Partei ein und führte zu intensiven Debatten bis hin zu fraktionellen Auseinandersetzungen. Der demokratische Zentralismus verhinderte nicht, dass der Gang des gesellschaftlichen Lebens auch auf das innere Leben der Partei wirkte. Diese Aspekte zu ignorieren würde bedeuten, das grundlegende Prinzip des di-

alektischen Materialismus zu ignorieren. Es gibt keine monolithischen Kommunisten. Wir alle sind von einem ständigen Kampf der Gegensätze gezeichnet; dem Kampf zwischen kommunistischen Prinzipien, ideologischen Eigenheiten des Kleinbürgertums und den bürgerlichen Vorurteilen, die uns von der herrschenden Klasse auferlegt wurden. Diese Widersprüche zu überwinden ist keine leichte Aufgabe. Sie erfordert politische und ideologische Bildung, revolutionäre Disziplin und stetige Selbstkritik. Von den Leitungsgremien verlangt dieser Kampf, ständige und unnachsichtige revolutionäre Wachsamkeit zu üben. Hierbei geht es nicht um eine Kontrolle des Lebens aller Parteimitglieder im Stile der katholischen Inquisition, sondern viel mehr darum, Methoden zu entwickeln, um Einstellungen und Verhaltensweisen zu identifizieren, die der Partei schädlich sind.

Dies ist ein Aspekt, der unserer Ansicht nach im Leben einer kommunistischen Partei häufig vernachlässigt wird. Es ist wichtig, Bande der Brüderlichkeit, Bande gegenseitiger Solidarität unter den Genossen herzustellen. Es geht nicht darum, dass wir alle Freunde sein müssten, aber es ist notwendig, emotionale Beziehungen aufzubauen, um Genossen, die Zweifel entwickeln, zu helfen.

Um den Faden unseres Themas wieder aufzunehmen: Ab dem oben beschriebenen XX. Parteitag rutschte die KPdSU unaufhaltsam in das Tal des Revisionismus. Dass Chruschtschow schließlich unehrenhaft seiner Position enthoben wurde, änderte an dieser Lage nichts. Obwohl die UdSSR ein Bezugspunkt für Millionen von Arbeitern blieb, entfernte sich ihre Praxis von jedem revolutionären Anspruch. Die überwiegende Mehrheit der kommunistischen Parteien folgte dem Weg, der ihnen von der Partei gewiesen wurde, die über Jahrzehnte ihr unbestrittenes Vorbild war. Aber innerhalb der kommunistischen Organisationen erhoben sich abweichende Stimmen, wie es bereits vor und während des Ersten Weltkriegs geschehen war. Ehrliche Kommunisten stellten die offiziellen Entscheidungen in Frage und brachen schließlich mit den revisionistischen Ausrichtungen. Es war eine schwierige und schmerzhaft Entscheidung, aber notwendig. In unserem Land beschlossen die Genossen und konsequenten Kommunisten Raúl Marco und Elena Ódena mit der Führung der PCE zu brechen und gründeten 1964 die Kommunisti-

sche Partei Spaniens (Marxisten-Leninisten), die immer die Flagge des Kampfes für den Sozialismus und die Republik hoch gehalten hat.

Der Zerfall der UdSSR im Jahr 1991, das Verschwinden des sogenannten „Realsozialismus“ in Osteuropa und der Fall des sozialistischen Regimes in Albanien, stellen nicht nur für alle Kommunisten, sondern für die Völker der Welt einen schrecklichen Schlag dar. Die Bourgeoisie hat diese Gelegenheit, zu versuchen, den Kommunismus endgültig zu begraben, nicht verstreichen lassen. Das ist ihr nicht gelungen, aber sie war in der Lage, tiefen Antikommunismus in den Reihen der Arbeiterklasse zu säen. Als Parteien und Organisationen, die die IKMLPO bilden, haben wir eine schwierige und komplizierte Aufgabe vor uns. Eine dieser Aufgaben besteht darin, eine umfassende Analyse dessen durchzuführen, was in der UdSSR zwischen 1917 und 1991 passiert ist. Wir müssen Lehren aus dieser historischen Erfahrung ziehen, die uns in Zukunft als Orientierung und bei der Vermeidung der begangenen Fehler helfen.

Angesichts der vor uns liegenden Aufgaben schlägt unsere Partei der IKMLPO die Bildung einer Kommission vor, um eine eingehende Studie der Geschichte der Sowjetunion und der sogenannten Volksdemokratien durchzuführen, und zu klären worin die Ursachen, die zur Entartung des Sowjetstaates und seinem endgültigen Zerfall 1991 führten, liegen. Wir glauben, dass diese Aufgabe unaufschiebbar ist, um der bürgerlichen Propaganda entgegenwirken zu können und junge Kommunisten auszubilden.

Wir halten es auch für wesentlich, dass alle marxistisch-leninistischen Parteien ihre Mitglieder politisch und ideologisch gründlich ausbilden. Ohne theoretische Bildung, keine revolutionäre Praxis. Offensichtlich kann damit nicht gemeint sein, Zitate aus den Texten marxistischer Klassiker auswendig zu lernen, sondern nur die Lehren des historischen Materialismus und dialektischen Materialismus zu verstehen und anzuwenden. Je größer die marxistische Bildung eines Genossen ist, desto weniger anfällig wird er sich für den Revisionismus und die ideologische Propaganda der herrschenden Klassen erweisen.

Das Feuer, das im Oktober 1917 in der Stadt Petrograd, entzündet wurde, brennt weiter in uns und erleuchtet unseren Weg. Das Ende der Sowjetuni-

on ist nicht das Ende des Sozialismus. Es stellt keinen Punkt am Ende unserer Geschichte dar, wie es sich die Bourgeoisie wünscht. Ein Zusammenspiel äußerst komplexer Umstände führte zum Zusammenbruch der UdSSR, aber sie hinterlässt uns eine unauslöschliche Lektion: Ein Leben ohne Ausbeu-

tung ist für alle möglich. Ein Leben, in dem Solidarität, Würde und Freiheit die Werte sind, die unsere Existenz prägen.

KOMMUNISTISCHE PARTEI SPANIENS (MARXISTEN-LENINISTEN)

TÜRKEI

Engels: Propagandist und Organisator

„Es ist mein Schicksal, dass ich den Ruhm und die Ehre ernten muss, deren Saat ein Größerer als ich, Karl Marx, ausgestreut hat. Und so kann ich nur geloben, den Rest meines Lebens im aktiven Dienst des Proletariats so zu verbringen, dass ich womöglich mich jener Ehren noch nachträglich würdig mache.“¹

Engels ist bekannt als Wissenschaftler, Philosoph und Mitbegründer der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus und man kennt ihn hauptsächlich durch diese Eigenschaften. Tatsächlich hat er auf all diesen Gebieten Beiträge geleistet, die den Horizont erweitert und ihren Wert bis heute beibehalten haben. Man kann jedoch die Bedeutung dieser Werke nicht erkennen, wenn man die zur Zeit ihres Entstehens herrschenden Bedingungen nicht berücksichtigt. Wenn man diese Verbindung nicht zur Grundlage für die Anforderungen des Klassenkampfes und für Engels' Studien macht, wird man glauben, auch Engels habe wie viele andere Philosophen geschrieben, um „die Menschen aufzuklären“ und „Beiträge zum Universum der Gedanken“ zu leisten. Dabei ist jedes seiner Werke entweder

Antwort auf bürgerliche und kleinbürgerliche Attacken gegen den dialektischen und historischen Materialismus. Oder sie stellen eine umfangreiche Kritik an den philosophischen und politischen Vorstellungen dar, die man in den Reihen des Proletariats zu verbreiten versuchte. In diesem Text möchten wir den Zusammenhang zwischen den Aktivitäten von Engels als Organisator und Propagandist und seinen Werken hervorheben.

Theorie der Organisierung

Auch wenn es hauptsächlich von Marx verfasst wurde, war das „Kommunistische Manifest“ das Produkt ihrer Zusammenarbeit. Der Bund der Kommunisten beauftragte sie mit dem Verfassen eines solchen Programms. Dass er nicht das Ziel verfolgte, sich als eine Partei zu organisieren, sondern viel mehr die „kommunistische Idee“ zu verbreiten, ging aus dem ersten Artikel seiner Satzung hervor. Marx und Engels kämpften insbesondere für die Änderung dieses in den Statuten festgehaltenen Ziels. So erreichten sie es, dass der betreffen-

de Artikel geändert wurde. Die Neufassung lautete: „Das Ziel des Bundes ist, die Bourgeoisie zu stürzen, die Herrschaft des Proletariats aufzubauen, die alte, auf der Gegensätzlichkeit der Klassen beruhende bürgerliche Gesellschaft abzuschaffen und eine neue Gesellschaft ohne Klassen aufzubauen.“ Anschließend spielten sie eine führende Rolle dabei, dass der Bund der Kommunisten, der sein Ziel und seine Existenz geheim hielt und wie „Verschwörer im Untergrund“ agierte, offen unter dem Namen „Kommunistische Partei“ auftrat. Für die Mitglieder des Bundes der Kommunisten stellte sich die Frage nicht, was jenseits des Bundes notwendig sein könnte. Sich gegen sie zu stellen und für die Idee der kommunistischen Partei des Proletariats einzutreten, war zu jener Zeit ein außerordentlicher revolutionärer Schritt. Denn dieser Schritt ging viel weiter als eine einfache Umbenennung und hob das politische Ziel der Organisation auf „Machtübernahme, Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft und Aufbau der klassenlosen Gesellschaft“.

In dem Prozess, der zum Kommunistischen Manifest führte, schrieb Engels den „Entwurf eines Kommunistischen Glaubensbekenntnisses“, in dem er zeigte, worin sich der wissenschaftliche Kommunismus vom utopischen bzw. kleinbürgerlichen Sozialismus unterscheidet. Darin verwies er auch auf die Bedingungen, unter denen das Proletariat entstand sowie auf dessen Unterscheidungsmerkmale von früheren werktätigen Klassen. Während er am Entwurf schrieb, führte er einen regen Briefverkehr und unendliche Diskussionen mit Marx. Er hatte die Organisation und Mobilisierung des Proletariats entlang eines revolutionären Programms stets als ein Hauptanliegen im Blick.

In dieser Hinsicht war das Manifest viel mehr als lediglich das Programm für eine Organisation, aus der man eine Partei entstehen lassen wollte. Es ist ein grundlegendes Dokument, das die historisch-theoretischen Aspekte des Klassenkampfes sowie die Kritik an vielen Gruppierungen von selbsternannten Sozialisten und Kommunisten umfasste und hauptsächlich das Endziel des Proletariats offenbarte. In seinen Reden, die er in dieser Zeit auf Kongressen und Konferenzen hielt, in seinen Briefen und Resolutionen zeigte sich Engels als ein

klassenbewusster Musterrevolutionär des Proletariats.

Marx und Engels übten nicht nur eine theoretische Kritik an sämtlichen zuvor aufgetretenen Formen des Sozialismus, sondern waren auch aktiv an der Arbeit der Klassenorganisationen jeder Art beteiligt, die das Ziel der Bereinigung ihrer Reihen von sämtlichen veralteten Denkweisen und Politikformen verfolgten. Das einzige Ziel ihrer Arbeit war die Schaffung einer proletarischen Armee, die sich weltweit unter der Flagge des Kampfes vereinigte.

Der Zusammenhang von organisiertem Kampf und Theorie Anti-Dühring

Engels sagt zu seinem Werk „Anti Dühring“, welches Lenin später als Enzyklopädie des Kommunismus beschreibt, folgendes im Vorwort:

„Die nachfolgende Arbeit ist keineswegs die Frucht irgendwelches »innern Dranges«. Im Gegenteil. Als vor drei Jahren Herr Dühring plötzlich als Adept und gleichzeitig Reformator des Sozialismus sein Jahrhundert in die Schranken forderte, drangen Freunde in Deutschland wiederholt auf mich ein mit dem Wunsch, ich möchte diese neue sozialistische Theorie im Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, damals dem »Volksstaat«, kritisch beleuchten. [...] Die neue sozialistische Theorie trat auf als letzte praktische Frucht eines neuen philosophischen Systems. Es galt also, sie im Zusammenhang dieses Systems, und damit das System selbst zu untersuchen [...] Auch fanden sich Leute, die sich schon anschickten, diese Doktrin in popularisierter Form unter den Arbeitern zu verbreiten.“

Dass die Ansichten von Dühring nicht mehr nur noch einige Intellektuelle innerhalb der Partei beschäftigten, sondern auch Fuß innerhalb der Arbeiterklasse fassten, brachte Engels dazu, seine restlichen Arbeiten beiseite zu legen und sich diesem Thema zu widmen. „Anti Dühring“ ist, wie alle anderen Werke von Marx und Engels, aus den Bedürfnissen des Klassenkampfes entstanden.

E. Dühring gewann mit seinen „originellen Ansichten“ an Bedeutung, als sich die deutsche Arbeiterbewegung und der Kampf der deutschen Partei erheblich weiterentwickelt hatte. Dass er genau zu

solch einem Zeitpunkt aufgetaucht ist, erklärt, dass die Marxisten ihn ernst genommen und eine Kritik gefordert haben. Das Manifest verfolgte das Ziel, das für die Gründung und Weiterentwicklung einer Partei des Proletariats notwendige Bewusstsein zu fördern. „Anti Dühring“ entstand hingegen zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie bereits einen gewissen Stand erreicht hatte, um diese auf theoretischer Ebene zu stärken und sie vor allem von Lassalleschen Einflüssen zu befreien. Vergleicht man beide Werke, stellte das Erstere einen Schritt für die Gründung einer weltweiten Partei dar. Das Letztere sollte hingegen die theoretische Grundlage in ihrem gesamten Umfang erklären.

„Anti-Dühring“ hatte außerdem die Aufgabe, die Einigung, die auf dem Gothaer Kongress 1875 entstand, politisch und ideologisch zu stärken. Wie Engels anmerkte, wurde die vereinigte Arbeiterpartei schnell zu einer starken Kraft und der Kampf gegen ideologische und theoretische Unklarheiten, die diese neue Einigung gefährden könnten, gewann an Bedeutung. Das Werk „Anti Dühring“ hat wichtige Beiträge dazu geleistet, dass die Parteimitglieder den historischen Auftrag der Arbeiterklasse erkannten und die Partei ihren revolutionären Charakter nicht verlor.

Dialektik der Natur

„Dialektik der Natur“ umfasst zahlreiche Arbeiten, unter denen Friedrich Engels die zu seiner Zeit naturwissenschaftlichen Fortschritte in Verbindung mit den Ansichten aus der Dialektik und dem historischen Materialismus betrachtete. Darüber hinaus war sein Ziel es, „die Dialektik in der Natur zu finden“.

Ab Mitte des 19. Jahrhundert kam es in der Mathematik, in der Astronomie, in der Physik, in der Chemie und in der Biologie zu neuen Erfindungen und Erkenntnissen. Es wurden neue Annahmen und Theorien aufgestellt und neue Fachrichtungen entstanden. Im Zuge dessen erkannte Engels den Widerspruch zwischen der dialektischen Natur in den Fortschritten in der Wissenschaft und der von Wissenschaftlern angewendeten metaphysischen Methode. Diesen Widerspruch sah er als Problem, welches es zu lösen galt. Deshalb bewertete er in „Dialektik der Natur“ zahlreiche neue wissenschaftliche Erkenntnisse und versuchte, sie alle als

dialektisch zu verallgemeinern. Deshalb hatte er in „Dialektik der Natur“ viele wissenschaftliche Daten auszuwerten und die Resultate auf dialektische Weise zu verallgemeinern. So entstand das Werk als Anleitung für die Wissenschaft und für Wissenschaftler, ihre Forschungen mit Hilfe von dialektischen Grundsätzen anzustellen.

In einem Brief an Engels schrieb Marx im Jahr 1867, als er am Kapital arbeitete:

„Du wirst übrigens aus dem Schluss meines Kapitels III, wo die Verwandlung des Handwerksmeisters in einen Kapitalisten – in Folge bloß quantitativer Änderungen – angedeutet wird, ersehnen, dass ich dort im Text Hegels Entdeckung über das Gesetz des Umschlags der bloß quantitativen Änderung in qualitative citire als gleich bewährt in Geschichte u. Naturwissenschaft.“

Sie waren sich einig und Engels führte seine Arbeiten fort, mit Blick darauf, die verschiedenen Bereiche der materiellen Welt unter einer gemeinsamen Ontologie zu vereinen. So sollten drei verschiedene Bereiche - Natur, Gesellschaft und Mensch - als ein Gesamtes betrachtet werden, die mit denselben Grundsätzen begründbar sind. Für sie alle sollten gemeinsame allgemeine Gesetze und Grundregeln festgelegt werden. Dies waren die Gesetze der Dialektik.

Im Vorwort der zweiten Auflage des „Anti-Dühring“ schreibt Engels:

„Marx und ich waren wohl ziemlich die einzigen, die aus der deutschen idealistischen Philosophie die bewußte Dialektik in die materialistische Auffassung der Natur und Geschichte hinübergerettet hatten. Aber zu einer dialektischen und zugleich materialistischen Auffassung der Natur gehört Bekanntschaft mit der Mathematik und der Naturwissenschaft.“

Eine Besonderheit, die es bei dem Werk zu beachten gilt, ist, dass es zahlreiche wissenschaftliche Probleme seiner Zeit mit der dialektischen Methode gelöst hat. Durch seine methodische Überlegenheit und durch seine logische Voraussicht schaffte Engels es, viele Entwicklungen im Vorhinein abzu sehen und für Probleme, die die Wissenschaft zu dem Zeitpunkt nicht lösen konnte, abstrakte Lösungen zu finden.

Einige Beispiele dafür: Im Gegensatz zu Wissenschaftlern seiner Zeit hat Engels die Komplexität des Atoms verteidigt: *„Nun aber gelten die Atome keineswegs für einfach oder überhaupt für die kleinsten bekannten Stoffteilchen.“*

Die heutige Theorie über den Aufbau der Teilchen bestätigt die Ansichten Engels über die Unerschöpflichkeit und Komplexität des Atoms und über die subatomaren Teilchen. Die heutige Elementarteilchentheorie hat Engels' (und später Lenins) Annahmen zur Unerschöpflichkeit des Atoms und des Neutrons gänzlich bestätigt.

Engels hat den Begriff der Materie als Einheit der Schub- und Zugkraft untersucht und dabei gezeigt, dass die Materie keine Masse ohne Bewegung sein kann, was spätere Forschungen belegten.

Die Forschungen Max Plancks, Niels Bohrs und Louis de Broglies in der Physik bestätigten die dialektischen Annahmen über die Beständigkeit der Materie und die Einheit der Gegensätze.

Albert Einsteins Relativitätstheorie hat die philosophischen Thesen Engels über die Materie, Bewegung, Zeit und das Weltall wissenschaftlich bewiesen.

Neben der Kybernetik haben auch zahlreiche andere neue Wissenschaftszweige, wie die Thermodynamik, die Biochemie, die Geophysik, die Astrobiologie u.ä., gezeigt, dass durch die Zusammenführung verschiedener Wissenschaften große Erfolge erzielt werden, wie Engels es prognostiziert hatte.

Engels hat die einzelnen Arbeiten zu den Hauptthemen in „Dialektik der Natur“ in der Zeit von 1873 bis 1886 verfasst. Das Werk umfasste allerdings - aufgrund der damaligen Wichtigkeit des „Anti-Dühring“ - nur Sammlungen von Daten und Diskussionen mit verschiedenen Wissenschaftlern. Aus diesen entstand die „Einleitung“. Nach Marx' Tod musste er sich dann gänzlich der Veröffentlichung des Kapitals und seinen Aufgaben innerhalb der Arbeiterbewegung widmen. Da er seine wissenschaftlichen Arbeiten nicht fortführen konnte, konnte er auch nicht weiter an „Dialektik der Natur“ arbeiten und so wurden auch die bereits geschriebenen Teile zu seinen Lebzeiten nicht veröffentlicht. „Dialektik der Natur“ wurde folglich erstmals 1925 in der Sowjetunion gedruckt. Jedoch wusste Lenin zu dem Zeitpunkt nicht von dem Werk und seinen Thesen und so verfasste er

eigenständig sein Werk „Materialismus und Empirio-kritizismus“, worin er mit denselben Methoden wie Engels zahlreiche Grundfragen beantwortete und zu denselben Ergebnissen kam wie in „Dialektik der Natur“.

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats

„Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, welches Lenin als *„eines der Hauptwerke für den modernen Sozialismus“* bezeichnete, wurde 1884 verfasst. Engels erklärte in dem Werk einerseits die Entwicklung der Menschheit in der Frühzeit, die Gründe der Klassenentstehung und die Entstehung des Staates als Instrument der Klassenherrschaft aus materialistischer Sicht. Andererseits zeigte er, dass die bürgerlich-demokratische Republik eine Form der Klassenherrschaft der Kapitalisten ist. Dies war von größter Bedeutung, um den Zusammenhang zwischen dem bürgerlichen Staat und dem Parlamentarismus und Republikbegriff - welche zu dem Zeitpunkt unter den Sozialdemokraten eine verbreitete Diskussion war - aufzuzeigen. Im Bereich der Politik wurden von opportunistischen Kräften parlamentarische und reformistische Illusionen verbreitet. Gegen diese wurde der marxistische Standpunkt zum ersten Mal in diesem Werk aus seinen historischen Grundlagen erklärt.

In dem Werk wurden zum ersten Mal die Stellung der Frau in verschiedenen Gesellschaftsordnungen im Zusammenhang mit der Ehe und der Familie untersucht. Engels hat bewiesen, dass die Frau vor der Klassenentstehung gleichgestellt war und ihre Gleichstellung erst mit Aufkommen der Aneignung der Produktionsmittel aufgehoben wurde. So bewies er, dass der Unterdrückung der Frau die auf Ausbeutung beruhenden ökonomischen Verhältnisse zugrunde liegen. Engels hat außerdem gezeigt, dass sich die Ehe, so wie jede andere soziale Ordnung, mit den ökonomischen Bedingungen und Eigentumsverhältnissen verändert und in der kapitalistischen Gesellschaft in Auflösung befindet. Diese grundlegenden Thesen leisteten einen entscheidenden Beitrag zur ideologischen Entwicklung der sozialistischen Frauenbewegung.

Das Werk spielte außerdem eine große Rolle darin, den wissenschaftlichen Sozialismus innerhalb der

Sozialkritik zu verbreiten.

Studien über die Staatstheorie

Als die Staatsfrage - auch durch den Einfluss des Anarchismus - innerhalb der politischen Praxis zu einem internationalen Diskussionsthema wurde, fokussierte sich Engels im Hinblick auf die Staatstheorie auf die Theorie der proletarischen Revolution und die Frage der Verbündeten des Proletariats während der Revolution.

Engels hat unterstrichen, dass er der Ansicht, der bürgerliche Staat stünde über den Klassen und sei ein Instrument, dessen man sich bei der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zum Sozialismus bedienen könne, kompromisslos widerspricht. Er erklärte, dass selbst eine bürgerlich-demokratische Republik wie die Vereinigten Staaten, die zu dieser Zeit viele Sozialdemokraten beeindruckte, nur eine Form von bürgerlicher Diktatur ist, die die „Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“ verkörpert.

Allerdings hat er auch darauf verwiesen, dass die demokratische Republik die vorteilhafteste Staatsform für das Proletariat unter der Herrschaft der Bourgeoisie ist. So wie Marx sah Engels, „dass die demokratische Republik [...] weiter nichts ist als der Kampfplatz, worauf die entscheidende Schlacht zwischen Bourgeoisie und Proletariat geschlagen wird.“ In dem Zusammenhang kritisierte er, dass aus dem Entwurf des Erfurter Programms nicht klar genug hervorgeht, dass die semi-konstitutionelle Monarchie gestürzt und durch die demokratische Republik ersetzt werden muss.

Diese Kritik richtete sich neben den Reformisten genauso stark an die Anarchisten. Engels kämpfte genauso konsequent gegen all jene, die sich abgekoppelt von der Massenbewegung in Abenteuer und Revolutionsversuche stürzten: „Die Zeit der Überempelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten“.

Arbeiten zum Gothaer und zum Erfurter Programm

Der Entwurf für das Gothaer Parteiprogramm 1875, welches die Anhänger Lassalles und die Marxisten vereinen sollte, war voller Konzessionen gegenüber Lassalles Anhängern und voller lassallescher Irrtümer. Marx kritisierte dies aufs Schärfste. Diese Kritik ermöglichte, dass zahlreiche fehlende oder missverständliche Thesen des Marxismus geklärt wurden. Auch Engels hat das Programm in einem langen Brief an Bebel kritisiert. Marx' und Engels Kritik wurde vor den Parteien geheim gehalten und das Programm wurde ohne Änderung auf dem Kongress beschlossen. Die Kritiken, die lange Zeit nicht an die Öffentlichkeit kamen, ließ Engels 1891 unter dem Titel „Kritik des Gothaer Programms“ veröffentlichen. Sie wurden zur Grundlage des Erfurter Programms, das 1891 auf dem Kongress beschlossen wurde. In seiner Kritik nutzte Marx für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus den Begriff der Diktatur des Proletariats.

Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie

Engels hat im Jahr 1866 sein Werk „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, welches aus 4 Teilen bestand, zu Ende verfasst. Lenin bewertete dieses als genauso wichtig wie das Manifest. Denn das Werk entstand als Antwort auf den philosophischen Idealismus, der zu dem Zeitpunkt in Deutschland wieder Bedeutung erlangte und innerhalb der Partei für gewisse Sozialdemokraten den ideologischen Nährboden für die Entwicklung des Opportunismus schuf.

Der dritte Teil des Werks „Feuerbachs Religionsphilosophie und Ethik“ umfasst grundlegend die marxistische Kritik an Feuerbachs Ansichten. Dieser galt als letzter Meister des alten Materialismus. Engels hat darin Feuerbachs Gedanken zu gesellschaftlichen Beziehungen, die er auf Liebe, Religion etc. usw. aufbauen wollte, anhand seines Begriffs des „abstrakten Menschen“ kritisiert. Er hat aufgezeigt, dass Feuerbach im Namen des Materialismus versucht, eine neue Religion zu schaffen und hat somit in großem Maße dazu beigetragen, dass Revolutionäre sich im Geiste der materialistischen Philosophie bilden.

Die Bauernfrage

Engels hat als Voraussetzung für die erfolgreiche Revolution erkannt, dass die Werktätigen, die keine Arbeiter sind - vor allem die werktätigen Bauern - gewonnen werden müssen. Besonders in Frankreich, welches eine große Bauernbevölkerung besaß, sah er „*dass für sie kein dauernder Sieg möglich ist, es sei denn, sie gewinnen vorher die große Masse des Volks*“. Dass dieses Thema innerhalb der sozialistischen Bewegung von vielen belächelt wurde und die opportunistischen Fehler, die einige Parteien bei der Bauernfrage machten, bewegte Engels dazu, an dem Thema zu arbeiten. Eines seiner letzten und wichtigsten Werke war „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, welches er Ende 1894 verfasste. Engels hat außerdem die opportunistischen Versuche verurteilt, sich mit der gesamten Bauernschaft einschließlich der reichen Bauern, die Lohnarbeit ausnutzen, zu verbünden.

Der Kampf gegen den Anarchismus in der I. Internationale

Die Vertreter des Anarchismus hatten die Beschlüsse, die nach der Pariser Kommune auf der Hauptversammlung der Internationalen gefasst wurden, nicht anerkannt und die Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen aufgerufen, Widerspruch dagegen einzulegen, was zum Chaos in den Reihen der Arbeiterklasse geführt hat. Gleichzeitig hatten die Blanquisten und die Anhänger Lassalles innerhalb der Internationale an Einfluss gewonnen. Daraufhin verfasste Engels an die Organisationen in Italien, Spanien und Belgien, die in seinem Zuständigkeitsbereich waren, Briefe, in denen er die Blanquisten kritisierte und die gefassten Beschlüsse verteidigte. Darin erklärte er, die Erfahrungen und Lehren aus der Kommune würden den Anarchismus verurteilen und die Diktatur des Proletariats und eine Arbeiterpartei seien notwendig.

Auf der Tagung konnte die Verabschiedung eines hauptsächlich von Engels verfasstem Grundsatzbeschlusses über den „Politischen Einfluss der Arbeiterklasse“ durchgesetzt werden. Darin wurde festgestellt, dass es „*im Hinblick auf die soziale Revolution und ihr Endziel unumgänglich sei, dass sich die Arbeiterklasse als eine politische Partei organisiert*“.

Auf dem Haager Kongress wurde beschlossen, dass die Diktatur des Proletariats die Bedingung für die sozialistische Revolution ist und dass dies nur unter der Führung revolutionärer Arbeiterparteien geschehen und gesichert werden kann. Engels' Formulierung wurde somit auf der Tagung in London in die Satzung der Internationalen aufgenommen. Mit dem Sieg, den der wissenschaftliche Kommunismus in Den Haag erringen konnte, wurde die Ausarbeitung der gemeinsamen ideologischen, politischen und organisatorischen Ideen und Grundsätze der Arbeiterbewegung im Rahmen der internationalen Arbeiterassoziation zum Abschluss gebracht. Somit war die entscheidende Bedingung geschaffen, unter der sich in verschiedenen Ländern sozialistische Parteien formieren konnten.

Zur Wohnungsfrage

Im Zuge seines Kampfes gegen die Preußische Ideologie, den Lassalleismus und den in den Reihen der Eisenacher Partei herrschenden Vulgärdemokratismus lieferte Engels seine erste lückenlose Analyse des Bismarck'schen Bonapartismus. Bismarcks Thesen, der Staat stünde über den Klassen und könne deshalb die Rechte aller Klassen und Schichten schützen, entgegnete Engels, diese Regierung sei ein Pseudo-Konstitutionalismus: „*Die wirkliche Regierungsgewalt [liegt] in den Händen einer besondern Offiziers- und Beamtenkaste, die sich in Preußen teils aus sich selbst, teils aus dem kleinen Majoratsadel, seltener aus dem großen Adel, zum geringsten Teil aus der Bourgeoisie ergänzt*“.

Dass Engels es in seinen Schriften immer wieder schafft, den Zusammenhang zwischen den aktuellen Fragen des Klassenkampfes und Elementen des wissenschaftlichen Kommunismus zu beleuchten, wurde besonders in seiner Schriftenreihe „Zur Wohnungsfrage“ deutlich, welche im „Volksstaat“ erschien. Die rasche Ausbreitung der Industrie und die Ballung des Proletariats in den Industriezentren haben dazu geführt, dass die Behausung der Arbeiterklasse Anfang der 70er Jahre miserable Zustände erreicht hat. So haben die Sozialreformisten begonnen bezüglich der Wohnungsfrage und der Arbeiterfrage allgemein Propaganda für verschiedene Projekte zu machen. Jedoch haben all diese Projekte mit großer Sorgfalt davon abgesehen, das

kapitalistische Eigentum und die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu thematisieren.

Engels hat aufgezeigt, dass jegliche einseitige Verabsolutierung und Favorisierung von sozialen Maßnahmen dazu dient, die Ausbeutung zu verdecken. Engels' Untersuchungen schlossen damit ab, dass er zeigte, dass die proletarische Klassenherrschaft nicht durch eine reformistische Politik ersetzt werden kann. So sagte er: *„nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d.h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht.“*

Orientfrage

Nach der Schriftenreihe „Revolution und Konterrevolution“ haben die sich zuspitzenden Widersprüche im Nahen Osten Engels dazu bewogen, an der „Orientfrage“ weiterzuarbeiten. Nach einer kurzen Pause hat er sich diesem Thema im Herbst 1853 - auch auf Wunsch von Marx - gewidmet und während des Krimkriegs zwischen Russland und der Türkei (1853-1856) dazu gearbeitet. Die Orientfrage und der Krieg zwischen den Großmächten war voller komplexer Widersprüche, unter denen sich das Osmanische Reich teilte, und das von der Feudalmacht unterdrückte Balkanvolk seinen Befreiungskampf führte. Ihn interessierten vor allem die Fragen, welche Position England im Krieg zwischen der Türkei und Russland einnehmen wird und welchen Einfluss die Beziehungen unter den reaktionären Despotenregimes auf die europäische Arbeiterbewegung haben würden.

Diese Schriften haben bis heute ihren Wert behalten, wenn es darum geht die nationale Frage oder den Einfluss von Konflikten zwischen Großmächten aus Sicht des Klassenkampfes zu beantworten.

DIE LEHREN AUS DEM KRIMKRIEG

Engels veröffentlichte in den ersten Kriegsmonaten neben vielen weiteren Artikeln zwischen November und Dezember 1853 in der „New-York Daily Tribune“ Artikel wie „Operationen der Heere in der Türkei“, „Der Heilige Krieg“, „Der Verlauf des türkischen Krieges“ und „Der Krieg an der Donau“. Diese Artikel zeigten zum einen Engels tiefgreifen-

de Expertise in Militärfragen auf und analysierten zum anderen, welche Bedeutung die aus den Beziehungen der Großmächte hervorgehenden weltweiten Probleme für die Arbeiterbewegung haben. Die Artikel lieferten einzigartige Beispiele dafür, welche Aspekte durch Ereignisse wie den Krieg verstärkt werden, die das komplexe Beziehungsgeflecht vereinfachen viele Widersprüche deutlich machen. Sie enthalten auch theoretische Verallgemeinerungen über den Klassencharakter des Krieges, seine historischen wirtschaftlichen Ursachen, sichtbaren Konsequenzen und oft widersprüchliche Natur.

In seinen wissenschaftlichen Untersuchungen räumte Engels dem militärischen System viel Raum ein. Er sah die Kompetenz in der Kunst des Krieges als eine notwendige Voraussetzung für die Vorbereitung auf die Kriege, die die proletarische Partei in naher Zukunft gegen die Reaktion führen wird.

Krieg und Frieden

Engels sah, dass ein Weltkrieg sowohl die reaktionären herrschenden Klassen erschüttern, aber durch das Wiederaufleben des Nationalismus und des Chauvinismus den Sieg der Arbeiterbewegung verhindern wird. Engels schlussfolgerte daraus, dass die sozialistische Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Völker im Allgemeinen unbedingt den Frieden brauchen, denn das organisierte revolutionäre Proletariat kann sich nur unter Friedensbedingungen optimal auf den Kampf um die Ergreifung der politischen Herrschaft vorbereiten. Somit wurde der Kampf um den Frieden zu einem integralen Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus.

Diese Auffassung war jedoch nicht einer sklavischen Unterwerfung unter einen Eroberer, mit einem „Frieden um jeden Preis“ gleichzusetzen, sodass Engels Verteidigung des Friedens nichts mit bürgerlichem Pazifismus zu tun hatte. So wie er den Kampf um die Demokratie als einen Bestandteil des Kampfes für den Sozialismus wahrnahm, so nahm er auch den Kampf um den Frieden wahr, denn nur in einer sozialistischen Welt können Demokratie und Frieden mit Sicherheit und ununterbrochen gewahrt werden.

Krieg und Revolution

Engels hat oft für die revolutionäre Arbeiterbewegung die Beziehung zwischen Krieg und Frieden behandelt. In einem Krieg sah er sowohl das Potenzial, einer Revolution den Weg zu bereiten, als auch die Revolution zu behindern.

„Der Krieg bringt ihr [dem Proletariat – Anm.d. Verf.] entweder den Sieg in zwei bis drei Jahren oder vollständigen Ruin, wenigstens auf fünfzehn bis zwanzig Jahre. Demgegenüber müssten die deutschen Sozialisten toll sein, wünschten sie den Krieg, bei dem sie alles auf eine Karte setzen, statt den sichern Triumph des Friedens abzuwarten. Noch mehr. Kein Sozialist, von welcher Nationalität auch immer, kann den kriegerischen Triumph weder der heutigen deutschen Regierung wünschen noch den der französischen bürgerlichen Republik, am allerwenigsten den des Zaren, der eins wäre mit der Unterjochung Europas. Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden. Kommt aber der Krieg dennoch, dann ist nur eins sicher: Dieser Krieg, wo fünfzehn bis zwanzig Millionen Bewaffneter sich untereinander abschlachten und ganz Europa verwüsten würden wie nie vorher – dieser Krieg muss entweder den sofortigen Sieg des Sozialismus bringen oder aber die alte Ordnung der Dinge derart von Kopf zu Fuß umstürzen und einen solchen Trümmerhaufen hinterlassen, dass die alte kapitalistische Gesellschaft unmöglicher würde als je und dass die soziale Revolution zwar um zehn oder fünfzehn Jahre hinausgeschoben würde, dann aber auch siegen müsste nach umso rascherem und gründlicherem Verlauf.“²

Schriften über China und Indien – gegen Kolonialismus und nationale Unterdrückung

Ein großer Teil von Engels' Arbeiten in der zweiten Hälfte der 1850er Jahre befasst sich mit der Offenlegung der kolonialistischen Ausbreitung der führenden kapitalistischen Kräfte und den Kämpfen, die die Völker Asiens und Afrikas gegen den Kolonialismus führten.

Marx und Engels verfolgten die nationalen Bewegungen Chinas und Indiens in den 1850er Jahren mit großer Aufmerksamkeit und sahen ein Potenzial in diesen Bewegungen, die materielle Basis des Wohlstands der bürgerlichen Gesellschaft zu zerrütten und den Sieg der sozialen Revolution zu beschleunigen. Sie kritisierten die Kolonialpolitik

der englischen Regierung und das despotische Verhalten der englischen Militärclique gegenüber den Völkern der versklavten Länder scharf.

In vielen Artikeln („Der neue englische Feldzug in China“, „Persien – China“, „Die Erfolge Russlands im Fernen Osten“ u.a.) legte Engels die räuberische Eigenschaft der Annexionspolitik der englischen Bourgeoisie in China offen und prognostizierte, dass diese Politik auf den Widerstand des chinesischen Volkes treffen wird.

Auch der nationale Befreiungskampf des indischen Volkes wurde von den Begründern des Marxismus mit einer großen Sympathie begrüßt. Marx und Engels empfanden Sympathie für den indischen Nationalaufstand 1857 – 1859, während sie zugleich die Gräueltaten der englischen Kolonialherren kritisierten. Engels hat das ganze Jahr 1858 über viele Artikel über die Entwicklung der Auseinandersetzungen des indischen Aufstandes geschrieben, in denen er auch die Gründe für ihren Misserfolg behandelte.

In seiner Analyse der Lage im Land nach der Unterdrückung des Aufstandes sagt Engels, *„jedoch hat diese zweite Eroberung nicht den englischen Einfluss auf das indische Volk erhöht, sondern ganz im Gegenteil seinen Hass auf den Kolonialismus noch weiter gestärkt“*, womit er die ernstzunehmenden Folgen für die englische Herrschaft vorhersagte.

Gemeinsam mit Marx' Schriften bilden die Artikel Engels' über die nationalen Befreiungskämpfe der Völker Asiens und Nordafrikas die Grundlage der marxistischen Sichtweise auf die Kolonialfrage.

Engels nach dem Tode von Marx

Engels musste 1883 nach dem Verlust seines Freundes aus vierzig Jahren gemeinsamen Kampfes auch diejenigen Aufgaben, die Marx seiner Zeit ausführte, allein schultern. Die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung in theoretischen und organisatorischen Fragen auf der einen Seite und die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie durch die Vollendung der theoretischen Arbeiten, die Marx nicht mehr fertigstellen konnte, auf der anderen Seite, wurden seine Hauptbeschäftigungen und füllten seine letzten zehn Jahre vollständig.

Zweite Internationale

Ab Mitte der achtziger Jahre wurden die Stimmen für eine solide internationale Einheit der nationalen Arbeiterparteien und -organisationen lauter. Diese Erwartungen hatten einen objektiven Hintergrund; trotz der unterschiedlichen theoretischen und politischen Reifegrade konnten in vielen europäischen Ländern unabhängige proletarische Organisationen erschaffen werden. Engels, der dem Drängen seiner Freunde auf die Vorbereitung des Aufbaus einer neuen Internationale mit Vorsicht begegnete, war der Auffassung, dass die nächste Internationale *„nicht mehr eine propagandistische Einheit [...] sondern ausschließlich eine Aktionseinheit sein könne“*.

Ende der achtziger Jahre änderte sich die Situation. In allen kapitalistischen Ländern begann der Aufschwung der Arbeiterbewegung, der sich in Streiks ausdrückte, die manchmal sogar den Charakter eines Massenkampfes einnahmen.

Damit eine neue internationale Organisation von Anfang an auf marxistischen Grundsätzen aufbaute, ermahnte Engels zur außerordentlich sorgfältigen Vorbereitung des internationalen Kongresses. Denn ein Misserfolg würde die Stellung der das gleiche Ziel verfolgenden Reformisten stärken. Engels fand keinen anderen Weg als höchstpersönlich an den Vorbereitungen mitzuwirken, so dass die *„aufgrund des verdamnten Kongresses nötigen Korrespondenzen und Hetzereien“* ihn wieder davon abhielten, am dritten Band des Kapitals zu arbeiten. Engels erinnerte diejenigen, die mit ihm im Konsens sind, an die Erfahrung, dass die aus den jahrelangen Kämpfen der Arbeiterbewegung gewonnenen zukünftigen Klasseninteressen – der Sozialismus – für kein kurzfristiges Interesse geopfert werden dürfen. Natürlich musste man innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft auch für Reformen kämpfen, aber Engels lehrte die Proletariater zugleich, dass Reformen nicht nur der Verbesserung ihrer Leben dienen, sondern auch ein Feld sind, welches die Kampfbedingungen des Proletariats verbessern und das Potenzial haben, die Massen der Revolution zu nähern.

Ein wichtiger Grund dafür, dass der in Paris abgehaltene internationale Kongress zu einem außerordentlichen Erfolg der revolutionären Internationale wurde, war Engels monatelange Hilfe. Die Parolen

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und *„Politische und ökonomische Enteignung der Kapitalistenklasse, Vergesellschaftung der Produktionsmittel!“* waren die von Marx und Engels entwickelten und formulierten Ziele des Proletariats.

Im Unterschied zur ersten Internationale baute diese neue Internationale von Anfang an in allen wichtigen Fragen auf den Lehren von Marx und Engels auf. War die Aufgabe der ersten Internationale die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit dem Marxismus und die Vorbereitung des Aufbaus nationaler Klassenparteien, so war die Aufgabe der zweiten Internationale, genau wie es Engels vorhergesehen hatte, die Vorbereitung der internationalen Arbeiterklasse auf die proletarische Revolution. Dies war eine historische Aufgabe, die 25 Jahre später von vielen Führern verraten wurde.

Entscheidende Klärungen zu Basis und Überbau

Bereits zu Marx' Lebzeiten entwickelten sich aufgrund falschen oder mangelnden Verständnisses der Theorie unter manchen Gruppen, die sich selbst als „Marxisten“ bezeichneten, mechanisch-deterministische Ansichten. Engels' betonte in seinem Brief an Conrad Schmidt vom 5. August 1890, dass Marx solchen Fehlern mit der Aussage *„Alles, was ich weiß, ist, dass ich kein Marxist bin“* begegnete. Was Marx und Engels ablehnten, war, durch die Aussage *„die ökonomische Basis ist ausschlaggebend“* das Prinzip des gegenseitigen Wechselspiels zu übersehen.

Zu diesem Thema schrieb Engels auch neben C. Schmidt auch J. Bloch, F. Mehring und W. Borgius. Indem er daran erinnerte, dass das materialistische Geschichtsverständnis eine dialektische Theorie ist und solches Verständnis in ihre Grundfesten kritisierte, hat er uns eine große Last von den Schultern genommen. Er sagte, *„unsere Geschichtsmethode ... ist kein Kommentierwerkzeug, sondern eine Untersuchungsanleitung“*. In seinem Brief an Bloch vom 21/22 September 1890 schrieb Engels:

„Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine

nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus - politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate - Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. - Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (d.h. von Dingen und Ereignissen, deren innerer Zusammenhang untereinander so entfernt oder so unnachweisbar ist, dass wir ihn als nicht vorhanden betrachten, vernachlässigen können) als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.“

In seinem Brief vom 27. Oktober 1890 an C. Schmidt wiederum zeigt Engels mit einem wichtigen Beispiel auf, wohin ein falsches Verständnis der ökonomischen Abhängigkeit führt: „Oder warum kämpfen wir denn um die politische Diktatur des Proletariats, wenn die politische Macht ökonomisch ohnmächtig ist? Die Gewalt (d.h. die Staatsmacht) ist auch eine ökonomische Potenz!“

Diese Erklärungen bilden einen wichtigen Anhaltspunkt gegen die Vorwürfe der bürgerlichen Kritiker, die besonders heutzutage mit der Behauptung, es sei einseitiger „Historismus“, den Marxismus verzerren.

Arbeiten an dem zweiten und dritten Band des Kapitals

Engels hat für den zweiten Band des „Kapital“ ein umfassendes Vorwort geschrieben. In diesem Vorwort hat er dargelegt, welchen Manuskripten Marx' und welchen Versionsgrundsätzen er treu geblieben ist, und den Widerhall bewertet, in dem er sich in den achtzehn Jahren nach dem Druck des ersten Bandes befunden hat. Indem er mit den Verfälschern von Marx' Theorie abgerechnet hat, verteidigte er die Würde seines Freundes mit Hingabe und belegte, dass Marx seine Mehrwerttheorie nir-

gendwo abgeschrieben haben kann, da es vorher keine wissenschaftliche Mehrwerttheorie gab.

Engels wusste, dass Marx diese komplexe wissenschaftliche Frage, an der die gesamte Ricardo'sche Schule der klassischen bürgerlichen Ökonomie kläglich gescheitert war, im dritten Band seines Werkes auflösen würde. Mit großem Optimismus schrieb Engels an Bebel: „Das Buch III ist in Arbeit. Es ist ganz ausgezeichnet brillant. Diese Umwälzung der alten Ökonomie ist wirklich unerhört. Erst hierdurch erhält unsre Theorie eine unerschütterliche Basis und werden wir befähigt, nach allen Seiten siegreich Front zu machen.“³ Das für den dritten Band hinterlassene Material war noch verworrenere als das des zweiten. Die Zerstückelung der Manuskripte zwang Engels für die Fertigstellung zu außerordentlichem Zeit- und Arbeitsaufwand. Während Engels den zweiten Band nur um zehn Buchseiten ergänzt hatte, war dies im dritten Band ein Vielfaches und Engels musste sogar Kapitel wie den vierten über die „Wirkung des Umschlags auf die Profitrate“ selbst neu verfassen. Engels prognostizierte eine große Wirkung des dritten Bandes auf die internationale Arbeiterbewegung. Er schrieb an Sorge: „Der 2. Band muss erst verdaut werden. [...] Weil er so rein wissenschaftlich ist und nicht viel Agitatorisches enthält. Dagegen wird der dritte wieder wie ein Donnerschlag wirken, weil da die ganze kapitalistische Produktion erst im Zusammenhang behandelt und die ganze offizielle bürgerliche Ökonomie über den Haufen geworfen wird.“⁴

Im dritten Band des „Kapital“ sah er Marx' Aufgabe darin, „bei einer gesamttheitlichen Bewertung die aus dem Bewegungsprozess des Kapitals hervorgehenden konkreten Formen zu finden und aufzuzeigen“. Während er im ersten Band darlegte, wie der Mehrwert der Arbeiterklasse entrissen wird, und im zweiten Band von welchen Bedingungen er im Zirkulationsprozess abhängig ist, so zeigte er im dritten Band auf, wie zwischen verschiedenen Fraktionen der Kapitalisten und der Grundbesitzer ein gewaltiger Kampf um die Aufteilung der Beute entflammt ist, der sich mal durch Profite, mal durch unternehmerische Einnahmen, Zins und Grundrente zeigt.

Vorhersagen über den Monopolkapitalismus

Schon in den 1840er Jahren waren in der ökonomi-

schen und sozialistischen Presse Diskussionen über das Problem verschiedene Monopole – Eigentum, Herrschaft, Handelsmonopol – entflammt. Die bürgerlichen Ökonomen lobten das Monopol als Allheilmittel gegen die Übel des Wettbewerbs. Engels hingegen betrachtete den Wettbewerb, der sich aus dem Inhalt des kapitalistischen Privateigentums ergab, als die erste Kategorie, die alle Aspekte des sozialen Lebens und der gesamten bürgerlichen Ordnung charakterisierte. Im Wettbewerb herrschte die brutale Überlegenheit der Starken. Doch so wie der Wettbewerb ein Monopol schuf, schuf das Monopol den Wettbewerb und verschärfte ihn. Damit der Wettbewerb wirklich verschwinden konnte, musste die Herrschaft des Privateigentums abgeschafft werden. Engels betonte, dass der Raub tatsächlich nur seine Form veränderte, aber das Wesen gleich blieb.

In diesem Zusammenhang wies Engels im Anti-Dühring erneut auf die Tendenz zum Monopol und sogar zum staatsmonopolistischen Kapitalismus innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft hin, die Marx im ersten Band des Kapitals zehn Jahre zuvor noch nicht hätte untersuchen können: Die Konzentration von Produktion und Kapital zwang die Kapitalisten, sich zu „*Aktiengesellschaften verschiedener Art*“ zusammenzuschließen, aber „*in einem bestimmten Entwicklungsstadium reicht diese Form nicht aus: Der offizielle Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muss die Sache in die eigene Hand nehmen.*“

Während Engels am dritten Band des Kapitals arbeitete, stellte er fest, dass Marx' Vorhersagen über die Entwicklung des Kapitalismus durch die neuen Fakten der achtziger und neunziger Jahre voll bestätigt wurden. In einer seiner Ergänzungen machte er folgende Notiz:

„Die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muss ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen. Und zwar dadurch, dass in jedem Land die Großindustriellen eines bestimmten Zweigs sich zusammenschließen zu einem Kartell zur Regulierung der Produktion. [...] In einzelnen Fällen kam es zeitweise sogar zu internationalen Kartellen. [...] Aber auch diese Form der Vergesellschaftung der Produktion genügt noch nicht. [...] So kam man dahin, in einzelnen Zweigen, wo die Produktionsstufe dies zuließ, die gesamte Produktion dieses Geschäftszweigs zu ei-

ner großen Aktiengesellschaft mit einheitlicher Leitung zu konzentrieren. [...] So ist [...] die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt und der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet.“⁵

Lenin schätzte an Engels, dass er bis ans Ende seines Lebens „*die Änderungen des modernen Kapitalismus verfolgte und deswegen bis zu einem gewissen Grad unsere Aufgaben in der imperialistischen Ära vor seiner Zeit erkannte*“. Obwohl Engels vor dem Monopolkapitalismus lebte, beobachtete er sorgfältig den Prozess der Intensivierung der Produktion und der Zentralisierung des Kapitals, der besonders nach der Wirtschaftskrise von 1873 rasant anstieg. Mit dieser genauen Untersuchung der Tatsachen und der Anwendung der Bewegungsgesetze des Kapitalismus konnte er von Anfang an feststellen, dass das Monopol und schließlich das staatliche Monopol der entscheidende Faktor für die Phase des Verschwindens des Kapitalismus in den gesellschaftlichen Vorhersagen sein würden. Dies war eine enorme Weitsicht.

Bis zum letzten Atemzug

Ende April 1883 hatte sich Engels nun entschieden, in London zu bleiben. Er informierte August Bebel über seine Entscheidung und Pläne: „*Und jetzt, im 63. Jahr, mit dem Puckel voll eigener Arbeit und der Aussicht auf 1 Jahr Arbeit am II. Band des „Kapitals“ und auf ein zweites Jahr für Marx' Biographie nebst Geschichte der deutschen sozialistischen Bewegung von 43 bis 63 und der Internationale von 64-72, müsste ich verrückt sein, wenn ich mein ruhiges Asyl hier vertauschte[.] Ja, wenn es wieder wäre wie 48 und 49, da stieg ich auch wieder zu Pferd, wenn's sein muss. Aber jetzt - strenge Teilung der Arbeit. [...] Denk nur an die ungeheure, früher zwischen M[arx] und mir geteilte Korrespondenz, die ich seit über einem Jahr allein zu führen habe.*“ In Anbetracht dieser umfassenden Aufgaben vertagte Engels seine eigenen wissenschaftlichen Arbeiten und Pläne, allen voran die an der Dialektik der Natur.

Dank seiner umfangreichen Korrespondenz, persönlichen Treffen mit der sozialistischen Presse und vielen prominenten sozialistischen Persönlichkeiten wurde Engels über alle wichtigen Entwicklungen im Befreiungskampf der Arbeiterklasse auf

dem Laufenden gehalten. Er leistete den führenden sozialistischen Kadern unschätzbare Hilfe bei der Festlegung der richtigen taktischen Linie und spielte eine aktive Rolle bei der Herstellung und Festigung des Kontakts zwischen ihnen.

Anfang 1895 verschlechterte sich Engels' Gesundheit. Im Frühjahr diagnostizierte ihm sein Arzt Kehlkopfkrebs. Trotz seiner zunehmenden körperlichen Belastung beobachtete Engels aufmerksam den Befreiungskampf der Arbeiterklasse bis zum letzten Tag seines Lebens. Vier Monate vor seinem Tod arbeitete er an Ergänzungen für den dritten Band des Kapitals.

Bis Juli 1895 korrespondierte Engels weiterhin mit den Führern der sozialistischen Bewegung verschiedener Länder und las neue Werke sozialistischer Literatur. Nur wenige Tage vor seinem Tod hörte Engels in einer Lage, in der die Krankheit ihn nicht einmal mehr sprechen ließ, mit lebhaftem Interesse Eleanor Marx-Avelings Bericht über die Situation der Independent Labour Party of England an.

Er starb am 5. August 1895.

Sein ganzes Leben lang kämpfte für die Organisation und das Selbstbewusstsein des Proletariats und den Aufbau ihrer eigenen Klassendiktatur. Sein

vielleicht wichtigstes Testament sind seine Worte zum Kampf mit der Partei und indem man direkt von der Arbeiterklasse lernt. Er gab den Intellektuellen der Partei folgenden Rat:

„Mögen sie einsehn, dass ihre - ohnehin einer gründlichen, kritischen Selbstrevision bedürftige - „akademische Bildung“ ihnen kein Offizierspatent mit Anspruch auf entsprechende Anstellung in der Partei ausstellt; dass in unsrer Partei jeder von der Pike auf dienen muss; dass Vertrauensposten in der Partei erobert werden nicht durch bloßes literarisches Talent und theoretische Kenntnisse, selbst wenn beide zweifellos vorhanden, sondern dass dazu auch Vertrautheit mit den Bedingungen des Parteikampfs und Eingewöhnung in seine Formen, erprobte persönliche Zuverlässigkeit und Charaktertüchtigkeit und schließlich willige Einordnung in die Reihen der Kämpfenden gehört - kurz, dass sie, die „akademisch Gebildeten“, alles in allem viel mehr von den Arbeitern zu lernen haben als diese von ihnen.“

PARTEI DER ARBEIT (EMEP) - TÜRKEI

1) MEW 22, S. 86

2) Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland, MEW, Band 22, S. 256

3) Engels an August Bebel, 4. April 1885, MEW, Bd. 36, S. 293 f.

4) Engels an Friedrich Adolph Sorge, 3. Juni 1885, MEW, Bd. 36, S. 324

5) Karl Marx: Das Kapital, Bd. III, MEW, Bd. 25, S. 453 f.

6) Friedrich Engels: Antwort an die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, MEW, Bd. 22, S. 69 f.

URUGUAY

Der kubanische Weg zwischen gestern und heute

In seiner berühmten Rede im Jahr 1967 vor der Trikontinentalen Konferenz Revolutionärer Bewegungen äußerte Che Guevara seine wohlbegründete Auffassung, dass in unserer Epoche, dem Zeitalter der höchsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus und der ihm entgegen wirkenden proletarischen Revolutionen, die nationalen Bourgeoisien nicht länger vertrauenswürdig waren, weil diese jeglichen Widerstand gegen den Imperialismus aufgegeben hätten. Auf den Punkt gebracht konnte dies nur bedeuten: *„Entweder eine sozialistische Revolution oder die Karikatur einer Revolution.“* An diesem Punkt wurde jedem seriösen Marxisten-Leninisten in unserer Partei klar, dass Che Guevara sich mit diesem Vorsatz selbst desavouierte, da Castros Kuba zuvor bereits jede langfristige revolutionäre Perspektive im Tausch gegen sowjetische Rubel aufgegeben hatte.

Es handelte sich hier um die Karikatur eines Sozialismus, der dazu diente, aus den Reihen der Kämpfer für die Befreiung ihrer Nationen neue Satelliten zugunsten des Sozialimperialismus zu gewinnen.

Es war merkwürdigerweise just diese missratene Revolution, vor der Guevara ein aus kleinbürgerlichen Organisationen bestehendes Auditorium zu warnen versuchte. Im Rahmen unseres unverzichtbaren Kampfes, den wir gegen alle dem Marxismus-Leninismus fremden Vorstellungen führen müssen, ist es unabdingbar, verschiedene Schlüsselgesichtspunkte bei der Charakterisierung des revolutionären kubanischen Prozesses zu beleuchten, um so den Schwall antimarxistischer Ideen und irreführender Vorstellungen vom Aufbau des Sozialismus zu vermeiden, die dem Castroismus seine Anhängerschaft zuführen. Die kubanische Revolution verdient unsere besondere Aufmerksamkeit, weil wir trotz ihrer zweifellos stimulierenden Wirkung auf mehrere Generationen von militanten Kämpfern in ihr viele Schwächen erkennen, die in der Praxis ihre Auswirkungen sowohl auf den Aufbau des Sozialismus als auch auf das Wesen des proletarischen Internationalismus und seiner Befähigung zur Machtergreifung in einem Land finden, das dann eigentlich zu einem Vorreiter bei der Bekämpfung opportunistischer Bestrebungen

heran reift. Es ist für uns unmöglich zu übersehen, wie die kubanischen Führer von den größten Exponenten des Revisionismus vereinnahmt wurden. Chruschtschow, Breschnew, Tito, Nasser, Chavez, welche nicht nur nicht bekämpft wurden, sondern sogar zu unersetzlichen Verbündeten verklärt wurden. Andererseits widersetzten die kubanischen Protagonisten sich jeder objektiven als auch subjektiven Bestandsaufnahme der realen Verhältnisse, sowohl in Fragen der Machtergreifung als auch zu den verheerenden Auswirkungen ihres Handelns in den Reihen der zeitgenössischen revolutionären Kämpfer, zu den Truppenentsendungen unter dem Banner eines Sozialimperialismus und zu den neueren Erscheinungsformen des Populismus und den Allianzen zwischen linken Kräften und der Bourgeoisie, die zu unterstützen man nicht abgeneigt war.

Alle diese Ideen der Ideologie des Castrismus, die von der lateinamerikanischen linken Bewegung aufgesogen wurden und die heute einer weit entfernten Vergangenheit zu entstammen scheinen, erscheinen uns noch heute tagtäglich und sie bilden zusammen mit dem Postmodernismus eine der größten ideologischen Herausforderungen, denen sich unsere Partei zu stellen hat. Aber lasst uns die Dinge von Anfang an betrachten.

Die Bewegung 26. Juli und ihre Ziele vor der Machtübernahme

Die kubanischen Revolutionäre bezeichneten sich niemals als Kommunisten oder Marxisten-Leninisten, zumindest nicht bevor die UdSSR es ihnen abverlangte. Ganz im Gegenteil war die Bewegung 26. Juli zusammengesetzt aus ehemaligen Mitgliedern aller bourgeoisen Parteien, wie sie in der damaligen kubanischen Gesellschaft bestanden, der Orthodoxen Partei und der Revolutionären Partei, die Parteien von einer nationalistischen, bürgerlich-demokratischen Verfasstheit waren, die sie alle unter dem Begriff Antiimperialismus zusammenfassten. Ihre soziale Zusammensetzung war stark vom Kleinbürgertum geprägt, außerdem Intellektuellen, Freiberuflern und selbst Abkömmlingen der bürgerlichen Mittelklasse mit Verbindungen zum Imperialismus, wie es bei Castro selbst der Fall war. Das Hauptziel der kubanischen Revolutio-

näre, wenn nicht sogar das einzige, das sie wirklich im Sinne hatten, war der Sturz der Diktatur unter dem Batista-Regime, um anschließend auf dieser Grundlage eine größere und breiter gefächerte kapitalistische Entwicklung innerhalb der kubanischen Nationalökonomie in Angriff zu nehmen, um der bis dato vorherrschenden Monokultur der Plünderung von Rohstoffen und der bedrückenden Dominanz von US-Monopolen ein Ende zu bereiten.

Um auch das Landvolk für sich zu gewinnen, betonten sie die Notwendigkeit einer Agrarreform. Ein Beispiel für diese Reformbestrebungen bildet das Manifest der Sierra Maestra, das im Juli 1957 veröffentlicht wurde. In ihm erklang der Aufruf zur Vereinigung aller gegen die Diktatur operierenden politischen Kräfte, des weiteren zu einer allgemeinen Orientierung nach demokratischen und verfassungsrechtlichen Grundsätzen, wie sie der schon lange zuvor etablierten republikanischen Tradition auf der Insel entsprachen, was auch die Abhaltung freier Wahlen umfasste. Der durch und durch bürgerliche und anti-proletarische Charakter des Programms von Fidel Castro kam am deutlichsten zum Vorschein in seinem Artikel „Warum wir kämpfen“, den er im Februar 1958 im Magazin „Coronet“ veröffentlichten ließ. Aus Platzgründen ist es uns versagt, ihn hier noch einmal in Gänze zu präsentieren. Alles in allem aber gibt Castro hier eine hervorhebende Darstellung der Strategie, die die Bewegung 26. Juli in der Phase ihres Kampfes verfolgte: Der Sturz von Batista, die Bildung einer provisorischen Regierung, deren Ernennung einer Anzahl von Delegierten aus den Reihen der „Zivilgesellschaft“ vorbehalten bleiben sollte, deren Reservoir er im folgenden beschrieb:

1. Religiöse Vereinigungen
2. Angehörige von Berufsverbänden oder von Vereinigungen wie der Rotarier¹ und Lions. Erhellend ist der Ruf nach einem Plebiszit für eine Regierung, die den Respekt für die Verfassung von 1943 wahrte. Es fällt auf eklatante Weise ins Auge, dass bei der anvisierten Regierungsbildung die Arbeiter und die bäuerlichen Organisationen keinerlei Erwähnung finden, während die beabsichtigte Wahrung der Verfassung den Beweis dafür bildet, dass die gesetzliche Verfasstheit des Landes wieder ein „gebührendes“ bürgerliches Gewand erhalten sollte,

nur eben ohne das Batista-Regime. Es war keine Rede von der Errichtung einer Volksdemokratie oder einer verfassungsgebenden Versammlung, ganz zu schweigen von einer Diktatur des Proletariats. Bei der Aufschlüsselung des Programms der Bewegung 26. Juli in seinem Artikel hob Castro sieben Hauptpunkte hervor: 1. Politische Amnestie 2. Pressefreiheit 3. Wiederherstellung der Freiheit des Individuums 4. Unterbindung der Korruption, wofür er eine Anhebung von Beamtenbezügen vorschlug. 5. Kampagne gegen den Analphabetismus 6. Agrarreform auf der Basis der Klärung der juristischen² Eigentumsverhältnisse 7. Die Entwicklung einer Leichtindustrie als Motor zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Wer immer aus diesem Programm die Möglichkeit der Änderung der herrschenden Besitzverhältnisse ableiten wollte, wurde sogleich von Castro dahingehend eines Besseren belehrt, dass dieser auch weiterhin für ausländische Investitionen eintrat zur Beibehaltung der schon bestehenden Ausbeutungsverhältnisse, solange diese nicht in offenem Widerspruch zu seiner Agenda standen.

Um diese Ziele zu erreichen, würde der Staat zur Aufrechterhaltung seiner Infrastruktur eine deutliche Erhöhung des Steueraufkommens anstreben durch eine direkte Erhebung der Abgaben und die Bekämpfung der Korruption. Dem zufolge würde das neue Kuba vor allem durch private Investitionen entstehen, so Castros Wunschvorstellung. Er verdeutlichte es folgendermaßen: *„Jeglicher Wunsch nach einer kompletten Verstaatlichung wäre erkennbar ein schweres Hemmnis für den wichtigsten Gegenstand unseres ökonomischen Grundsatzzprogramms: Die schnellstmögliche Industrialisierung. Deshalb werden ausländische Investitionen im Lande immer willkommen und unantastbar bleiben.“*

Sollte nach all den obigen Ausführungen Castro immer noch jemand zu der Annahme neigen, dass dieser damit nur seine geheimen Absichten einer Hinwendung zum Sozialismus verschleiern wollte, so genügt uns zum Abschluss dieses Absatzes eine scharfe Fokussierung auf die zentralen Beweggründe für das Handeln der Bewegung 26. Juli: *„Die Industrialisierung ist die Herzkammer unseres wirtschaftlichen Fortschritts. Wir müssen etwas tun*

gegen die Schwindel erregende Zahl von mehr als einer Million Arbeitslosen, die während acht Monaten eines Jahres keinerlei Chance auf Beschäftigung haben. Nur während der vier Monate währenden Zuckerrohrernte haben sie Aussichten auf eine Anstellung. Eine Million Beschäftigungslose in einem Land mit sechs Millionen Einwohnern sind der Beleg eines entsetzlichen wirtschaftlichen Desasters, dem umgehend abzuhelpen ist, wenn das Land nicht verrotten und zu einer Brutstätte des Kommunismus werden soll.“

Sturz Batistas und der Beginn der Revolution

Nach mehreren entscheidenden Schlägen gegen die Armee des kubanischen Despoten nahmen die Revolutionäre am 1. Januar 1959 Havanna ein und besiegelten damit die Geburtsstunde der glorreichen Revolution. Zur vorrevolutionären Phase seien hier einige Details ausgeführt. Als eine der letzten spanischen Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent ist die Geschichte Kubas als einer Republik auf das engste mit dem Geschick der Vereinigten Staaten verbunden. Dies brachte mit der Unabhängigkeit von der spanischen Krone die unmittelbar nachfolgende Invasion durch die US-Armee und daran anschließend eine Phase relativer Souveränität, denn obwohl im Jahre 1902 die Republik Kuba zu einem unabhängigen Staat erklärt wurde, so galt dies doch nur auf dem Papier, da die ökonomischen Monopole der USA die absolute Kontrolle über die kubanische Wirtschaft ausübten.

Sie benutzten die Insel für eine Plantagenbewirtschaftung und den Export von Rohstoffen, darunter hauptsächlich Zucker und Kaffee, während im Gegenzug zweitrangige Verbrauchsgüter auf dem kubanischen Markt abgesetzt wurden. De facto wurde Kuba auf diese Weise zu einer Art Kolonie der US-Imperialisten. Die Demokratie war gewiss keines der Glanzstücke des Karibikstaates, der im Jahr 1933 den ersten Staatsstreich durch Fulgencio Batista durchlebte, der mit Ausnahme weniger Unterbrechungen bis 1959 die Regierung anführte. Vor der Machtergreifung durch Castro besaß Kuba ein extrem autoritäres Regime, das auf der Grundlage blanken Terrors herrschte, das alle demokratischen Freiheitsrechte beschnitt und die Wirtschaft in einer schweren Dauerkrise dahinsiechen ließ, im

Wesentlichen bedingt durch fehlende Diversifizierung und Modernisierung innerhalb der Produktion, was eine zu starke Witterungsabhängigkeit des Erzeugungsprozesses verursachte und das Land der Willkür der Yankee-Monopolisten unterwarf. All dies führte zu permanenten Demonstrationen und Streiks der Arbeiterklasse sowie innerhalb anderer Kreise im Volk und es folgte mit der Zeit eine Demoralisierung in den Reihen der Batista-Regierung und seiner Armee. Eine aufgebrachte Bevölkerung musste hier natürlich das Missfallen der US-amerikanischen Herren nach sich ziehen und wer auch immer den Herren nicht genehm war, musste fallen³.

Die aus militärischer Sicht völlige Überhöhung des Sieges über eine ohnehin allmählich absterbende Diktatur zu einem Epos größter Errungenschaften auch mit Bezug auf die Rolle der Massen bei der Entfesselung der Revolution hat leider nicht zu einer scharfsichtigen und sachgerechten Einschätzung aller objektiven und subjektiven Aspekte eines solchen Vorgangs geführt, auch wenn hierbei neue allgemeine Grundsätze für die Ergreifung der Macht formuliert wurden. Dies führte zu einer regelrechten Welle von Guerillakämpfen über den ganzen lateinamerikanischen Subkontinent hinweg, die Tausenden von Kämpfern für ihr Volk den Tod brachte, was für uns eine späte aber lehrreiche Erfahrung bedeutete. Niemand, der bei klarem Verstand ist, würde in der heutigen Zeit eine Guerilla-Kampfführung a la Castro ernsthaft ins Auge fassen wollen, denn die Fakten helfen uns, den Mythos eines Widerstandsnestes aus einigen Guerillakämpfern als einzig probates Mittel zur Aufnahme eines bewaffneten Kampfes zur Eroberung der Macht als das hervorzuheben, was er ist, eben ein Mythos um eine Handvoll Männer, die eine mächtige reguläre Armee in die Knie zwingen.

Wir betonen hier, dass die marxistisch-leninistische These der Zersetzung einer bourgeoisen Staatsarmee durch Unterminierung der Kampfmoral und Zersetzungstendenzen jeglicher Art als unabdingbare Grundvoraussetzung für eine Machtübernahme hier im Falle Kubas seine Erfüllung gefunden hat. Gleichermäßen unentbehrlich im Zusammenhang mit besagter These ist die organisierte Erhebung von Arbeiterbataillonen in den großen Städten sowie selbstverständlich die Erfül-

lung aller objektiven und subjektiven Voraussetzungen für eine Revolution.

Viele Menschen vergessen, dass es vor dem Sieg der Revolution diverse Aufstände gab, die allesamt krachend scheiterten. Den Grundstein für Aufbau und Entwicklung der Guerillaeinheiten bildete vielmehr mühsame Kleinarbeit auf dem Lande und in den Städten. Die Tage der Batista-Regierung waren gezählt und die proamerikanische kubanische Bourgeoisie konnte nicht länger mit den alten Methoden ihre Herrschaft aufrechterhalten. Ebenso wenig konnte das kubanische Volk weiterhin in Hunger und Elend vegetieren. Auf der anderen Seite lag der Sieg der Bewegung 26. Juli ganz entscheidend im Fehlen einer klar umrissenen bürgerlichen Opposition und dem schwachen Entwicklungszustand der bourgeoisen Demokratie in Kuba begründet.

Nachdem die neuen kubanischen Führer sich des Staatsapparates bemächtigt hatten, suchten sie andere Wege als die Protagonisten anderer beispielhafter proletarischer Revolutionen, wie es in der Sowjetunion und in Albanien der Fall war. Die Letzteren legten schon in den ersten Tagen ihren Kurs mit konkreten ökonomischen und politischen Entschlüssen fest, um so ihre Revolution zu stärken. Im Falle Kubas aber traten die revolutionären Maßnahmen nur mit Verzögerung ein. So wurde zum Beispiel die vordergründig recht konservativ erscheinende Agrarreform erst im Mai 1959 in die Wege geleitet, während die Verstaatlichung der Privatunternehmen erst allmählich zwischen 1967 und 1970 in Gang kam als eine Fortsetzung der ersten Nationalisierungskampagne, die gegen die führenden US-Unternehmungen auf Kuba gerichtet war und gegen Ende Mai 1960 initiiert wurde, was auf der Grundlage der alten Verfassung geschah und erhebliche Entschädigungsleistungen für die Kapitalisten vorsah. Zuvor hatte Castro bereits eine ausgedehnte Tournee durch die USA unternommen und eine Fortführung der von einseitiger Abhängigkeit geprägten Beziehungen angeboten, nur mit etwas mehr kubanischer Souveränität und nicht ohne die Freundschaft zwischen beiden Ländern zu betonen. Er ging sogar so weit, eine Teilnahme Kubas an imperialistischen Interventionen vorzuschlagen, während er mit Nachdruck versi-

cherte, dass seine Revolution die Belange der Bourgeoisie nicht unterminieren wolle, sondern nur auf eine bessere Verteilung von Vermögenswerten abzielte. Auf dieser Ebene begrüßten die USA den Sturz Batistas und den Machtwechsel durch die Bewegung 26. Juli. In den ersten Tagen lautete die Stellungnahme:

„Der aufrichtige gute Wille der Regierung und des Volkes der USA gegenüber der neuen Regierung Kubas und seiner Bevölkerung.“

US-Außenministerium, Bulletin Band 440, Nr. 1022, 26. Januar 1959

Als sich aber in der Folgezeit herausstellte, dass die großzügigen Investitionen der USA zur Einleitung eines Industrialisierungsschubes in Kuba und einer Förderung des Tourismus ausbleiben würden, sah sich die kubanische Regierung genötigt, nach Alternativen zu suchen, so in besonderem Maße dem Bezug von Erdöl zu wesentlich günstigeren Preisen, da die USA den Kubanern nur Erdöllieferungen zu Preisen oberhalb des Marktkurses gewährte. Das Drängen nach Unabhängigkeit auf Seiten ihres langjährigen Satelliten missfiel den US-Imperialisten, die nicht gewillt waren, das gegen ihr Interesse gerichtete Aufkommen einer nationalen Bourgeoisie hinzunehmen. Sie wollten für Maßnahmen wie etwa der Verstaatlichung der führenden Energielieferanten des Landes, der Kommunikations- und Transportgesellschaften⁴, nicht ihr Plazet geben. Wie die USA auch den Kampf gegen den Großgrundbesitz nicht billigten, wobei diese Maßnahmen schon Jahrzehnte zuvor gegenüber England von zahlreichen lateinamerikanischen Regierungen durchgeführt worden waren. Diese Vorgänge mündeten in einer rapiden Verschärfung der Kontroversen zwischen beiden Staaten. Einerseits verringerten die USA ihre Einfuhrquote für kubanischen Zucker, andererseits blockierten sie die Verarbeitung von Rohstoffen anderer Herkunft als aus den USA in kubanischen Betrieben, die sich im Besitz von US-Monopolen⁵ befanden. Dem gegenüber ergriff der kubanische Staat einschneidende Maßnahmen:

- Allgemeine Verstaatlichung und nur in seltenen Fällen gewaltsame Enteignung, um eine völlige Einstellung der Produktion zu vermeiden, die binnen weniger Wochen die neue Regierung zu Fall

gebracht hätte. Aus all dem geht hervor, dass die Gegensätze zwischen Kuba und den USA nicht aus einer entschlossenen Konfrontation mit den kubanischen Revolutionären hervorgingen, sondern eher aus der traditionellen wirtschaftlichen Rückständigkeit der Insel, auch aus ihrer historischen Abhängigkeit von den USA, somit im Grundsätzlichen aus einem tragenden Aspekt des Imperialismus als einer historischen Epoche. Nur ein Idealist, ein Politiker mit beschränkter Mentalität und völliger Verkennung der Wirklichkeit kann behaupten, dass ein nationaler Befreiungskampf völlig friedlich geführt werden kann, ohne die unweigerliche Reaktion der imperialistischen Mächte zu berücksichtigen, die ihre Felle davonschwimmen sehen durch den Verlust einer Einflussosphäre, eines Marktes, eines leicht verfügbaren Standorts für eigene Investitionen und leichter Entnahme der daraus resultierenden Dividenden. Die vorangehenden Ausführungen entlarven die irreführende Behauptung, dass Castro zu Beginn eine moderate Gangart einlegte, um den revolutionären Prozess nicht zu überstürzen. Zum einen wurde zu keinem Zeitpunkt die Frage des Sozialismus zum Programmpunkt der Bewegung 26. Juli erhoben.

Dies geschah auch in keiner anderen offiziellen kubanischen Partei vor 1962. Es wurde auch in keiner Weise die Arbeiterklasse erwähnt, die während des ganzen Prozesses weitgehend im Abseits stand. Aus allen Aussagen und Dokumenten der kubanischen Revolutionsführer geht klar hervor, dass das Endziel aller revolutionären Anstrengungen immer nur die Beseitigung von Batista und die Fortsetzung einer gewöhnlichen kapitalistischen Entwicklung war, verbunden mit einer größeren Handlungsfreiheit für die Bourgeoisie und einer weiterhin gemächlichen Industrialisierung. Wer immer daran Zweifel hegt, dem genügt ein Blick in Castros langatmige Reden, in denen er auch vor offenem Antikommunismus nicht zurückschreckte. Wie in allen anderen historischen Prozessen auch in Afrika und Asien im Laufe des kalten Krieges erwachte die Sehnsucht nach dem „Sozialismus“ erst im Gefolge von Krediten, Investitionen, Waffenlieferungen und sonstigen Begünstigungen durch den sowjetischen Sozialimperialismus.

Das Ende nationaler Bestrebungen: Ein neuer Satellit für die Sozialimperialisten

Der Staatsbesuch von Anastas Mikoyan in Kuba am 4. Februar 1960 in seiner Eigenschaft als Premier der Sowjetregierung und wichtigster Vollstrecker Chruschtschows, die Reise von Che Guevara durch die RGW-Staaten (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) und China auf der Suche nach Krediten und nicht zuletzt die im Februar 1962 durch die USA verhängte Wirtschaftsblockade stellten für Kubas Revolution die Weichen in Richtung der Annahme sowjetischer Positionen. Von diesem Augenblick an erfolgte die Abwendung von einer antiimperialistischen Revolution unter einer bourgeoisen und demokratischen Ägide und der Weg war frei für ein Kuba in einem Status höchster Abhängigkeit vom anderen imperialistischen Gegenpol jener Periode. Es muss klargestellt werden, dass im Laufe der 60er Jahre die Sowjetunion bereits eine Abkehr vom Aufbau des Sozialismus und einer Diktatur des Proletariats vollzogen hatte. Sie wandelte sich in einen „Staat des ganzen Volkes“ um, in dem die Organe der Volksmacht eliminiert wurden und der Kapitalismus durch verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen, die das freie Unternehmertum und den Markt stärkten, seinen Weg machte. Das machte den Weg frei für die Restauration des Kapitalismus. Dies und die Thesen der „sozialistischen Arbeitsteilung“ zerrütteten die Industrie und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Länder im Osten. Das waren Elemente, die die UdSSR zu einem sozialimperialistischen Staat machten: Sozialistisch in Worten und imperialistisch in Taten.

Die neue Abhängigkeit der Insel

Im Falle Kubas sticht das Beispiel der sowjetischen Praxis der Kreditvergabe hervor. Sie sah die Verpflichtung zum Erwerb von Handelsgütern aus sowjetischer Produktion zu Preisen zwischen 11 und 53% oberhalb internationaler Marktpreise vor, wobei es im Falle des Maschinenbaus „normal“ war, völlig veraltete Ausrüstungen vergangener Generationen und in erbärmlicher Qualität zu liefern. Die Eingliederung der kubanischen Wirtschaft in das System der „sozialistischen Arbeitsteilung“ und die Akzeptanz sowjetischer „Hilfe“ durch die kubanische Führung führten letztendlich zur Auf-

gabe jeglicher Industrialisierungsprojekte für das Land und endeten somit in einem Zustand totaler Abhängigkeit Kubas von einer imperialistischen Vormacht. Diese schonungslose Abhängigkeit fand ihren Ausdruck darin, dass während der 90er Jahre mehr als 80% des kubanischen Außenhandels mit den Staaten des RGW abgewickelt wurden (Kubanische Zentralbank, die kubanische Wirtschaft in der Spezialperiode 1990-2000), wobei der Export von Zucker 75% des Gesamtexports ausmachte. Ansonsten beschränkte man sich auf die Lieferung von Tabak, Nickel, Rum und Treibstoffen, die man selbst zuvor zu Vorzugspreisen erstanden hatte und an andere kapitalistische Staaten weiterverkaufte.

Kubanischer Interventionismus

Eine der dunkelsten Seiten dieser Periode war die Rolle kubanischer Revisionisten und Söldner im Dienste des Sowjetimperialismus sowohl in den Ländern, die ihre Unabhängigkeit erkämpfen wollten, als auch im Rahmen verschiedener multilateraler Organisationen, in denen Kuba als Botschafter und Propagandist für die Sowjetunion auftrat.

Hier sticht die Präsenz der kubanischen Armee in Angola hervor, die zwischen 1975 und 1991 mit 300.000 Soldaten und 50.000 Zivilangehörigen im Stile einer regelrechten Invasionsarmee auftrat. Wenn heute die USA ihre „Demokratie“ in die Welt exportieren, um sich der Rohstoffe der betreffenden Länder zu bemächtigen und mittels Investitionen deren Bürger auszubeuten, so haben einst die sowjetischen Sozialimperialisten im Zusammenwirken mit ihren Söldnern für die gleichen Zwecke ihren „Sozialismus“ exportiert. Abgesehen von Angola sandte Kuba offiziell seine Truppen auch in andere Länder wie etwa Algerien, Guinea, Sierra Leone und Äthiopien, nicht zu vergessen Feldzüge wie etwa im Kongo, wo die kubanischen „Internationalisten“, ausgerechnet diejenige Regierung verteidigten, die für den Mord an Patrice Lumumba verantwortlich zeichnete. Einige mögen hier einwenden, dass die Entsendung von Truppen und Ausrüstungsgegenständen durch die Sozialimperialisten und ihre Satelliten doch einen Beitrag zur Unabhängigkeit der betreffenden Völker leisteten. Wenn wir aber das Bild der Sowjetunion in den 70er Jahren betrachten als eines Staates, der von

einer starren Staatsbürokratie beherrscht wurde, der auch die Lenkung von Staatsunternehmen mit einer klaren Gewinnerzielungsabsicht oblag, so kann, außer vielleicht in den Köpfen von einigen Idealisten, auch seine Außenpolitik keinesfalls als internationalistische Hilfe betrachtet werden. Die kubanische Armee, die für ihre Dienste exzellent entlohnt wurde, verrichtete im Grunde genommen nichts anderes als die schmutzige Arbeit im Auftrag sowjetischer Revisionisten, die diese unter den Bedingungen des Kalten Krieges nicht selbst mit offenem Visier vollziehen konnten. Was konnte einem imperialistischen Land besser gefallen als eine Marionettenregierung, die ihre eigenen Leute auf das Schlachtfeld schickte, um sich dadurch als Förderer der Revolution auszuzeichnen. Während die Sowjetrevisionisten vom Weltfrieden und friedlicher Koexistenz sprachen, schickten ihre kubanischen Handlanger ihre Guerillas in andere Staaten, wobei diese mit sowjetischen Waffen und Ausrüstungen ausgestattet wurden. Sie nahmen auf jede erdenkliche Weise die Vorteile wahr, die ein den Interessen der Sowjetunion treu ergebener Staat haben konnte. Wenn es gilt, die Handlungen von Staaten untereinander zu bewerten, so müssen wir Marxisten-Leninisten nicht nur den Staat unter die Lupe nehmen, der als Entsender von Hilfsmaßnahmen in Erscheinung tritt, sondern auch die empfangenden Kräfte sowie die miteinander in Konflikt stehenden Kräfte und die konkreten Resultate aller Interaktionen. Nur so können wir einer Stellungnahme für irgend einen Akteur aus dem Lager der Bourgeoisie entgehen. Im vorliegenden Fall verbietet sich die Benutzung des Wortes Internationalismus, denn die Handlungsmuster des kubanischen Regimes können nicht anders bezeichnet werden als eine Art Söldnerdienst als gegenleistung für die Gewährung von Krediten und Vorzugspreisen.⁶

Castro und Guevara, Antirevisionisten?

Ein anderer anscheinend wiederkehrender Mythos ist die Behauptung einer antirevisionistischen Rolle der kubanischen Führer. Was Castro anbelangt, so sind seine theoretischen Beiträge eine äußerste Rarität. Niemand kann daran zweifeln, dass er ein glänzender Rhetoriker war, der bei seinen öffentlichen Auftritten oft über mehrere Stunden das Publikum in seinen Bann ziehen konnte. Seine Anhän-

ger betonen zudem seine Unabhängigkeit von der UdSSR aufgrund seiner Beteiligung an 3. Welt-Organisationen oder aber innerhalb der Bewegung der Blockfreien. Zuvor vermerkten wir den offenkundigen Antikommunismus Castros während seiner ersten Jahre als Staatsmann. Eine Revue seiner Reden reicht aus, um sich seines antimarxistischen Gedankenguts in Theorie und Vokabular gewahr zu werden. Was ihre wahre Souveränität nach den Maßstäben der internationalen Politik anbelangt, so muss hier auf die eklatante wirtschaftliche Abhängigkeit der kubanischen Revisionisten von der Sowjetunion verwiesen werden, so dass alle ihre Entschlüsse und Handlungen innerhalb der besagten Organisationen nur im Dienste ihrer sowjetischen Herren⁷ erfolgen konnten, umso mehr als auch derart reaktionäre Staaten wie Titos Jugoslawien an diesem Koordinatensystem partizipierten. Die von Castro seinerzeit propagierten theoretischen Grundlagen offenbaren weitere Widersprüche, etwa beim Kampf für Frieden und Umweltschutz. Auf der einen Seite beschrieben wir den söldnerhaften Charakter der kubanischen Armee in Afrika.

Bezüglich des Umweltschutzes ist zu sagen, dass die Energiequellen Kubas bis auf den heutigen Tag fast ausschließlich auf Erdöl beruhen und der schwach ausgeprägte technische Standard seiner Ökonomie eine wirksame Emissionsreduktion weitgehend ausschließt.

Seine verspätete Opposition gegen die Perestroika muss man nicht gesondert herausheben, da Kuba seine eigene durchlief. Ohne Zweifel stammen die meisten theoretischen Beiträge der KP Kubas von Ernesto „Che“ Guevara. Abgesehen davon, dass Guevara aufgrund seines realen Vermächtnisses als eine exemplarische Figur der Linken zu betrachten ist, so hat er ein durchaus voluminöses Werk hinterlassen, in denen er zu den verschiedensten Fragen Stellung bezog, dies sowohl zu Fragen des Aufbaus der Wirtschaft als auch des Militärs. Er nahm teil an den verschiedensten Debatten seiner Zeit, was in den Augen von Revisionisten zur Rubrik Internationale Kommunistische Bewegung gehört. Zu seinen Ehren sei auf Guevaras bemerkenswerte Entwicklung verwiesen, die sich chronologisch fortentwickelte, da er sich gegenüber dem Studium der klassischen Lehre des Marxismus-Leninismus

sehr interessiert zeigte. Dies brachte ihn zur Einnahme von sehr interessanten Standpunkten, wie etwa seiner konsequenten Parteinahme für die Planwirtschaft, dem Erfordernis der Industrialisierung seines Landes unter Betonung der Schwerindustrie, was ihn zur Debatte mit den Ökonomen des Landes antrieb, um gegen die Errichtung des revisionistischen Modells der Sowjetunion in Aktion zu treten und sogar eine schüchterne Kritik an einigen Forderungen des 20. Parteitags der KPdSU herauszuarbeiten. Trotz allem können wir Guevara nicht als wahren Marxisten-Leninisten betrachten, noch weniger als einen Antirevisionisten oder einen Kader, dessen theoretische Abhandlungen wir zwingend gutheißen müssten.

Wenn wir seinen chronologischen Werdegang Revue passieren lassen, so wäre es nicht korrekt, diesen unter Beschuss zu nehmen unter Hinweis auf eine These, die er selbst später nicht mehr vertrat. Wir werden deshalb die Ideen genauer aufzeigen, die er bis zum Ende seiner Tage verteidigte. Für die Untersuchung subjektiver Grundvoraussetzungen und allgemeiner Lehrsätze bei der Erringung politischer Macht auf der Basis der im Volkskampf gesammelten Erfahrungen empfand er nur Verachtung. Dies ist vermutlich einer der hervorstechendsten Aspekte der Fokustheorie. Gemäß dieser Theorie sind diese Grundvoraussetzungen für eine Machtergreifung nicht erforderlich, sondern es ist der fortschreitende Guerillakampf selbst, der diese Voraussetzungen schafft:

„Wir müssen nicht immer auf das Vorhandensein aller revolutionären Vorbedingungen warten, die Erhebung selbst kann diese Bedingungen schaffen.“

Guevara, Guerillakampf

Diese These führt ihn zu anderen Abweichungen von erheblicher Bedeutung, wie z. B. seine Missachtung der Notwendigkeit, eine marxistisch-leninistische Partei zu organisieren, die zuerst die Führung der revolutionären Bewegung und dann des sozialistischen Aufbaus ausübt. Warum geduldig eine Partei aufbauen, wenn der Fokus alle Bedingungen schafft?⁸

Der Beweis dafür ist zum Beispiel seine Reise

durch Afrika, wo er, abgesehen davon, dass es für ihn nicht wichtig war, eine Partei aufzubauen, mit Erstaunen⁹ die Bedingungen derjenigen erkannte, die die Revolution machen sollten, die von höchst hinderlichen mystischen Überzeugungen, der Anwesenheit von offen korrupten Führern und der übermäßigen Verbreitung von Drogen, Alkohol und Prostitution durch die Guerilla beherrscht wurden; diese Tatsache spricht von der mangelnden Planung und Kenntnis des Terrains, auf das er sich einließ.

Eine weitere der Hauptabweichungen Guevaras war die Ablösung des Proletariats als Subjekt der Revolution, denn für ihn war die treibende Kraft die Bauernschaft:

„Der Guerillakämpfer ist vor allem ein bäuerlicher Revolutionär. Er drückt die Sehnsucht der großen bäuerlichen Masse aus, Eigentümer von Land zu sein, Eigentümer ihrer Produktionsmittel, ihrer Tiere, all dessen, was sie seit langem ihr Eigen nennen wollen, dessen, was ihr Leben ausmacht und auch als ihr Friedhof dienen wird.“

Guevara, Guerrillakrieg

Später, in seinen „Kritischen Anmerkungen zur politischen Ökonomie“, entwickelte er seine Konzeption weiter und kam zu der reaktionären Schlussfolgerung, dass die gesamte Arbeiterklasse der imperialistischen Länder Teil der Arbeiteraristokratie ist, da sie seiner Meinung nach Komplizen des Imperialismus sind, da sie höhere Löhne als ein Arbeiter in einem halbkolonialen Land verdienen, während letztere über den Bauern stehen, da sie einen garantierten Lohn haben und manchmal von den Investitionen der Monopole profitieren (sic!).

Man stelle sich einen Arbeiter in China vor, das den Grundstein für seine Entwicklung zum Kapitalismus durch seine außerordentliche Wettbewerbsfähigkeit durch niedrige Löhne gelegt hat, oder aber man bedenke die Hunderttausende von Angehörigen des Arbeiterproletariats in der EU! Wie kann ein vernünftiger Betrachter hier von einer Arbeiteraristokratie sprechen ?!

Guevara führte seine Argumentation weiter aus :

„Die Beispiele Chinas, Vietnams und Kubas widerlegen die These (dass in der kapitalistischen Gesell-

schaft das Proletariat die politisch am weitesten fortgeschrittene Klasse ist). In den ersten beiden Fällen war die Beteiligung des Proletariats kaum oder überhaupt nicht existent. In Kuba wurde der Kampf nicht von der Partei der Arbeiterklasse geführt, sondern von einer Bewegung aus mehreren Klassen, die sich nach dem Gewinn der Macht radikalisierte.“

Guevara, „Kritische Anmerkungen zur politischen Ökonomie“

Hier offenbart sich ein weiterer Fehler bei Guevara. Zunächst muss an dieser Stelle erläutert werden, dass obwohl das einfache Landvolk Chinas in absoluten Zahlen die größte Klasse darstellte, es zu Beginn der Chinesischen Revolution die Angehörigen des Proletariats waren, die den Kampf gegen die japanischen Invasoren und den Kuomintang aufnahmen. Sie wurden dabei von ihren Klassenbrüdern in der Kommunistischen Internationale nach Kräften unterstützt, die den ganzen Prozess mit ihrem Programm und ihrer Ideologie leiteten. Nachdem Mao mit seinen revisionistischen Thesen die Führung der KP Chinas übernommen hatte, wurde das einfache Landvolk für lange Zeit zur vorherrschenden Kraft, was aber für die chinesische Revolution eine Stagnation zur Folge hatte, die sich nachfolgend nur noch auf die bürgerlich-demokratische Aufgaben beschränkte. Das gleiche Schicksal erlitt Kuba und Vietnam, die beide nicht einmal ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit verwirklichen konnten. Hier liegt Guevara großer Denkfehler: Nach seiner Auffassung wurden alle Parteien und Staaten, die sich als Sozialisten bezeichneten, automatisch auch welche waren.

Selbst im Wissen um die inneren Widersprüche im jugoslawischen und im sowjetischen Wirtschaftssystem waren für ihn beide „Genossen“, die nur einen anderen Weg gewählt hatten, der ihren jeweiligen Erfahrungen entsprach, denn zu keiner Zeit hat Che die Existenz allgemeingültiger Gesetze zum Aufbau des Sozialismus anerkannt (Er wies diese Tatsache sogar offen zurück). Aus diesen Gründen hat Guevara niemals mit dem Revisionismus gebrochen oder auch nur eine offene Kritik an all jenen initiiert, die den glorreichsten Prozess der Menschheitsgeschichte zerstörten, einen Prozess, der Millionen von Männern und Frauen einer end-

gültigen Befreiung von Ausbeutung näher brachte. Trotz seiner kritischen Betrachtungen und Anmerkungen akzeptierte und förderte Guevara die Führungsrolle der Sowjetunion innerhalb dessen, was er selbst auch weiterhin als „Sozialistisches Lager“ bezeichnete bis zu seinem Ende in den ausklingenden 60er Jahren, obgleich hier ein großer Schaden für zeitgenössische revolutionäre Kräfte entstand, angesichts der widersprüchlichen Eindrücke innerhalb der Volksmassen, dass jemand von seiner kritischen Statur und seinem Einfluss der Sowjetunion auch weiterhin ein derartiges Vertrauen aussprach.

Ein letzter gewichtiger Punkt war seine exzessive Schwerpunktsetzung auf uneigennützig ökonomische Freiwilligendienste. In dieser abweichenden Haltung offenbarte sich seine Überschätzung des Gewichts einer reinen Bewusstseinsbildung im Rahmen der Auslegung eines revolutionären Prozesses. Er entwickelte ferner eine an Besessenheit grenzende Abneigung gegen die von Lenin propagierte Neue Ökonomische Politik, was ihn bei zahlreichen Gelegenheiten dazu brachte, Vorschläge zur völligen Abschaffung materieller Anreize einzubringen, da nach seiner Meinung das selbstlose Bewusstsein und der Wunsch nach kollektivem Bemühen ausreichen sollten, um die Menschen zur Ausführung eines jeden Unternehmens anzuleiten. Che übersah aber dabei, dass es die materiellen Bedingungen sind, die das Bewusstsein der Menschen bestimmen und nicht umgekehrt. Die Leitlinien von Guevaras ökonomischer Politik können wir hier nicht im einzelnen darlegen, aber es drängt sich vehement die Feststellung auf, dass einige seiner Entschlüsse (beispielsweise die Abschaffung des Papiergeldes, Zwangskollektivierung, Beseitigung des Rechnungswesens) schwerwiegende Rückschläge für die Wirtschaft Kubas zur Folge hatten und nicht umsonst wurde er durch die Regierung rasch seiner Funktionen enthoben.¹⁰

Kuba nach dem Fall des Sowjetblocks: Größere Freiheit, größere Abhängigkeit

Nach dem Ende der Sowjetunion offenbarte sich vollends die Abhängigkeit der kubanischen Wirtschaft und die Regierung musste zu drastischen Maßnahmen schreiten: Sie erlegte der Arbeiterklasse erhebliche Anpassungsregelungen auf und

setzte eine Wirtschaftsreform in Gang, die Anreize für direkte ausländische Investitionen schuf und die Ware-Geld-Beziehungen in der Ökonomie einführte.

Als Folge dieses Umschwungs entstand ein fiskalisches Defizit in Höhe von 30% des Bruttoinlandsproduktes, das man durch das ungedeckte Anwerfen der Notenpresse kaschieren wollte. Dies führte zu allgemeinen Preissteigerungen um den Faktor Neun und zu Reallohnminderungen um die 70% bei den Arbeitern, was im Gesamtbild den typischen „neoliberalen“ Rezepturen anderer lateinamerikanischer Regierungen zu jener Zeit entsprach.

Juristisch gesellten sich weitere Maßnahmen hinzu, die im Zeitraum 1992-1996 Rechtskraft erlangten, so zum Beispiel eine Verfassungsreform, die Erlaubnis und die Erweiterung des Rechtsrahmens der unternehmerischen Selbständigkeit, die Strafbefreiung für den Besitz harter Währung, das Gesetz zu ausländischen Investitionen, die Schaffung von Freihandelszonen und Industrieparks für privates Kapital, alles Vorkehrungen, die ohne Zweifel als klar ersichtliche Öffnung gegenüber dem westlichen Monopolkapital interpretiert werden können, wobei hier eine Fokussierung auf den Tourismus und die biotechnologische Industrie erfolgte. Paradoxerweise war es spanisches Kapital, das am stärksten von dieser Öffnung profitierte, indem es angebotene Steuerbefreiungen dankend annahm. Man setzte des Weiteren auf die Dezentralisierung im ländlichen Raum und im Jahr 1993 kam es zu einem Erlass, dass die landwirtschaftlichen Produzenten in den Kooperativen ihre Produktionsmittel vom Staat erwerben konnten, wofür sie auch Kredite in Anspruch nehmen konnten. Als Ergebnis der Dezentralisierung wanderten im Jahre 1996 78% der landwirtschaftlichen Flächen in private Hände. In den 2000er Jahren gewann der Export medizinischer Dienstleistungen an Bedeutung und wurde sogar zum Exportschlager. Unglücklicherweise und abseits aller Legendenbildungen durch die revisionistische Propaganda sind die Expeditionen kubanischer Ärzte in hilfsbedürftige und in Abhängigkeit gehaltene Länder mit erbärmlicher staatlicher Gesundheitsfürsorge kein Ausdruck „internationalistischer Solidarität“ durch die kubanische Regierung, sondern eine ihrer größten Einkommensquellen.^{11 12}

Das Kuba von heute ist ein offen kapitalistischer Staat, in dem Kleinunternehmer und ausländische Investoren im Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung stehen, so jedenfalls lautet der Tenor der örtlichen Propagandisten. Der Sturz der „progressiven“ Regierungen und erst recht die entsetzliche ökonomische Krise, die Venezuela ereilt hat, bedeuten einen erheblichen Rückschlag für Kuba, denn man sieht die von Jahr zu Jahr schwindenden Unterstützungsleistungen der Partnerländer, was den Druck auf die Kubaner erhöht hat, mehrere Arbeitsverhältnisse einzugehen und sich auch im informellen Sektor zu engagieren.¹³

Dies unterstreicht einmal mehr die ewig währende Abhängigkeit von ausländischen Märkten, an der der kubanische Revisionismus laborierte und die in krassem Gegensatz steht zu allen marxistisch-leninistischen Grundsätzen im Hinblick auf den Aufbau der Wirtschaft auf der Basis der Gesamtheit der eigenen Kräfte eines Landes.

Zur Untermauerung dieser zwei Aussagen heben wir die Tatsache hervor, dass zwischen 2013 und 2015 die kubanischen Exporte nach Venezuela vor der Krise des Modells Chavez- annähernd 43% des Gesamtexports erreichten, während im letzten Aufzeichnungsjahr 2018 61% der Exporte auf gerade einmal 3 Länder entfielen: Kanada (22,3%), Venezuela (19,5%) und China (19,2%). In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, wie mit dem Ausbruch der schweren Krise, die über das venezolanische Volk hereingebrochen ist, auch der kubanische Exportindex einen beträchtlichen Sinkflug eingelegt hat, und zwar von der Zahl 4.857.468.000 Pesos im Jahre 2014 über 3.349.640.000 im Jahr 2015, 2.316.934.000 im Jahr 2016 zum Wert von 2.401.688.000 im Jahr 2017, wobei der Exportanteil nach Venezuela von einem Spitzenwert von 42,9% im Jahr 2013 stark abfiel auf den niedrigsten Wert von 15,6% im Jahr 2017. Jeweils nach dem 6. und 7. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas in den Jahren 2011 und 2016 wurden weitere Maßnahmen zur wirtschaftlichen Öffnung auf die Tagesordnung gesetzt. Diese Maßnahmen hätte jeder Vertreter einer revisionistischen Partei als eine Welle des Neoliberalismus und als Großoffensive rechter Kräfte gebrandmarkt, wenn die Regierung irgend eines anderen Landes diese beschlossen hätte. Die zweifelsohne bedeutendsten Beschlüsse waren die

Billigung eines Gesetzentwurfs über ausländische Investitionen, um ausländische Kapitalgeber auf die Insel zu locken, und die Förderung des kleinbürgerlichen Elements in der Wirtschaft unter der schönfärberischen Bezeichnung „selbständige Beschäftigung“.

Um den zweiten Punkt in vollem Umfang zu begreifen, muss man auf die Existenz einer großen Gemeinde von Exilkubanern in den USA hinweisen, die im Jahre 2016 1,11 Millionen Personen ausmachte, von denen viele Familienangehörige in Kuba haben. In dieser Beziehung wurde die schon bestehende private Verfügung über harte Währung erweitert um die Möglichkeit, damit Investitionen zu tätigen, ganz gleich ob man in Kuba ansässig war oder nicht. Die wachsende Reisefreiheit, die der Isolation der Insel ein Ende setzte, tat ein Übriges, um die verächtlich „Miami-Würmer“ genannten Exilkubaner zu einem Motor des Wirtschaftswachstums in Kuba werden zu lassen. In Zahlen bedeutet dies, dass die im Jahr 2015 nach Kuba geflossenen Geldüberweisungen in Höhe von 3,355 Millionen US-Dollar¹⁴ in etwa identisch waren mit dem Betrag von 3,349 Millionen Dollar, die den gesamten Güterexport Kubas ausmachten.

Einige der angedachten Maßnahmen im Gesetz über selbstständige Beschäftigung lagen in der Möglichkeit, außerhalb des eigenen Familienkreises Angestellte zu verpflichten, den Zugang zu Bankkrediten zu ermöglichen und auch öffentliche Räume zu mieten. Als Ergebnis dieser politischen Maßgaben stieg die Anzahl der „selbständig beschäftigten Arbeitskräfte“ von 46.650 im Jahr 1981 auf 496.400 Personen im Jahr 2016, denen man aber noch eine nicht unbeträchtliche Anzahl an informell tätigen Arbeitskräften hinzurechnen muss.

In der Zwischenzeit setzte man sich zum Ziel, durch die im Jahr 2014 erfolgte Implementierung des Gesetzes zu ausländischen Investitionen jährlich etwa 2.000 bis 2.500 Millionen Dollar einzunehmen. Die Intention des Ganzen wird hier schon offensichtlich, aber zur Verdeutlichung sei auf die 500 Genehmigungen hingewiesen, die 2015 im Zuge der Annäherung an die USA, an US-amerikanische Unternehmen vergeben wurden, um Investitionen in Kuba zu tätigen, die ein Gesamtvolumen von 4,3 Milliarden Dollar erreichten.

Der Stellenwert, den das kubanische Regime in zwischen ausländischen Direktinvestitionen als Medium zur Ankurbelung seiner Entwicklung gibt, kommt in all seinen offiziellen Dokumenten zum Ausdruck, ganz zu schweigen von den Untersuchungsergebnissen und Expertisen seiner Akademiker. Bevor man die entsprechenden Schlussfolgerungen zieht, sollte man sich der Schwierigkeiten bewusst werden, die die kubanischen Revisionisten haben, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Man nennt Kleinbürger selbständig Beschäftigte, private Unternehmungen, die mit lokalem Kapital operieren, werden geschmückt mit der Bezeichnung „Nichtstaatliche sozialistische kleine und mittlere Unternehmen“. Es ist nicht zu erwarten, dass die Revisionisten einräumen werden, dass bei ihnen den ausländischen Investitionen Priorität gegeben wird, um die kapitalistischen Strukturen in der eigenen Wirtschaft weiter zu vertiefen.

Aber auch so fallen mitunter ziemlich deutliche Aussagen über die hohe Anziehungskraft imperialistischen Kapitals. Diese allgemeinen Prinzipien finden auch ihren Widerhall in Anlagebroschüren, die zu ausländischen Investitionen in Kuba herausgegeben werden: *„Man kann sich ausländische Investitionen vorstellen als eine Quelle wirtschaftlicher Entwicklung für das Land sowohl in kurz- und mittelfristiger als auch in langfristiger Perspektive. Ihre Anziehungskraft setzt die Ziele von ganz allein: Zugang zu modernsten Technologien, die Einführung privatwirtschaftlicher Geschäftsführungsmethoden, die Diversifizierung und die Expansion von Exportmärkten, Importsubstitution, Zugang zu Fremdkapital und externer Finanzierung, die Schaffung neuer Möglichkeiten für Beschäftigung und die Generierung größerer Einkommen durch produktive Verknüpfungen mit der nationalen Wirtschaft.“*

Von diesen Vorstellungen ausgehend werden auch allerlei steuerliche Anreize konzipiert, unter anderem für die Anwerbung von Arbeitskräften, den Ausbau der Infrastruktur unter Zuhilfenahme staatlicher Gelder sowie auch den Erlass von Zöllen. Zusätzlich zur Schaffung eines Ministeriums für Außenhandel und ausländische Investitionen hat sich ein weiterer aus revolutionärer Sicht rückschrittlicher Aspekt herausgebildet: Unternehmen können ihr benötigtes Personal nicht direkt einstellen. Es wird vielmehr durch den kubanischen Staat gestellt. Die Arbeiter im kubanischen Sozialismus

müssen also nicht nur den Mehrwert für multinationale Konzerne schaffen, sondern sogar einen Teil ihrer Erträge an den Staat abliefern! Dies hat zum Auftreten erheblicher Diskrepanzen im Falle der ins Ausland geschickten Delegationen von medizinischen Spezialisten geführt, die gezwungen werden, in Übersee für sehr niedrige Löhne zu arbeiten, obwohl sie für ihr Land die größte Einnahmequelle darstellen. Diese Diskrepanz gilt nicht nur im Vergleich zu Ärzten in den Zielländern, sondern auch zu einem dort ansässigen Arbeiter. Dies ist für Tausende kubanische Mediziner im Ausland der entscheidende Beweggrund, nicht mehr in ihre Heimat zurück zu kehren. Wir müssen hier klar den Charakter dieser Schachzüge erkennen und ihre praktischen Auswirkungen auf die Arbeiterklasse, denn dieser spezifische Mechanismus zur Eingehung von Arbeitsverhältnissen erschwert die Bildung und Festigung gewerkschaftlicher Strukturen und macht sich darüber hinaus den Staat zunutze, um das Feuer von Arbeitskämpfen sogleich zu erstickern. Wir wissen nur zu genau, wie in unseren Ländern Unternehmen das Personal bestimmter Unternehmensbereiche in vorbeugender Weise ausgliedern. Denn immer wenn einzelne Belegschaften sich gewerkschaftlich zusammenschließen wollen, kann die Unternehmerseite mit neuerlichen Umstrukturierungen antworten, um so die Aktionsmacht der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer zu mindern.

In seinen Reflektionen über den reaktionären Charakter der ausländischen Investitionen im Falle Kubas stellte der kubanische Ökonom Ricardo Torres Perez fest: *„Ein Teil ihrer Wettbewerbsfähigkeit besteht in gemessen an internationalen Standards extrem niedrigen Lohnkosten, darüber hinaus in staatlichen Transfers zu sehr niedrigen Preisen und für sehr lange Zeiträume. Wettbewerbsfähigkeit bemisst sich im Wesentlichen an Kosten, was alle Arten der finanziellen Partizipation, also im besonderen auch die Löhne unter enormen Druck setzt.“*

Die Fürsprecher des Revisionismus behaupten oft, dass die ökonomische Öffnung der letzten Jahre doch der von Lenin und der Bolschewistischen Partei in Sowjetrussland nach dem Bürgerkrieg vertretenen Neuen Ökonomischen Politik ähnelt. Man muss hier aber die Spreu vom Weizen trennen und darauf hinweisen, dass das Ziel dieser neuen ökonomischen Politik nicht in der Stimulierung

der kleinteiligen Produktion bestand, die von Kuba befeuert wird. Außerdem vollzog sich das ausländische finanzielle Engagement in der Sowjetunion zu den Konditionen von äußerst kurzfristigen Überlassungsverträgen, während im kubanischen Fall diese Abkommen dezidiert langfristiger Natur sind. Aber der wichtigste Aspekt bei diesen Betrachtungen ist, dass die Neue Ökonomische Politik nach Lenin eben nicht als universelles Gesetz für sozialistische Aufbauarbeit gedacht war, sondern als eine konkrete Handlungsanleitung für ein Land ersonnen wurde, das die schweren Folgen eines imperialistischen Krieges und eines Bürgerkrieges hinter sich lassen wollte und zu diesem Zweck dringendst alle notwendigen Maßnahmen zur Steigerung der Produktion einleiten wollte. Dafür galt es, vor allem die Schwerindustrie als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Gang zu bringen. Wie auch immer befinden sich die kubanischen Revisionisten seit nunmehr 60 Jahren an der Macht und sie hatten reichlich Gelegenheit zur breiteren Aufstellung ihrer Ökonomie, als sie während all der Zeit von den Sozialimperialisten mit Vorzugspreisen und günstigen Krediten bevorteilt wurden. Sie aber gaben dem monokulturellen Zuckerrohranbau den Vorzug. Dann verlagerte man die Aufmerksamkeit auf den Tourismus und nach einem nunmehr lange währenden Prozess der Deindustrialisierung ist man im Rahmen der Importsubstitution auf privates Kapital angewiesen, vor allem bei der Nahrungsmittelherstellung. Es gibt keine Möglichkeit mehr, durch eine Industriebelebung wieder Souveränität zu gewinnen. Alle diese Vorgänge weisen darauf hin, dass die Entwicklung des kubanischen Modells einer Abkehr vom Sozialismus gleichkommt und immer mehr die Züge einer offen kapitalistischen Wirtschaft traditionellen Typus annimmt.

Auf internationaler Ebene gebärdet sich Kuba genauso als Söldner wie zu Zeiten der Sowjetallianz und seine Propagandaverantwortlichen dienen eifrig dem gerade aktuellen Wohltäter. Als Venezuela für 40% der kubanischen Exporte als Abnehmer fungierte, war die Kommunistische Partei Kubas ein Stratege des Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Als der Boden bereitet wurde für ausländische Investitionen und die Forcierung des Tourismus und als am Horizont Russen und Chinesen als potentielle Investoren in Silhouetten erkennbar wurden, widmete Castro seine letzten schriftlichen Beiträge

der Unterstützung der BRIC-Staaten als einer Alternative für die Befreiung der Völker. Sogar als Präsident Obama daran ging, die Sanktionen gegen Kuba zu lockern, ergingen sich kubanische Medien wie Cubadebate oder Prensa Latina in Propagandabeiträgen für die Partei der US-Demokraten.

Schlussfolgerungen

Das Resümee unserer Betrachtungen lautet, dass der Sozialismus in Kuba nicht existiert und auch niemals existiert hat. Ganz im Gegenteil ist es heute ein rückständiger und kapitalistischer Staat. Dies führt uns zu der Frage, welche Rolle die kubanische Revolution wirklich gespielt hat. Obwohl sie einer ganzen Generation militanter revolutionärer Kräfte als leuchtendes Vorbild diente, war sie vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus betrachtet nur ein regressiv wirkender Beitrag, weil sie einerseits der Legitimierung einer sozialimperialistischen Politik Vorschub leistete und andererseits andere revisionistische Grundannahmen stärkte, wie etwa bezüglich der Allianz der Blockfreien oder der Unterstützung für nationalistische Regimes.

Andererseits hat Kubas wirtschaftliches Gerüst sich in einer notorischen Art und Weise von allen Erfahrungswerten des sozialistischen Aufbaus entfernt und seine Abhängigkeit vertieft, ohne dass es einen Ausweg aus seiner ökonomischen Rückständigkeit gefunden hätte oder in der Lage gewesen wäre, die vom Batista-Regime geerbte Monokultur des Zuckerrohranbaus durch etwas Vorteilhafteres zu ersetzen.

Zur Zeit unterhält Kuba freundschaftliche und solidarische Beziehungen mit den revisionistischen Parteien, die wir gleichzeitig bekämpfen. Es hat schädliche und kontraproduktive Vorstellungen wie etwa den Sozialismus des 21. Jahrhunderts akzeptiert und verbreitet sie weiterhin. Es fördert im gemeinsamen Wirken mit China und Russland die Unterstützung für rückwärts gewandte Länder. Im Zuge dieser Bewertungen müssen wir uns der Frage zuwenden, wie der Prozess der kubanischen Revolution verlaufen wäre, wenn er nicht den Beistand des sowjetischen Revisionismus genossen hätte. Die vorliegenden Tatsachen untermauern jedenfalls zweifelsfrei unsere These, dass die kubanischen Protagonisten niemals den Übergang von einer bürgerlich-demokratischen Revolution

zum Aufbau des Sozialismus im Sinn hatten. Dieser Prozess nahm seinen Anfang als ein Streben der nationalen kubanischen Bourgeoisie, den von den Arbeitern erwirtschafteten Mehrwert den dominierenden Amerikanern streitig zu machen. Sie baten sogar das Pentagon um entsprechende Erlaubnis. Es ist vielsagend, dass die Verschärfung aller Maßnahmen zur Verstaatlichung und Enteignung aller betroffenen Produktionsmittel erst nach der Verhängung von Sanktionen gegen den kubanischen Staat durch die US-Administration einsetzte. Wie wären die Dinge verlaufen, wenn man nicht sein Heil in einer Anlehnung an die Sowjetunion gesucht hätte, sondern wenn man allein auf die eigenen Kräfte gesetzt hätte mittels einer Diversifizierung des eigenen Handlungspotentials? Hätte die kubanische Revolution auf Hilfe aus China¹⁵ und Albanien hoffen können? Es wäre wohl ein äußerst kompliziertes Unterfangen gewesen, aber für uns wäre es in den 60ern der einzig gangbare Weg zur Fortsetzung der triumphalen sozialistischen Revolution gewesen. Ob dieser Weg realistische Aussichten gehabt hätte, können wir aber nicht mit Bestimmtheit sagen.

Es ist für uns aber zur Gewissheit geworden, dass die im kubanischen Revolutionsprozess gesammelten Erfahrungen die Unmöglichkeit von Allianzen mit der Bourgeoisie außerhalb eines imperialistischen Blocks klar zu Tage gelegt haben. Sie predigen immer noch von einem verlogenen „Lateinamerikanismus“, obwohl außer Mexiko alle Staaten innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten für den Ausschluss Kubas votierten. Die blockfreien Länder, deren Bündnis Kuba angehörte, bestanden im Wesentlichen aus Marionettenregierungen, die die Eingliederung von Mitgliedsstaaten in die Einflussphäre dieser oder jener Macht forcieren wollten. Die gesamte Gemeinschaft der Länder der sogenannten 3. Welt, zu der auch Kuba gehörte, ging denselben Weg wie Castro, da kein einziger ihrer Vertreter die wie eine Monstranz vorgetragene eigenständige kapitalistische Entwicklung vollziehen konnte.

Es wurde auch klar, dass die nationalen Befreiungskämpfe, wenn sie nicht von einem proletarischen Staat unterstützt und genährt werden, nie mehr als ein Reservoir für imperialistische Aktivitäten der Macht und Bereicherung sein können, wie die Ereignisse dieses Zeitabschnitts unter Beweis gestellt

haben. Die Situation der Völker in den gegenwärtigen kolonieähnlichen und abhängigen Staaten setzt die dringende Notwendigkeit eines raschen Fortschreitens zum Sozialismus auf die Agenda. Nur der Kampf des Proletariats im Verein mit den anderen werktätigen Klassen wird die Abhängigkeit vom Imperialismus brechen und den Weg zu Sozialismus und Kommunismus bahnen.

Das Wiedererwachen einiger Parteien mit einer revolutionären Tradition und ihre Verstärkung durch neue Generationen von Kommunisten, die Castros Kuba als ein nachahmenswertes Modell betrachten und es den Volksmassen nahelegen, drängt uns dazu, uns mit noch größerem Schwung einerseits dem Studium des Marxismus-Leninismus im Allgemeinen zu widmen, und andererseits im einzelnen die im sozialistischen Kampf gemachten Erfahrungen genau zu sezieren, um daraus unabdingbare Lehren zur Bewertung des kubanischen Falles zu ziehen.

Jetzt, da die Krise des Kapitalismus immer schärfere Züge annimmt mit der Folge erwachender und stetig wachsender Wut der Volksmassen gegen die gegenwärtigen Regimes, kommt es wesentlich darauf an, ihnen die Siege und Leistungen der Arbeiter der Sowjetunion unter der Führung von Lenin und Stalin näher zu bringen. Dazu gehören auch die Erfahrungen durch die Volksrepublik Albanien und anderer Staaten der Volksdemokratie. Obwohl ihrewichtigen Erfolge nur kurzlebiger Natur waren, so haben sie alle doch bewiesen, dass das Proletariat das Schicksal seines Landes in die eigenen Hände nehmen kann und so die Widersprüche innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft über-

winden kann.

Im Gegensatz dazu fügt es den Kapitalisten keinerlei Schaden zu, ein Regime zu stützen, das sich bereits in einem Stadium der Zersetzung befindet, was die Verwirklichung unserer Ziele immer erschwert hat.

Innerhalb dieses Szenarios bleibt der Kampf gegen den Revisionismus als einem Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterbewegung und als erklärter Gegner des Marxismus-Leninismus eine fundamentale Aufgabe für alle Kommunisten. Im Rahmen dieses Szenarios müssen wir Kuba brandmarken und als kapitalistischen Staat bloßstellen, der sich nur als sozialistisch verschleiert, um seine Arbeiter leichter ausbeuten zu können und auf internationaler Ebene die Arbeiterklasse zu täuschen. Darum müssen wir Castro, Guevara und andere kubanische Führer als Repräsentanten des Revisionismus kennzeichnen, wie sie es nun einmal sind.

Die Konfrontation mit dem Revisionismus und seinen Vertretern kann unsere Parteien nur stärken und wird den Weg für die Massen und ihren Freiheitskampf ebnen. Es ist an der Zeit, das Vermächtnis der antirevisionistischen Bewegung wieder aufzunehmen, im Besonderen den Kampf gegen den modernen Revisionismus, wie ihn die Partei der Arbeit Albaniens (PLA) auf sich genommen hat. Es gilt, die Verteidigung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus als integralen Bestandteil unserer Arbeit für den Aufbau der Partei des Proletariats und für Revolution und Sozialismus auf unsere Fahnen zu schreiben.

MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI URUGUAYS PCMLU

-
1. Rotary International ist eine internationale Beistandsvereinigung, deren Anliegen im Zusammentreffen von Unternehmensinhabern und Führungskräften aller Couleure besteht, um auf diesem Weg humanitäre Hilfeleistungen in ihren Gemeinschaften zu ermöglichen, ethische Normen in allen Berufszweigen voranzutreiben und Güte und Friedfertigkeit rund um den Globus zu fördern (Rotary Basiswerk, Band 1, Was ist Rotary?)
 2. „Hunderttausende von Kleinbauern bewirtschaften Parzellen ohne jeden gesetzlich fundierten Besitztitel. Tausende in dauerhafter Auslandsabwesenheit lebende Eigentümer erheben Anspruch auf Besitztümer, die sie kaum jemals zu Gesicht bekommen haben. Viele Besitzurkunden wurden niemals vorgelegt und so ist es oftmals unmöglich, den wahren Eigentümer eines Grundstücks zweifelsfrei zu ermitteln. Trotzdem werden wir keinen Gesetzentwurf einer Landreform unterstützen, der keine gerechte Entschädigungsleistung für enteignete Eigentümer vorsieht.“
 3. Um dies zu verstehen, muss man Guevaras Standpunkt hervorheben, der freimütig einräumte, dass sich Batistas Sturz einfach aufdrängte: „Wie in solchen Fällen üblich, begannen die Monopolisten bereits über eine Nachfolgelösung für Batista zu sinnieren, weil sie genau um die Aversion des Volkes gegen ihn mitsamt dem Wunsch nach einer revolutionären Lösung wussten. Was lag näher, als mit einem intelligenten und meisterhaften Schlag den nunmehr nutzlosen kleinen Diktator abzusetzen und ihn durch die neuen „Jungs“ zu ersetzen, die ihrerseits sich im Gegenzug dem Imperialismus andienen würden. (Guevara, Kuba, Historische Ausnahme oder Vorhut des anticolonialistischen Kampfes, 1962)
 - 4) Das ursprüngliche Ziel der Bewegung 26. Juli war die Entwicklung eines „seriösen“ Kapitalismus. Als eine der ersten Maßnahmen schlug die bürgerlich-demokratische Revolution die Verstaatlichung von Betrieben der Grundversorgung wie etwa Elektrizitätslieferanten vor. Ganz unabhängig von der Höhe angebotener Kompensationsleistungen waren die Yankees nicht zur Übergabe der Betriebe in kubanische Hände bereit, was zu den ersten schweren Konfrontationen führte.
 - 5) Da die USA an Kuba Erdöl zu Preisen über Weltmarktniveau lieferten, entschied die Regierung, sich nunmehr in der UdSSR und Venezuela entsprechend einzudecken. Als Reaktion darauf verweigerten die US-Eigentümer von Raffinerien die Verarbeitung von Rohöl entsprechender Herkunft in ihren Betrieben. Ähnliches geschah in der Lebensmittelindustrie. Dies belegt den Charakter der Verstaatlichungen innerhalb der Industrie als einer Kette von Gegenmaßnahmen als Reaktion auf die seitens der USA errichteten Hindernisse zur Beeinträchtigung einer Nation mit kolonieähnlichem Status wie Kuba. Von einer programmatischen Maßnahme konnte also nicht die Rede sein. Betriebe wurden verstaatlicht oder ihre Energieversorgung ging zur Neige.
 - 6) Zwischen 1960 und 1975 gewährten die Sowjets Kuba 7,000 Millionen Dollar an Hilfeleistungen, während in der Phase der kubanischen Truppenentsendungen nach Afrika der Betrag von 10,000 Millionen Dollar erreicht wurde.
 - 7) Um dies zu verdeutlichen, genügt ein Zitat des Genossen Enver Hoxha aus jener Zeit, der Folgendes äußerte: „Im Rahmen der Konferenz der Blockfreien Länder in Algier bereiten sich die Sowjets auf eine Einflussnahme unter Einsatz von Fidel Castro vor, dem sie täglich 1,5 Millionen Dollar zukommen lassen. In den letzten Monaten hat der bärtige Castro sowohl China als auch Albanien attackiert, ohne auch nur einen der beiden beim Namen zu nennen. Nach seiner Auffassung ist die Sowjetunion ein wahrhaft sozialistischer Staat und genuiner Teil der 3. Welt. Das Sprachrohr der Sowjets, Castro, wird auch in Algier wieder diese Thesen vortragen: (Die Taktik verschiedener Linien in China - Eine zum Prinzip erhobene Praxis – 1963)
 - 8) Selbst nach der Machtübernahme gingen kubanische Revisionisten unter Beteiligung von Guevara daran, die Gesamtheit aller legalen politischen Organisationen Kubas unter einem Dach zu vereinen, was die Fusion zu einer aus völlig disparaten Ursprungselementen bestehenden Gesamtkörperschaft bedeutete. Dies musste zu Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Fraktionen und ideologischen Zersplitterungen innerhalb der Parteiorganisationen führen.
 - 9) Siehe Tagebuch Kongo
 - 10) Wenn man dahingehend argumentiert, dass Guevara wegen seiner Streitigkeiten mit den prosovjatischen Ökonomen der Insel den Rücken kehrte, weil diese zur Gänze die wirtschaftlichen Geschicke des Landes unter ihre Kontrolle gebracht hatten, so bleibt doch festzuhalten, dass die wahren Gründe in den oben aufgeführten Irrtümern sowie in der völligen Abhängigkeit von sowjetischen Krediten zu suchen sind.
 - 11) Es handelt sich hier um einen hohen Grad an Ausbeutung. In diesen Fällen beziehen die kubanischen Ärzte, die in entlegene und im Zusammenhang mit der medizinischen Infrastruktur äußerst rückständige Gebiete entsandt werden, Gehälter weit unterhalb der örtlichen Entgeltverhältnisse, so dass sie auch nur einen kleinen Prozentsatz im Vergleich zu den Gesamterträgen zugunsten des Staates erhalten. Auf der anderen Seite ist die Art und Weise, in der der Revisionismus am Elend anderer seinen eigenen Profit mehren will und dies als internationalistische Solidarität unters Volk zu bringen trachtet, einfach nur abstoßend, wie man an seinem Verhalten in Afrika sehen kann.
 - 12) Um einen Begriff zu bekommen von der Tragweite des Exports medizinischer Dienstleistungen durch Kuba, ist zu vermerken, dass im Jahr 2018 medizinische Dienste im Wert von 6,398,538.80 CUP (Millionen Peso) exportiert wurden, während die Ausfuhr des Hauptrohstoffs Nickel den Wert von 775,869.00 CUP erreichte. Jedoch muss hier noch der Betrag von 204,121.00 CUP für das gleiche Jahr ergänzt werden für das von Kuba im Gegenzug für medizinische Hilfeleistungen importierte venezolanische Erdöl, das dann für den Weitervertrieb bestimmt war.
 - 13) Torres Perez Ricardo: Kuba, Profil der nationalen wirtschaftlichen Produktivität, Havanna (2019)
 - 14) Zu diesen Geldüberweisungen müssen auch noch die geldwerten Zuwendungen hinzugerechnet werden, die aus Warenlieferungen und der Begleichung von Dienstleistungen bestehen, die zusammen genommen nach einer Verlautbarung der Beratungsfirma THCG 2018 einen Umfang von 6,500 Millionen Dollar erreichten.
 - 15) Unter Berücksichtigung dessen, dass der asiatische Riese in den 60ern als Verbündeter des antirevisionistischen Lagers galt.
-



